Nr. 293 ♦ 42. Jahrg.
Ausgabe A Nr. 151

Morgenausgabe

10 Pfennig

Bezugspreis:
Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 3,— Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Memelgebiet, Oesterreich, Litauen, Luxemburg 4,50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit" mit „Siedlung und Kleingarten" sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen" und Frauenbeilage „Frauenstimme" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:
Die einspaltige Nonpareillezeile 70 Pfennig. Reklamezeile 4,— Reichsmark. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 20 Pfennig (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfennig. Stellengesuche das erste Wort 10 Pfennig, jedes weitere Wort 5 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 30 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion Dönhoff 292—295 Verlag: Dönhoff 2506—2507

Mittwoch, den 24. Juni 1925

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Postscheckkonto: Berlin 37536 — Bankkonto: Direktion der Disconto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstraße 3

Kampf dem Zollwucher!

Zum Beginn der Zolldebatte im Reichstag.

Heute beginnt im Reichstag die erste Lesung der Zollvorlage der Reichsregierung. Genosse Wissell wird als Redner der Sozialdemokratie den Kampf gegen die unerhörte volkswirtschaftlich schädliche Belastung der breiten Massen eröffnen. Die Regierung wird bei der außerordentlich lebhaften Kritik, die die Zollvorlage nicht nur bei der Arbeiterschaft, sondern auch in weiten Kreisen der Industrie und des Handels gefunden hat, vor allem aber bei der schroffen Ablehnung jeder Hochschutzzollpolitik durch die erdrückende Mehrheit der deutschen Wissenschaftler keinen leichten Stand haben. Die Sozialdemokratie hat nicht die geringste Veranlassung, der Rechtsregierung in dieser Frage irgendwelche Schwierigkeiten zu ersparen. Seit Jahr und Tag haben wir an dieser Stelle vor den verderblichen Folgen einer Hochschutzzollpolitik gewarnt. Die Agrarkrise, die durch eine zeitweilige Senkung der Getreidepreise und durch eine übermäßige Verteuerung der Produktionsmittel der Landwirtschaft herbeigeführt war, konnte dem Reichsernährungsminister noch im Herbst v. J. als Vorwand zur Begründung der Brotzölle dienen. Heute besteht diese Preiskrise nicht mehr. Heute sind die Lebensmittelzölle des Kabinetts Luther nichts anderes als ein Anschlag auf die Volksernährung, der diktiert ist von dem Willen, den Großagrariern Sondervorteile auf Kosten des übrigen Volkes zuzuwenden. Nicht einmal davor schreckt die von Deutschnationalen beschickte Regierung zurück, durch die Zollerhöhung und die damit verbundene Steigerung der der Entente verpfändeten Einnahmequellen des Reiches die uns auferlegten und von der gesamten Wirtschaft als unerträglich bezeichneten Reparationslasten zu vermehren — wenn nur das Ziel der Schutzzölle, die Begünstigung des agrarischen und großindustriellen Kapitals erreicht wird.

Die Front der Wirtschaftsverbände ist klar. Die Großeisenindustrie hat gleichzeitig mit dem Reichslandbund vor wenigen Tagen ihre Forderungen nach einem Hochschutzzoll wiederholt. Ebenso entschieden lehnen die Vertretungen der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft, die Gewerkschaften den Zoll ab. In einer Linie mit ihnen kämpfen große Gruppen des Handels. Daß die Haltung der Industrie nicht einheitlich ist, dafür erbrachte die Tagung des Reichsbundes der deutschen Metallindustrie einen neuen Beweis. Nach einem ausgezeichneten Referat des Ministerialrats Dr. Mahnke wurde die Entschließung angenommen, die wir gestern zum Abdruck brachten und die sich mit aller Entschiedenheit für eine wesentliche Ermäßigung aller Rohstoff- und Halbzeugzölle, sowie für die Erreichung wichtiger Handelsverträge einsetzt. Das erwähnte Referat war von Anfang bis zu Ende nichts als eine Summe von Vorwürfen gegen die Schutzzollinteressenten, die übersehen, daß die Fertigindustrie heute, der leistungsfähigeren Konkurrenz fremder Staaten ausgesetzt, hohe Materialpreise nicht mehr tragen kann. Wenn schon in dem Selbstkostenpreis eines Wassereimers von 99 Pf. 11,2 Pf. Zoll liegen, wenn Gürtelschnallen aus Bandeisen 18 Proz. an Zoll zu tragen haben, so bedeutet das eine ungeheure Benachteiligung der eisen- und metallverarbeitenden Industrien, die heute fast siebenmal so viel Arbeiter beschäftigt, wie die Rohindustrie. Ihr muß die Zollvorlage Beschäftigungsmangel, der Arbeiterschaft Arbeitslosigkeit bringen. Die Beweisgründe der Fertigindustrie sind von durchschlagender Kraft.

Daß innerhalb der politischen Parteien, die hinter der Reichsregierung stehen, in der Zollvorlage starke Meinungsverschiedenheiten herrschen, ist bekannt. Den Großagrariern ist das, was die Zollvorlage bringt, noch zu wenig, die anderen Parteien müssen auf die Stimmung ihrer Wähler Rücksicht nehmen, unter denen sich zahlreiche Minderbemittelte befinden. Mit denen möchte man es sich natürlich nicht gern verderben. Aber man hat es ja schon bei der Aufwertungsfrage und bei den Steuergesetzen gezeigt, daß der Rechtsparteien die Rücksicht auf ihre Wählermassen nichts gilt, wenn es sich um den Schutz des Besitzes handelt.

Um so machtvoller wird die Sozialdemokratie ihren Kampf gegen den Brotwucher und gegen die Gefährdung der großen verarbeitenden Industrien aufnehmen. Und dieser Kampf wird zugleich der Kampf gegen die politische Reaktion sein, die in den Schutzzöllen ein Mittel sieht, den Staat zum Diener ihres eigenen Privatinteresses zu machen.

Der Redner der Sozialdemokratie. — Die Dispositionen des Reichstags.

Die Sitzung des Reichstags beginnt heute 2½ Uhr mit der ersten Lesung der Zollvorlage. Als erster Redner der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion spricht Genosse Wissell.

Der Aeltestenrat des Reichstags hat beschlossen, die erste Lesung der Zollvorlage am Mittwoch und Donnerstag zu erledigen. Die Vorlage wird dann dem handelspolitischen Ausschuß überwiesen werden.

Ueber die weiteren Dispositionen hat der Aeltestenrat beschlossen, nicht schon Anfang Juli die Beratungen auszusetzen und zur Erledigung der Zollvorlage dann etwa im August wieder zusammenzutreten, sondern nach dem bisher in Aussicht genommenen Geschäftsplan bis zum 18. Juli fortzutagen und auch bis dahin die Zollvorlage zu verabschieden. In dieser Zeit soll nur eine schon früher in Aussicht genommene kurze Pause vom 29. Juni bis zum 1. Juli eingelegt werden.

Der Plan der Regierung, die Zollvorlage bis zum 18. Juli durchzupeitschen, besteht immer noch. Der Versuch zur Verwirklichung des Planes beginnt heute — aber die Hoffnungen, daß er gelingen werde, sind selbst in den Kreisen der Regierungsparteien nicht groß.

Die Lebensmittelteuerung nach der Zollvorlage.

In dem nachfolgenden Schaubild sind einige wichtige Lebensmittel in ihrem gegenwärtigen Preisstand und ihre Verteuerung durch die geplante Zollvorlage dargestellt. Bei Weizen, Roggen und Hafer ist außerdem darauf Rücksicht genommen worden, daß für das nächste Erntejahr nur die halben Zollsätze in Kraft treten:

Es ergibt sich, daß die wichtigsten Getreidesorten, wenn man den Preis von Anfang Juni zugrunde legt, auf die Dauer um 28 bis 32 Proz. verteuert werden sollen, daß die ohnehin schon teuren Nahrungsmittel, wie Butter und Eier, zwar weniger, ein so ausgesprochenes Volksnahrungsmittel aber wie Gefrierfleisch mit 51 Proz. der Junipreise belastet werden sollen.

Gegen diesen Mundraub an den Mindestbemittelten richtet sich unser Kampf.

Die Industrie gegen Mindestagrarzölle.

Der Reichsverband der deutschen Industrie lehnt Mindestzölle ab.

Auf der Kölner Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie fand gestern zunächst eine Sitzung des Präsidiums und des Vorstandes statt, bei der auch zur Zollfrage Stellung genommen wurde. Der Vorsitzende faßte das Ergebnis der Aussprache dahin zusammen: Das Präsidium und der Vorstand des Reichsverbandes der deutschen Industrie vertreten den Standpunkt, daß Minimalzölle nicht in das Gesetz hineingehören, wohl aber unseren Unterhändlern bei den Verhandlungen als Ausgangspunkt zu dienen haben. Die Einführung gleitender Zölle würde nicht nützen, sondern schaden, sie wird daher einmütig vom Präsidium und Vorstand abgelehnt.

Rathenaus Vergeltung.

Zum 24. Juni 1922.

Heute jährt sich zum dritten Male der Tag des Entsetzens, an dem mit blitzartiger Schnelle durch ganz Berlin, durch ganz Deutschland, durch die ganze Welt die Kunde sich verbreitete: Rathenau ist ermordet worden! Noch sind die Empfindungen wach, die diese Schreckensnachricht in unseren Herzen auslöste, in den Herzen aller deutschen Republikaner und aller aufrichtigen Freunde des deutschen Volkes jenseits der Grenze. Wir erleben heute noch im Geiste die Ereignisse, die sich damals in stürmischem Tempo aneinanderreihten: die erregten Szenen in den Hallen des Reichstages, aus dem Helfferich kreideweiß flüchten mußte, nachdem er soeben von einem völkischen Jüngling einen Rosenstrauß als Dank für die demagogische Anklagerede empfangen hatte, die er tags zuvor gegen Rathenau gehalten hatte. Am Nachmittag die erhebende Plenarsitzung, in der Reichskanzler Wirth, neben dem leeren, mit einem schlichten Tannenzweig geschmückten Platz seines gefallenen Mitarbeiters stehend, jene leidenschaftliche Anklage erhob, die in den Worten gipfelte: „Der Feind steht rechts!" Das von Otto Wels unmittelbar anschließend daran ausgebrachte Hoch auf die Republik, das von Hunderten im Saale und auf den Tribünen wie ein Racheschwur aufgenommen wurde. In den folgenden Tagen ging eine ungeheure Bewegung durch die Massen des republikanischen deutschen Volkes. Nahezu eine Million Berliner demonstrierte im Lustgarten gegen die Mordhetze der Deutschnationalen. In allen großen und kleinen Städten marschierten die Massen zur gleichen Stunde auf.

Ach, wie kleinlaut waren sie damals, die Herren von der Rechten! Wie sehr zeigten sie sich bereit, bei der Verabschiedung des Republikschutzgesetzes alle nötigen Zugeständnisse zu machen, um ja die angedrohte Reichstagsauflösung zu vermeiden!

Aber bald regte sich in ihnen wieder, nach kaum überstandener Todesangst, der hinterhältige Wille zum Widerstand. Der passive Widerstand Kahr-Bayerns gab ihnen wieder Mut. Schritt für Schritt wich der Reichstag zurück, das Reich schloß mit Bayern faule Kompromisse — und während als einzige Frucht der Erbitterung und Begeisterung aus den Junitagen des Mordes die Wiedervereinigung der beiden Flügel der Sozialdemokratie in Nürnberg reifte, war der Abwehrwille der Mittelparteien gegen die Reaktion bereits im Herbst vollständig abgeflaut.

Warum war Rathenau ermordet worden? Weil unreife völkische Landsknechtsseelen durch die monatelange Wühlarbeit der deutschnationalen und deutschvölkischen Presse zu der blödsinnigen Ueberzeugung gekommen waren, Rathenau verrate bewußt und planmäßig die Interessen des deutschen Volkes, und zwar verrate er sie, weil er Jude sei, einer der „dreihundert Weisen von Zion", die an allem schuld seien, am Kriegsausbruch, am Kriegsverlust, an der Revolution, am Versailler Vertrag, an der Teuerung und überhaupt an allem, was das deutsche Volk seit 1914 über sich hat ergehen lassen müssen. In den Augen der „nationalen Kreise", als deren Vorhut sich die Mordverschwörer betrachteten, war die Erfüllungspolitik das programmatische Schlagwort dieses fortgesetzten Landesverrates. Diesem programmatischen Schlagwort hatte Dr. Helfferich die Parole entgegengesetzt, daß sich das deutsche Volk endlich eine Regierung geben müßte, die den Mut hätte, auf jede weitere Forderung der Sieger mit einem klaren, entschlossenen „Nein" zu antworten, „komme, was kommen mag".

Ein halbes Jahr nach dem Tode Walter Rathenaus war man durch den Kleinmut des sogenannten liberalen Bürgertums bereits so weit, daß man das außenpolitische Programm Walter Rathenaus verließ und sich dem Programm Helfferichs näherte. Die Stinnes- und Hugenberg-Presse hatte es glücklich durchgesetzt, daß man, um ein Gegengewicht gegen die durch die Nürnberger Einigung erstarkte Sozialdemokratie zu schaffen, die Deutsche Volkspartei zur Regierung heranzog und die Sozialdemokratische Partei zur Seite schob. Es kam die berühmte Aera Cuno-Rosenberg, die nach außen hin weitere Erfüllungspolitik zu treiben vorgab, aber in Wirklichkeit von den Ratschlägen der Helfferich und Stinnes beherrscht wurde — es kam die Ruhrbesetzung, die Inflation, der allgemeine Zusammenbruch, der nur deshalb nicht in ein völliges Chaos ausartete, weil wieder einmal die Sozialdemokratie im Interesse des Volksganzen ein letztes Mal in die Bresche sprang.

Die Erinnerung an dieses Experiment der Cuno-Regierung ist in allen Kreisen des deutschen Volkes noch so wach, daß keine Partei es mehr wagen kann, das Helfferichsche Schlagwort des „klaren, entschiedenen Nein" auszusprechen. Die Deutschnationalen haben zwar durch Lug und Betrug, durch demagogische Versprechungen und durch dreiste Spekulationen auf die Dummheit der Wähler ihre parlamentarische Macht vorübergehend wesentlich stärken können und sind jetzt Regierungspartei geworden. Aber auch sie können nicht anders, als ebenfalls Rathenausche Erfüllungspolitik zu treiben, und

...ar auf allen Gebieten: Ausführung des Dawes-Plans, Verhandlungen über die Entwaffnungsforderungen — ja, sie gehen sogar noch viel weiter als ein Rathenau: sie haben sich bereit erklärt, um den ewigen Frieden zu sichern, auf Elsaß-Lothringen endgültig zu verzichten.

Das ist die Vergeltung des Geistes Walter Rathenaus an denen, die ihn einst beschimpften und mordeten. In diesen unlösbaren Widerspruch zwischen Theorie und Praxis verstrickt, wissen die Deutschnationalen weder ein noch aus und ihr Führer Hergt ist „der Verzweiflung nahe". Jeder scheinbare Sieg, den sie in den letzten Jahren errungen haben, erweist sich jeden Tag mehr als ein Pyrrhus-Sieg — nicht zuletzt die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten. Sie haben diese Wahl mit Hilfe der Organisationen erreicht, die an Rathenaus Ermordung unmittelbar beteiligt waren — man vergesse niemals, daß der erste Aufruf des Rechtsblocks auch den Namen des OL.-Killinger trug —, sie haben die Wahlschlacht unter jenen schwarzweißroten Farben geführt, die vor drei Jahren das Grab der Mörder schmückten. Aber auch der mit diesen Hilfskräften gewählte Reichspräsident kann nicht anders als der Republik die Treue zu geloben, die einst Rathenau mit seinem Tode besiegelt hat. Er kann nicht anders als jene Politik der Erfüllung zu decken, die einst Rathenau mit seinem Leben bezahlt hat.

Im Arbeitszimmer des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert hing ein Bild Walter Rathenaus, das jedem Besucher sofort an den Leidensweg erinnerte, den die deutsche Republik in den letzten Jahren gehen mußte. Wir wissen nicht, ob dieses Bild auch jetzt noch dort hängt. Aber gleichviel, ob an der Arbeitsstätte des höchsten Repräsentanten der deutschen Republik die Züge Walter Rathenaus den Ehrenplatz einnehmen, der ihnen gebührt, gleichviel, ob er mit seinem traurigen, träumerischen und etwas ironischen Blick die Minister der Rechtsregierung noch mahnt, wenn sie dem Reichspräsidenten Vortrag halten — der Geist Walter Rathenaus beherrscht, stärker denn je, die Politik des Deutschen Reiches und rächt sich damit tagtäglich an denen, die diesen Mann einst zu Tode hetzten.

Gerede um Preußen.

Krisenhoffnungen der Rechten.

Die Deutschnationalen haben den direkten Ansturm gegen die Regierung Braun aufgeben müssen, weil sie der Hilfe der äußersten Linken nicht mehr ganz sicher sind. Desto stärker richtet sich jetzt ihr Interesse auf die Mitte. Gewisse „Volksgemeinschafts"-Pläne sind zwar zunächst auf stolze Ablehnung gestoßen, doch scheint es sich dabei mehr um eine Händlergeste gehandelt zu haben. Im Grunde wären die Deutschnationalen sehr froh, wenn sie sich auf irgendeine Weise in die Preußenregierung hineinmanövrieren könnten — vielleicht würden sie sogar sehr gerne die außenpolitischen Sorgen des Reiches andern überlassen, wenn sie nur in Preußen ein antirepublikanisches, schwarzweißrotes Regiment aufrichten könnten. Die Revolution ist doch erst dann so gut wie vollständig liquidiert, wenn Preußen wieder von den Junkern regiert wird.

Daß die vertraulich geführten Unterhaltungen über die „Umbildung der Regierung Braun" die Deutschnationalen ihrem Ziel näher bringen könnten, dünkt uns wenig wahrscheinlich. Aber offenbar ist das parlamentarische System etwas, was für die politischen Parteien Deutschlands sehr schwer zu erlernen ist. Nach dem parlamentarischen System bleibt eine Regierung solange im Amte, als ihr nicht das Parlament das Vertrauen entzieht. Stellt sich die Unmöglichkeit der Zusammenarbeit zwischen der Regierung und dem Parlament heraus, dann ist es Sache der Parteien, für eine neue Regierung zu sorgen; sind sie dazu nicht imstande oder glaubt die Regierung die Mehrheit, die ihr im Parlament fehlt, bei Wahlen erringen zu können, so wird das Parlament aufgelöst.

Würde man in Preußen nach diesen einfachen Regeln verfahren, würde sich vieles viel einfacher gestalten, als es jetzt der Fall ist. Wer eine neue Regierung wünscht, der möge das doch im Plenum des Landtags sagen und dementsprechend handeln. Besteht keine Neigung zu einem derartigen Vorgehen, so hat das Verhandeln über Regierungsumbildung, Verbreiterung der Regierungsbasis usw. keinen andern Erfolg als den, das politische Leben dauernd zu beunruhigen. Darum haben wir uns von dem Gerede und Gerate über Preußen nach Möglichkeit ferngehalten und tun es jetzt noch. Daß eine Rechtswendung in Preußen tiefgehende Wirkungen auf das Verhalten der Sozialdemokratie und auf das ganze politische Leben Deutschlands ausüben müßte, versteht sich von selbst.

Im übrigen wäre es wider alle Logik, wenn es den Deutschnationalen gelingen würde, nach ihrer Riesenpleite im Reich neue Machtpositionen in Preußen zu erringen. Eine solche Sünde wider die Logik würde von der Entwicklung sehr bald wieder korrigiert werden.

*

Zum selben Thema schreibt die „Vossische Zeitung":

Im Preußischen Landtag sind die Verhandlungen wieder aufgenommen worden, die auf eine Verbreiterung der jetzigen Regierungsbasis hinzielen. Die Vertreter des Zentrums, der Demokraten, der Sozialdemokraten und der Deutschen Volkspartei haben erneut die Möglichkeit besprochen, ob an eine Wiederherstellung der Großen Koalition in nächster Zeit zu denken wäre. Die Zentrumsfraktion hat sich wiederum für den am 9. Juni d. J. gefaßten Beschluß erklärt, wonach sie eine Umbildung der preußischen Regierung für wünschenswert erachtet. Diese Kundgebung des preußischen Zentrums hat, wie wir aus Zentrumskreisen erfahren, keinerlei Spitze gegen die jetzigen preußischen Regierungsparteien; es sind deshalb auch keine konkreten Vorschläge vom Zentrum gemacht worden, in welcher Weise die Umbildung der Regierung herbeizuführen sei, sondern der Beschluß soll lediglich bezwecken, die Besprechungen in Fluß zu bringen.

Tagung des Reichsparteivorstandes des Zentrums.

Der ursprünglich für den 26. Juni einberufene Reichsparteivorstand der Zentrumspartei ist gestern vormittag in Berlin im Reichstagsgebäude zur Beratung der politischen Lage und innerer Parteiangelegenheiten zusammengetreten.

Der Wohnstätten-Trianon-Film-Skandal.

Schwerwiegende Aussagen des Ministerialrats Karstaedt.

Am gestrigen Verhandlungstag im Prozeß gegen die Wohnstättengesellschaft machte Ministerialrat Dr. Karstaedt, der Generalreferent für den Haushalt im Reichsarbeitsministerium, Aussagen, die ein grelles Licht auf das Vorgehen der Direktoren der Wohnstättengesellschaft warfen. Nach Ansicht des Ministerialrats war die Wohnstättengesellschaft nur berechtigt, Mittel zu verlangen, die unmittelbar für das ihr gesteckte Ziel notwendig waren. Hätte man gewußt, daß die Wohnstätte im Ueberfluß im Geld schwamm, dann würde nicht weitergezahlt worden sein. Im Ministerium war man ohnehin über die hohen Geldanforderungen der Wohnstätte verwundert, da nicht gebaut wurde. **Die Gesellschaft erklärte aber, daß sie die Kapitalien zum Ankauf von Baumaterialien, die jetzt billig zu kaufen seien, brauche.** Als durchaus unzulässig bezeichnete der Zeuge und Sachverständige ihre Kredite an den Trianon-Film, durch die ein schwer zu berechnender Schaden für das Reich entstanden sei, **denn das Reich habe die Wohnstätte infolge der Zahlungsunfähigkeit des Trianon-Films sanieren müssen, indem es ihre erststelligen Hypotheken an die zweite Stelle setzte. Außerdem wurden die Wohnungsbauten monatelang verzögert, so daß das Reich den wohnungslosen Beamten weitere Wohnungsbeihilfen zahlen mußte.** Geh. Glas hielt dem Zeugen entgegen, daß durch eine Verfügung des Reichsarbeitsministeriums der Wohnstätte ausdrücklich verboten war, die aus der Erwerbslosenfürsorge stammenden Gelder anders als für Bauten zu verwenden. Zeuge Karstaedt blieb aber bei seiner Auffassung.

Deutschnationale Vergeßlichkeit.

Wie sie die Aufwertungsversprechungen in den Wind schlagen.

Der deutschnationale Graf Westarp ist sehr nachdrücklich an seine Wahlversprechungen in der Aufwertungsfrage erinnnert worden. Er will jetzt von seinen Versprechungen nichts mehr wissen.

In gleicher Lage wie er befinden sich die Herren Lawerenz und Oberfohren von der deutschnationalen Reichstagsfraktion. Auch sie werden jetzt an feierliche Versprechungen erinnert. Herr Lawerenz hat vor den Maiwahlen zwei Herren vom Sparerbund folgende Erklärung abgegeben:

„Meine Herren, eine große Partei wie die unsere, kann keine Opportunitäts- und Augenblickspolitik, sondern nur Politik auf lange Sicht machen, eine solche ist aber nur auf dem Boden des Rechts möglich, wir können und werden daher auch die Regelung der Aufwertung nur auf dem Boden des Rechts vornehmen."

Das Organ des Sparerbunds fragt ihn nun erregt, wo das Recht beim Aufwertungskompromiß bleibt?

Herr Oberfohren wird in einem „Offenen Brief" im „Fehmarnschen Inselboten" zur Rede gestellt, in der es heißt:

„Es wird Ihnen noch erinnerlich sein, daß Sie vor den Reichstagswahlen an mich schrieben: „In der Aufwertungsfrage werde ich mich auf den Standpunkt stellen, den das Reichsgericht vom 28. November 1923 eingenommen hat." Das Urteil dieses unseres höchsten Gerichts aber lautet, daß voll mit 100 Prozent aufgewertet werden muß, wenn das beliehene Grundstück jetzt noch denselben Wert hat, den es bei der Beleihung hatte und der Schuldner hierzu in der Lage ist."

Herr Oberfohren hat sich ebenso wie Herr Lawerenz und Graf Westarp noch einen anderen Standpunkt angewöhnt. Vielleicht meinen die Herren: es geschieht den Leuten recht, warum waren sie so dumm, unseren Versprechungen zu trauen.

Nie so dumm gewesen . . .

Deutschnationales Geständnis im Landtag.

Präsident **Bartels** teilte gestern in der zweiten Sitzung des Landtages mit, daß die Abstimmung über die angefochtenen Titel sowie über die gestellten Anträge und Entschließungen am Mittwoch im Anschluß an die Abstimmungen über den Landwirtschaftshaushalt stattfinden soll. Darauf wird der Rest des Gestütshaushaltes in kurzer Aussprache erledigt und in die zweite Beratung des Domänenhaushalts eingetreten, über dessen Anträge Abg. **Weißermel** (Dnat.) berichtet. Abg. **Klaußner** (Soz.) erklärt im Gegensatz zu dem Berichterstatter, daß die Selbstbewirtschaftung der Domänen durchaus rentabel sei. In einer Replik

gibt der deutschnationale Abg. Wende-Winzig die höhnische Erklärung ab, er sei nie so dumm gewesen, an eine 100prozentige Aufwertung zu glauben,

und spricht sich im übrigen gegen die Selbstbewirtschaftung aus. Abg. Dr. **Graß**-Koblenz (Z.) will der Beunruhigung über die in der Inflationszeit zu hoch getriebenen Pachtpreise für Domänengrundstücke in den Kreisen der Kleinpächter baldigst ein Ende gemacht wissen. Abg. **Stendel** (D. Vp.) betont, daß das Pachtsystem sich in ganz Deutschland bewährt habe; im Augenblick sei es nicht tunlich, die Pachtschutzordnung aufzuheben. Staatssekretär **Pamm** macht darauf Mitteilung über den Stand der Kultivierungsarbeiten in den Hochmooren, Ministerialdirektor **Arnoldi** berichtet über die Verpachtung des Seebades Norderney. Nach einer Polemik des Abg. **Skjellerup** (Komm.) gegen die Sozialdemokraten, der diesen vorwarf, daß sie auch in der Zollfrage nur einen Scheinkampf führten, vertagte das Haus die Fortsetzung der Etatsberatung auf Mittwoch 12 Uhr. — Schluß 4 Uhr 45 Minuten.

In Hongkong, das britischer Besitz ist, streiken alle Chinesen, die irgendwie in englischen Diensten standen, auch die Seeleute und Hausgehilfen. 15 000 Europäer und Japaner, zum Teil aus anderen chinesischen Orten geflüchtet, sind in Hongkong konzentriert.

Walter Rathenau.

(Ermordet am 24. Juni 1922.)

In jeder Werkstatt glomm die Wut:
Und wieder trank die Straße Blut
Aus heißem Herzensschaffen —
So nehmt die Republik in Hut!
Gebt freien Bürgern Waffen!

Es war ein Volk im Trauerkleid,
Das sprach am Grabe heiligen Eid
und hat ihn treu gehalten.
Ihr Jungen, die ihr Stürmer seid,
Müßt ganzes Werk gestalten.

Nimm, Freiheit, deinen kühnsten Flug!
Was Zorn aus Stein der Qualen schlug,
Sie sollen dran nicht rütteln.
Wir duldeten an Schmach genug
Von Herren und von Büttteln.

Die Fahnen hoch! Durch träge Zeit
Den Fahnen rasches Herz geweiht,
Dem Bund der ernsten Farben!
In Weg und Mut zur Tat bereit,
Da Deutschlands Freie starben!

Und gärt der Sinn dir übervoll,
Die schwarzrotgoldne Fahne soll
Wie Zorn und Feuer schlagen.
Im Lieben stark und stark im Groll
Wird Volk die Fahnen tragen.

Der einsam durch ein Leben war,
Im stillen Denken reif und klar
Und groß in edler Rede,
Er ruft aus heiliger Totenschar
Das Wort zu heiliger Fehde.

In jedem Werkstatteisenschall
Der Arbeitsherzen Widerhall
Und feuriges Gelöbnis,
Sei Lebender, allüberall
Ins Herz des Volks erhoben!

Franz Rothenfelder.

Drei große Männer. Auf Einladung der Goethe-Gesellschaft, Heidelberg, wird Gustav Stresemann dort einen Vortrag halten über „Goethe und Napoleon".

Der nächste Deutsche Juristentag. In der Deputationssitzung wurde beschlossen, den nächsten Deutschen Juristentag im Jahre 1926 in Köln stattfinden zu lassen.

Erinnerung.

Heute vor einem Jahre, ist es gewesen, tiefblau war der Himmel, heiß schien die Sonne, und eine große Heiterkeit lag über Berlin. Wie zehntausend andere ging auch ich an diesem Tag spazieren, durch den Grunewald lief ich, zur Königsallee kam — was ist dort unten los? Fast am Ende der langen, stillen Straße? Vor einer edelgebauten Villa warten drei Autos, stehen zehn, zwölf Leute „Volk", fünf Filmmänner, zwei Photographen, ein paar Schupos?

Rathenaus Todestag! In seinem Heim vollzieht sich in dieser Stunde die Gründung der Rathenau-Stiftung und in wohlgeformten Reden wird des Führers gedacht. Draußen auf der Straße tut man dasselbe in schlichtem Gespräch. Da ist einer, der hat schon sehr viel von Rathenau gelesen und er schwärmt vom Wirtschaftler ebenso sehr wie vom Philosophen und Kunstästheten. Da ist ein junger Mensch, friedliebend, europagläubig, und recht hat er mit seinem harten Urteil über die Mordschuldigen. Da ist ein junges Mädchen, das hatte vor einem Jahr aus der Nähe die Schüsse, mit denen die Gemeinsten einen der Edelsten trafen, gehört. Und wie man dann noch auf die gewaltigen Demonstrationen des Volkes zu sprechen kommt, da tut sich die Tür des Hauses auf, es kommen Rathenaus greise Mutter, seine Schwester, ein paar hohe und allerhöchste Herren „von der Regierung", und der eine von ihnen, jeder erkennt und grüßt ihn sofort, das ist der Reichspräsident Friedrich Ebert. Das leise Gespräch verstummt völlig, die Filmmänner kurbeln, die Photographen knipsen, die Schupos sperren ab, schon brummen die Motoren der Autos, der Wagen mit der schwarzrotgoldenen Präsidentenstandarte setzt sich als erster in Bewegung, die anderen folgen sofort nach, die Leute zerstreuen sich schnell, ein Pförtner schließt das Haustor ab, und wenige Minuten später ist's in der Königsallee so still und so feierlich wie sonst.

Herbst kam ins Land, Winter wurde es, und wieder hatte die Republik Anlaß, einen großen Toten zu beklagen. Diesmal waren die Gegner vorsichtiger zu Werk gegangen: sie haben den Verhaßten mit ihrer Niedrigkeit ins Grab gequält . . .

Eine große Zeit, eine herrliche Zeit!

Erich Gottgetreu.

Natureindruck und Bildform. In der ersten Abendgeselligkeit in der Ausstellung „Berliner Kunst 1925", die gegenwärtig im Deutschen Opernhaus zu sehen ist, hielt Prof. Dr. Hans Mackowski einen Vortrag über „Natureindruck". Der lange Er erläuterte zuerst den Begriff „Natureindruck". Der lange als unumstößlich richtig angesehene Ausspruch des Aristoteles, daß bildende Kunst Naturnachahmung sei, erklärte er für ziemlich oberflächlich. Mit photographischer Treue nachgeschaffene Natur kann noch keinesfalls ein Kunstwerk sein, wenigstens dann nicht, wenn wir das Wort „Natur" in dem uns geläufigen Sinne nehmen. Prof. Mackowski zitierte Schellings Werk über „Die Nachahmung und Darstellung der Natur in der bildenden Kunst", in dem Schelling die Natur als die „heilige Urkraft der Welt" definiert. In diesem höheren Sinne können wir mit der Erklärung einverstanden sein, daß die Kunst Naturnachahmung ist. Bloße Abbildung der Dinge aber war nie Kunst und wird es nie sein; erst die Erhebung über das Gegenständliche zur Bildform schafft ein Kunstwerk. Und es ist ohne Uebertreibung gesprochen, wenn Max Liebermann einmal sagt, eine gut gemalte Rübe sei als Kunstwerk soviel wert wie eine gut gemalte Madonna, mag auch der Schöpfer des einen Werkes menschlich höher stehen als der des anderen. Das zeigt deutlich, daß dieser Führer des Impressionismus niemals an eine bloße Naturnachahmung denken konnte, was natürlich er selber auch auf das energischste ablehnt. — Prof. Mackowski gab dann einen Ueberblick über die Bildgestaltung des 19. Jahrhunderts. Zwar gibt es im Grunde so viele Bildformen, wie es Künstler gibt; doch wird sich schließlich der Schwächere immer an den Stärkeren anlehnen und ihn, unbewußt vielleicht, zum Vorbild nehmen. So ist die Erscheinung zu erklären, daß eine Bildform plötzlich da ist, sich auslebt und durch eine neue ersetzt wird. Im Anfang des 19. Jahrhunderts griffen die Schöpfer der idealen und heroischen Landschaft nach den Vorbildern Poussins und Claude Lorrains; zwischen dunkle Seitenkulissen stellten sie eine weite, starkbeleuchtete Mitte. Auf diese Epoche folgten, nach dem kurzen, romantischen Zwischenspiel der Nazarener, die Deutschrömer. Ihr Ziel war Raumgestaltung durch Raumgliederung mittels Linien und Farben. Prof. Mackowski zeigte das durch Erläuterung von Bildern von Böcklin und Marées. — Er beendete seinen Vortrag mit dem Hinweis, daß alle Kunstwerke am besten zu verstehen seien als Gleichnisse, in denen der Künstler seine Seele erklärt. — Nach dem Vortrage spielte Prof. Kurt Schubert Liszts „Venezia e Napoli". Das Werk fand bei allen Anwesenden eine dankbare Aufnahme, trotzdem es leider infolge der ungünstigen Akustik des Raumes nicht voll zur Geltung kam.

Der Kampf um Darwin als Spekulationsobjekt. Wie wir bereits mitteilten, hat die Regierung des amerikanischen Bundesstaates Tennessee dem Prof. John T. Scopes streng untersagt, die Darwinsche Lehre weiter vom Katheder herab zu verkünden. Der gestrenge Gouverneur von Tennessee ärgerte sich über die von Scopes vertretene Lehre Darwins so, daß er das Disziplinarverfahren einleitete. Dieses Verfahren hat bezeichnenderweise folgende Wirkungen gehabt. Eine Filmgesellschaft bot dem Gemaßregelten 110 000 Dollar, wenn er sich bereit finden würde, die Hauptphasen der Entwicklung des Menschen im Film zu veranschaulichen, und ein Pressekonzern wollte für 60 000 Dollar eine Artikelserie von ihm. Prof. Scopes hat diese verlockenden Anträge aber abgelehnt, obzwar er sich, seit die Regierung von Tennessee ihn gemaßregelt hat, in bedrängten Verhältnissen befindet.

Eine neue Polarexpedition. Der Polarforscher Algarson ist in Liverpool nach dem hohen Norden in See gegangen. Die Expedition will das zwischen Spitzbergen und Franz-Josephs-Land gelegene unbekannte Gebiet erforschen.

Schließung der Privatbibliotheken und -Lesehallen in Petersburg. Die Petersburger Sowjetbehörden haben die Schließung aller Privatbibliotheken und -Lesehallen angeordnet. Es soll eine große kommunale Leihbibliothek geschaffen werden.

Eine Prohibitiv-Steuer auf Revolver. Der ehemalige amerikanische Präsidentschaftskandidat Mc Adoo hielt kürzlich in einem politischen Verein einen Vortrag, in dem er die amerikanische Vorliebe für Revolver scharf geißelte. Um diesem Uebelstand zu steuern, machte Mc Adoo den Vorschlag auf den Verkauf eines jeden Revolvers eine Steuer von 75 Dollar zu legen.

Die Pachtschutzordnung verlängert.

Schwere Kämpfe im Reichstag.

Die längere Zeit hinausgeschobene zweite Lesung der Pachtschutzordnung führte am Dienstag zu heftigen Auseinandersetzungen im Reichstag. In der Abstimmung ging das Plenum des Reichstages mit knapper Mehrheit über die Beschlüsse des Ausschusses hinaus. So wurde beschlossen, das sämtliche Pachtverträge nicht nur die unter 10 Hektar wieder unter die Pachtschutzordnung fallen, die jetzt bis zum 30. September 1927 verlängert wurde.

Dieses den Pächtern günstige Abstimmungsergebnis verdanken sie in erster Linie den Linken. Die sozialistischen Parteien sowie die Demokraten stimmten geschlossen für die Pächter. Die Rechtsparteien mit ganz wenigen Ausnahmen gegen dieselben. Das Zentrum spaltete sich. Doch stimmte die Mehrheit für die Pächter.

Der Kampf um die Umsatzsteuer.

Heftige Auseinandersetzungen im Steuerausschuß.

Trotz des allgemeinen Verlangens der Verbraucher und eines großen Teils von Industrie, Handel und Gewerbe hat die Reichsregierung in ihren Steuervorlagen keine Ermäßigung der Umsatzsteuer vorgesehen. Bei den Beratungen im Steuerausschuß aber ist von ihr auf das Verlangen der Linken zugestanden worden, daß die Ermäßigung der Umsatzsteuer bei der ersten Lesung der Steuervorlagen behandelt werden solle. Dieses Versprechen wurde nicht gehalten. Als der Zeitpunkt für die Erörterung der Umsatzsteuer herangekommen war, faßten die Regierungsparteien den Beschluß, sie bis zum Ende der zweiten Lesung zu vertagen.

Es wiederholt sich also bei der Umsatzsteuer dasselbe Schauspiel, das der Reichstag seit dem Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung mehrfach erlebt hat. **Bisher schärfste Gegner der Umsatzsteuer, sind die Deutschnationalen jetzt begeisterte Freunde.** Und wenn sie dabei die Unterstützung der Großindustrie finden, so deshalb, weil für diese die Umsatzsteuer die gegenwärtig wichtigste Quelle ihrer Ueberlegenheit über diejenigen ihrer Konkurrenten begründet, die die Umsatzsteuer zahlen, während die großen Konzerne sie nicht zu entrichten brauchen.

Die Reichsregierung aber verfolgt mit der Verschiebung der Umsatzsteuer noch einen anderen Zweck. Sie will unter allen Umständen die Erhöhung der Verbrauchssteuern auf Bier und Tabak, Zucker und Salz durchsetzen. **Für die erhöhte Besteuerung von Bier und Tabak hat sie keine Mehrheit.** Denn Bayerische Volkspartei und Deutsche Volkspartei lehnen diese Steuern ab. Das Ziel der Regierung ist deshalb, für diese Vorlagen Unterstützung bei den Linksparteien zu finden, die sie zu erringen hofft, indem sie die Ermäßigung der Umsatzsteuer abhängig macht von der Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer.

Infolgedessen kam es am Dienstag im Steuerausschuß des Reichstags zu **heftigen Auseinandersetzungen.** Die Sozialdemokratie beantragte, zunächst die Umsatzsteuer zu beraten und wurde darin von den Demokraten und den Kommunisten unterstützt. **Die Reichsregierung und die bürgerlichen Parteien widersprachen jedoch der Beratung der Umsatzsteuer.** Erst müsse das Ergebnis der Erhöhung der Verbrauchsbesteuerung abgewartet werden. Bei dieser Gelegenheit wurde auch von der Linken darüber Beschwerde geführt, daß durch die Heraufsetzung der Mitgliederzahl des Steuerausschusses der Einfluß der Linken widerrechtlich geschmälert werden solle. Das sei eine Vergewaltigung der Minderheit, die man sich unter keinen Umständen gefallen lassen werde. Der Antrag, die Umsatzsteuer sofort zu beraten, wurde abgelehnt.

Es wurde dann das Gesetz über die **Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer** zur Beratung gestellt. Demokraten und Sozialdemokraten beantragen die Ablehnung dieser Steuererhöhung. Der deutschnationale Abgeordnete **Dr. Preyer** erklärte sich für die Erhöhung, auch wenn sie mit einer Erhöhung unserer Reparationslast verbunden sei. Die Abgg. **Dr. Horlacher** (Bayr. Vp.) und **Dr. Cremer** (D. Vp.) wenden sich gegen die Erhöhungen, insbesondere gegen die Erhöhung der Biersteuer. Bei dieser Sachlage stand die Ablehnung der Regierungsvorlagen in Aussicht. Die Regierungsparteien beantragten infolgedessen die Aussetzung der Abstimmung, um für Kompromißverhandlungen Zeit und Gelegenheit zu schaffen. So wurde auch beschlossen.

Barmats Beziehungen.

Zweite Vernehmung Julius Barmats durch Prof. Leidig.

Die Vernehmung von Julius Barmat wurde Dienstag nachmittag in dessen Wohnung durch den Vorsitzenden des preußischen Untersuchungsausschusses Dr. Leidig fortgesetzt. Anwesend sind Abg. Heilmann, der frühere Polizeipräsident Richter, der frühere Abgeordnete Gustav Bauer, Finanzrat Dr. Hellwig, Rechtsanwalt Dr. Schwersenz, je ein Vertreter der sozialdemokratischen und der bürgerlichen Presse. Es sollen noch die Beziehungen erörtert werden, die Julius Barmat zu politischen Persönlichkeiten gehabt hat. Dr. Leidig geht zunächst von den Aussagen aus, die Herr Tannenzapf vor dem Untersuchungsausschuß gemacht hat. Zunächst werden die Behauptungen dieses Kronzeugen über angebliche Kontos, die in der Amsterdamer Amexima für mehrere politische Persönlichkeiten als Geschäftsunkosten geführt wurden, erörtert. Barmat erklärt sich bereit, die Bücher der Amsterdamer „Amexima" nach Berlin kommen zu lassen, um zu beweisen, daß diese Erzählungen absolut unwahr sind.

Gegenüber den Behauptungen des Tannenzapf, daß Barmat kein eigenes Vermögen in Holland besessen habe, stellte Barmat fest, daß die „Amexima" mindestens 3—4 Millionen Gulden liquider Mittel im Herbst 1924 besaß. Schließlich erklärt Barmat:

„Es ist geradezu aufregend, wenn ein Kerl so gemein lügt."

Es liegen eidesstattliche Versicherungen der Leiter der Amsterdamer Amexima vor, wonach das Gegenteil richtig ist. Wir hatten Mittel genug, um sämtliche ausländische Unternehmungen zu finanzieren. Nach einer Aufstellung hat die Amsterdamer Amexima Ende vorigen Jahres 6 bis 7 Millionen an diese Finanzierungen gewendet. Man wird meine Erregung begreifen, wenn ein Mann, der bei uns beschäftigt war, jetzt als Spitzel gegen uns auftritt. Tannenzapf hatte ja auch behauptet, er habe keine Verbindung mit dem Staatsanwalt gehabt. Das Gegenteil ist festgestellt worden. Als meine Frau versuchen wollte, ihn bei einer Begegnung im Zoologischen Garten festnehmen zu lassen, um das von ihm gestohlene Material beschlagnehmen zu lassen, hat er sich sofort mit der Staatsanwaltschaft in Verbindung gesetzt.

Die Herren Kußmann und Calpari haben das bestätigt, er wurde auch sofort freigelassen, ohne daß man das von ihm gestohlene Material erhielt.

Dr. Leidig: Wir wollen uns mehr der Erörterung der Beziehungen zuwenden, die Sie zu einzelnen Herren, die im öffentlichen Leben stehen, unterhalten haben. Wie haben Sie Herrn Bauer kennengelernt.

Barmat: Nach meiner Erinnerung hat mich Herr Bauer im Jahre 1920, als die Angriffe in der „Volkszeitung" auf mich erfolgten, zu sich geladen. Er sagte mir: „Was gegen Sie vorgebracht wird, geht mich nichts an, aber da die Regierung angegriffen wird, so ist es meine Pflicht, mich darum zu kümmern." Nach dem Ausscheiden Bauers aus der Regierung sei er mit ihm privat zusammengekommen, er habe ihn gefragt, ob er nicht gelegentlich für ihn tätig sein wolle. Bauer hat auch ein Geschäft vermittelt, nämlich den Verkauf eines Postens Stacheldraht, der in Lettland lag, und ich habe ihm dafür eine Vermittlungsgebühr von 10 Proz. zugesagt. Bei der Abrechnung ist es darüber zu Differenzen gekommen.

Dr. Leidig: Wie haben Sie den früheren Polizeipräsidenten Richter kennengelernt?

Barmat: Herrn Richter lernte ich als Parteigenossen kennen, ich wurde mit ihm später ebenso wie mit Herrn Heilmann sehr befreundet, und insbesondere, als ich ohne Familie in Berlin war, war es mir sehr angenehm, mit Richter und Heilmann oft zusammenkommen zu können. Mit Richter habe ich über Geschäfte gar nicht sprechen können, da er nach meiner Meinung von Geschäften überhaupt nichts versteht. Wenn Herr Tannenzapf behauptet, Richter und Heilmann hätten sich stets solange in der Merkurbank aufgehalten, daß ich für andere Leute gar nicht zu sprechen gewesen wäre, so ist auch das falsch.

Dr. Leidig: Wie haben Sie Herrn Heilmann kennengelernt?

Barmat: Ich lernte Herrn Heilmann durch Herrn Mathysen, den Sekretär der holländischen Sozialdemokratischen Partei kennen. Heilmann war damals Korrespondent des Rotterdamer „Vorwaarts", er hat pro Artikel 15 Gulden Honorar von diesem Blatte erhalten, für andere Beiträge entsprechende kleinere Summen. Einmal hat mir Heilmann einen versiegelten Brief des „Vorwaarts" mit 40 Gulden gezeigt. Ich habe ihn gefragt, warum er so wenig für den „Vorwaarts" schreibe, er war damals aber außerordentlich stark mit seiner Korrespondenz der PPR., mit Wahlreisen usw. beschäftigt. Von mir hat Heilmann für diese Tätigkeit nicht einen Pfennig erhalten. Später wurden wir sehr befreundet und ich freue mich, daß diese Freundschaft auch heute noch wenigstens von meiner Seite besteht. Zahlungen hat Heilmann von mir niemals erhalten, denn Freundschaft läßt sich nicht bezahlen. In den Aufsichtsrat meiner Gesellschaft habe ich ihn auch lediglich als Freund aufgenommen, er hat bisher niemals eine Entschädigung dafür erhalten. Er war öfters mein Gast, sowohl hier wie in Holland. Ich habe dann natürlich, wie es meine Pflicht war, für ihn bezahlt, ich habe ihm auch sonst die Auslagen zurückerstattet, die er für mich hatte.

Dr. Leidig fragt dann, wie das Empfehlungsschreiben an die Staatsbank zustandegekommen sei.

Barmat: Herr Lüdemann hat bei der Staatsbank angerufen, ich erhielt dann von den Herren Bauer und Gradnauer, den ich kennengelernt hatte, das Empfehlungsschreiben, das mir lediglich Eingang bei dem Präsidenten verschaffen sollte. Später wurde mir gesagt, daß

dieses Schreiben mich mehr geschädigt habe als es mir genützt hätte, weil es von Sozialdemokraten unterschrieben

worden sei.

Dr. Leidig stellt dazu fest, daß auch andere Abgeordnete derartige Empfehlungsschreiben ausstellen, um bei amtlichen Stellen die Tür aufzumachen. Was dann weiter geschehe, gehe sie nichts an. Dr. Leidig fragt dann, wie es mit dem Darlehen an den Abg. Koenen gestanden habe. Im Ausschuß sei die photographierte Eintragung in den Büchern darüber gezeigt worden. Barmat: Herr Koenen hat ein Darlehen von 400 Gulden von mir erhalten und davon nur etwa die Hälfte zurückgezahlt. Er war in der Angelegenheit des Transportarbeiterstreiks nach Holland gekommen, als Herr Heilmann abgereist war, bat Koenen mich um ein Darlehen. Später hat Herr Koenen mir vorgeschlagen, mich Herrn Krassin vorzustellen. Krassin hat auch auf mich gewartet, ich habe aber damals keinen Wert auf eine Verbindung mit Rußland gelegt. Barmat bemerkt noch, durch die Konzerngründung, die ihn sehr in Anspruch genommen habe, sei er mit Heilmann, der es nicht gern sah, daß er sich an der Industrie beteiligte, weniger oft zusammengekommen. In den Aufsichtsrat der Gesellschaften sei Heilmann oft gewählt worden, ohne daß er selbst etwas davon wußte.

Die Vernehmung wird dann abgebrochen. Dr. Leidig wird den Bericht dem Ausschuß vorlegen und Barmat nur dann noch einmal vernehmen, wenn von den Mitgliedern des Ausschusses Fragen gestellt werden sollten.

Painlevés Marokkobericht.

Krach mit den Kommunisten.

Paris, 23. Juni. (Eigener Drahtbericht). In der Kammer sprach heute nachmittag Ministerpräsident und Kriegsminister Painlevé über Marokko. Einleitend betonte er, daß Frankreich nach den großen und schmerzlichen Verlusten des Weltkrieges das Blut seiner Landeskinder schonen müsse. Andererseits dürfe sich die öffentliche Meinung keine übertriebene Vorstellung von der Größe und dem Umfang der kriegerischen Ereignisse in Marokko machen. Dann führte er aus: Beim Regierungsantritt des jetzigen Ministeriums war die Grenze nördlich des Quergha auf einer weiten Strecke von dem Gegner überschritten, die Straße nach Fez gesperrt und die Hauptstadt selbst bedroht. Neue Verstärkungen wurden notwendig. Heute spielt sich der Kampf an den Ufern des Quergha ab, die nur an zwei Punkten überschritten sind. Die Tatsache, daß

der Kriegsschauplatz innerhalb des französischen Gebietes

liegt, gibt dem Gegner das Gefühl des Siegers und mache ihn glauben, Frankreich sei darauf angewiesen, um Frieden zu bitten. Hier droht eine moralische Gefahr, vor der die Regierung die Kammer warnen muß. Unter diesen Umständen Marokko zu räumen, hieße alle französischen Bürger, Männer, Frauen und Kinder in Marokko und Algier der Niedermetzelung preisgeben. Einer Menschheitsliebe gegenüber, welche die Vaterlandsliebe auslöscht, muß man mißtrauisch sein. Auf den Einwurf, nichts sei geschehen, um mit Abd el Krim zu verhandeln, antwortete Painlevé: nicht eine Woche ist verstrichen, ohne daß Frankreich über die Absicht Abd el Krims und dieser wieder über Frankreichs Absichten unterrichtet worden ist. Mitten in den Kriegsereignissen hat Frankreich Abd el Krim durch einen Unterhändler wissen lassen, daß Frankreich nichts wünscht, als in gutem Einvernehmen mit dem Rif zu leben. Frankreich hat nie daran gedacht, sich irgendein Gebiet der französischen Zone anzueignen. So sind auch die Vertreter Frankreichs auf der spanisch-französischen Konferenz in Madrid instruiert und ihre Veröffentlichung könnte für die Regierung nichts Nachteiliges enthalten. Die Gefahr besteht, daß die Marokkaner die Friedensbereitschaft Frankreichs als ein Zeichen von Schwäche auslegen. Ob der Stab von Ausländern bei Abd el Krim, der sich aus früheren deutschen, russischen und türkischen Offizieren zusammensetze, von der gleichen Friedensliebe beseelt sei? Damit Abd el Krim die Pläne dieser Umgebung nicht befolgt, muß er die Lehre erhalten, daß die Fortsetzung der Feindseligkeiten nur zu seinen Ungunsten ausfallen kann. Daß

die Verständigungsversuche Frankreichs noch keinen Erfolg

hatten, liegt daran, daß Abd el Krim noch keine Neigung zeigt, auf seine ehrgeizigen Pläne zu verzichten. Im Gegenteil, er hat zum Heiligen Krieg des Islams gegen Frankreich aufgefordert und mehr als einmal verkünden lassen, daß Fez sein Ziel sei. (Das hat Abd el Krim gegenüber einem Vertreter der „Chikago Tribune" nachdrücklich in Abrede gestellt. Red. d. V.). Trotzdem hat die französische Regierung ihre Erklärungen aufrechterhalten, daß die Fortsetzung des Krieges nur unnützes Blutvergießen bedeutet und die Zusammenarbeit Frankreichs, Spaniens und des Rifs bei der Zivilisierung Nordwestafrikas hinausschiebe.

Dann wandte sich

der Ministerpräsident gegen die kommunistische Propaganda, der er die wahre Schuld am Kriege in Marokko zusprach.

Auf dem Kongreß der dritten Internationale habe Sinowjew vorausgesagt, daß infolge der Niederlage der Spanier Frankreich durch Abd el Krim bedroht sei und hinzugefügt, daß die Kommunisten sich das zunutze machen müßten. Wenn Abd el Krim, wie die Kommunisten immer betonten, den Frieden wolle, wer hatte ihn dann zum Krieg getrieben? (Abd el Krim sagt in dem Interview: das widerrechtliche Vordringen des französischen Militärs, das die Ernährungsgebiete besetzte, die Warenzufuhr hinderte usw. Red. d. V.). Die Kommunisten hätten seit Ende 1924 Abd el Krim gegen Frankreich aufgehetzt. Ein Beweis dafür sei die Glückwunschadresse des Abg. Doriot an Abd el Krim, die die Hoffnung aussprach, daß Abd el Krim nach seinem Sieg über Spanien den Krieg gegen den Imperialismus aller Länder, Frankreich miteinbegriffen, bis zur vollständigen Befreiung Marokkos weiterführen werde. Seitdem hätten die Kommunisten nicht aufgehört, Abd el Krim durch Versprechen ihrer Unterstützung gegen Frankreich zu ermutigen und darüber hinaus versuchte die bolschewistische Propaganda, die eingeborenen Soldaten und Arbeiter zum Meutern und vor allem die Marokkaner zur Verweigerung der Truppen- und Munitionstransporte aufzustacheln. Jedes Land ergreife gegen derartige Vorkommnisse die schärfsten Maßnahmen.

Diese mit den kommunistischen Telegrammen, Briefen und Flugschriften belegten Ausführungen riefen einen Sturm der Entrüstung hervor. Nach der Rede Painlevés wurde die Sitzung auf kurze Zeit unterbrochen, um den Fraktionen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Bei Wiederaufnahme der Sitzung begründete zunächst Abg. Doriot (Komm.) seine Interpellation. Gleich zu Beginn seiner Ausführungen eilte der Abg. Oberst Picot (nat.) auf die Tribüne, um den Redner zu ohrfeigen. Es kam darüber zu großen Tumultszenen; erst das Eingreifen der Kammerbeamten und die Aufhebung der Sitzung durch Herriot konnte dem Tumult ein Ende machen.

Die Sitzung wurde um ½6 Uhr wieder aufgenommen. Präsident Herriot mißbilligte das Verhalten Picots. Nach einer kurzen Auseinandersetzung darüber bestreiten Doriot und Marty, daß Sinowjew jene Worte gesprochen habe. Nach der Rede Doriots vertagt sich die Kammer auf 9.30 Uhr.

Die Koalition in Frankreich.

Meinungsverschiedenheiten der Sozialisten.

Paris, 23. Juni. (Eigener Drahtbericht. Die Abstimmung der sozialistischen Parlamentarier und Parteivorstandsmitglieder hat folgendes Ergebnis: Von 123 Antworten erhielten die Anträge Compère-Morel auf Kündigung der Unterstützungspolitik 62, Renaudel auf ihre von Konzessionen der Regierung abhängig gemachte Fortsetzung 49 und Auriol auf nochmaligen Verständigungsversuch mit der Regierung und den übrigen Gruppen des Kartells 12 Stimmen. 11 der befragten Mitglieder haben sich der Stimme enthalten. Es hat also keine der drei Resolutionen eine absolute Mehrheit erhalten. Die Fraktion hat beschlossen, ihre Haltung von den Erklärungen Painlevés in der Kammer abhängig zu machen. Aber auch diese haben angesichts ihrer mangelnden Klarheit der Fraktion nicht Gelegenheit gegeben, über ihre Stellung zu entscheiden. In der Beratung während der Unterbrechung der Kammersitzung hat die Fraktion Renaudel beauftragt, nochmals von der Regierung deutlichere Auskunft über ihre Pläne in Marokko zu verlangen. Von dem Ausfall dieser Erklärungen wird die endgültige Stellungnahme der Sozialisten abhängen.

Ein großer Teil der Fraktionsmitglieder hat bereits am Dienstag nachmittag keinen Zweifel gelassen, daß er die Erklärungen des Ministeriums nicht gutzuheißen in der Lage sei, während die Gruppe um Paul Boncour und Moutet ebenso kategorisch entschlossen ist, der Marokkopolitik des Ministeriums Painlevé unter allen Umständen Folge zu leisten.

Die belgische Regierungserklärung.

Im Geist des Fortschritts und des Weltfriedens.

Brüssel, 23. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Regierungserklärung hat durch ihre Festigkeit in der Proklamierung demokratisch-sozialer Tendenzen und durch realpolitische Mäßigung vorzüglichen Eindruck gemacht. Jede Zeile atmet

den Geist des sozialen Fortschritts und des Weltfriedens.

Die Koalition, so heißt es darin, hat die Regierung übernommen, um den klaren Wunsch der Wähler noch stärkerer Erweiterung der sozialen Gesetzgebung fest und beharrlich durchzuführen. Im übrigen hält jede Gruppe an ihrem Programm und ihrer Ueberzeugung fest. In der Außenpolitik erklärte sich die Regierung im Interesse der eigenen Sicherheit sowie des Weltfriedens für internationale Schiedsgerichtsverträge und Rüstungseinschränkung sowie Erweiterung des Völkerbundpaktes einzutreten. Das Washingtoner Abkommen über den Achtstundentag wird die Regierung bedingungslos ratifizieren, ebenso die internationalen Abkommen über Sonntagsruhe, Arbeitsunfälle, Koalitionsrecht der agrarischen Arbeiter usw. Ein großer Teil der Erklärung unterstreicht die

Notwendigkeit des finanziellen Gleichgewichts und der Valutastabilität,

zur Ermöglichung kostspieliger sozialer Reformen, namentlich der Versicherungen. Die Steuern werden strenger eingetrieben, andererseits das steuerfreie Mindesteinkommen der Geldentwertung gemäß erhöht. Mit amerikanischen Gläubigern wird ein billiger Ausgleich gesucht werden. Die gegenwärtige Parlamentstagung, die beinahe zu Ende ist, wird sich auf das Abfertigungsgesetz über Provinzwahlen beschränken müssen, was aber für die Sozialisten wichtig ist, weil dadurch ihre Vertretung im Senat erheblich vermehrt wird. In dem Programm für die nächste Session stehen: Pächterschutzerneuerung, Mieterschutzgesetz, die Förderung des Arbeiterwohnungsbaues, Reformen verschiedener Arbeiterschutzgesetze über Unfall, Beruf, Krankheit, Gruben-inspektion, Lebensversicherung, Mutterschaftsversicherung, Altersrente von 720 Frank jährlich, die Unfallrenten werden der Geldentwertung entsprechend angepaßt und schließlich der Krisisfonds zur Unterstützung Arbeitsloser erweitert und wirksam gehandhabt. Zur folgenden Session werden versprochen großzügige Sozialversicherung, staatliche Ausbeute neuer Kohlenlager, Heeresreform auf der Grundlage mehr technisch gebildeter Freiwilliger bei Verminderung der Dienstzeit und der Leistungen der Gesamtbevölkerung. Die Amnestie politisch Verurteilter wird erweitert. Schließlich proklamiert die Erklärung den religiösen, sprachlichen und Schulfrieden und die systematische Entwicklung der produktiven Kräfte.

Die Verlesung der Erklärung in der Kammer durch Poullet und im Senat durch Vandervelde wurde sehr häufig durch den Beifall der großen Mehrheit unterbrochen. Die Debatte brachte heute nichts Wesentliches außer einer stark oppositionellen Rede des liberalen Führers. Die Liberalen werden gegen die Regierung stimmen, die Haltung der konservativen Katholiken ist noch unsicher.

Neue Zusammenstöße in Kanton.

Feuergefecht in der britischen Zone.

Kanton, 23. Juni. (WTB.) Nach einer Reutermeldung veranstalteten tausend chinesische Studenten, Arbeiter, Bürger und Soldaten heute nachmittag einen Umzug am Bund entlang und ringsum die europäische Niederlassung in Schameen. Als sie sich gegenüber dem Viktoriahotel in der britischen Konzessionszone befanden, entstand eine Schießerei. Englische und französische Marinesoldaten erwiderten das Feuer mit Maschinengewehren. Das Schießen dauerte 20 Minuten. Der französische Kaufmann Pasquier wurde getötet. Der Zollkommissar Edwards sowie ein britischer Marinesoldat und zwei Zivilisten wurden verwundet.

Gewerkschaftsbewegung

Die Gewerkschaften im Zollkampf.

Aus gewerkschaftlichen Kreisen wird uns geschrieben:

Seitdem die kommunistische Partei aufgehört hat, eine Massenpartei zu sein, läuft sie keifend hinter dem Wagen der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei her. Dieselbe Partei, der von Moskau eine ganze Reihe von Führergarnituren abgesägt worden sind, weil diese sich in den Kämpfen der Arbeiterschaft als unfähig erwiesen haben, erhebt trotz dieser nicht gerade rühmlichen Vergangenheit den Anspruch, alles besser zu wissen und besser zu können als die Gewerkschaften und die Partei.

Seit mehr als einem Jahre führen die freien Gewerkschaften einen ununterbrochenen Kampf gegen die Schutzzollpläne des Herrn von Kanitz und der Reichsregierung. Nicht nur in einer Reihe von Kundgebungen, sondern auch in allen maßgebenden Körperschaften, die sich mit den Zollfragen und insbesondere mit der Zollvorlage des Kabinetts Luther zu beschäftigen haben, sind die Vertreter der freien Gewerkschaften gegen die schutzzöllnerischen Pläne aufgetreten. Wie der Beschluß des vorläufigen Reichswirtschaftsrats zeigt, und wie die recht unsichere Stimmung innerhalb der Regierungsparteien erkennen läßt, ist diese Arbeit, die nicht mit leeren Redensarten, sondern mit genauer Sachkenntnis geführt werden muß, nicht ohne Erfolg geweien. Der Bundesausschuß des ADGB. wie der Kongreß des AfA-Bundes in München haben erst vor kurzem wieder öffentlich zur Zollvorlage Stellung genommen und dieser Zollvorlage den Kampf angesagt. Der ADGB. hat insbesondere sich nicht damit begnügt, öffentlich gegen die Zollvorlage der Reichsregierung Stellung zu nehmen, er hatte gleichzeitig auch die Mittel bewilligt, um diesen Kampf zu finanzieren. Es sind weiter von den freien Gewerkschaften die nötigen Maßnahmen getroffen worden, um die Aufklärungsarbeit unter der Bevölkerung zu verrichten, die notwendig ist, wenn der Kampf erfolgreich geführt werden soll.

Nun kommt hinterher die KPD. und erläßt großspurig eine „Offene Anfrage an den Bundesvorstand des ADGB.", um diesen zu fragen, ob und was er gegen die Schutzzollpläne der Reichsregierung zu unternehmen gedenke. Diese Frage verrät an sich eine große Unwissenheit der Führer der KPD. Aber diese Unwissenheit ist nur gemacht. Denn wie aus dem Inhalt der Epistel hervorgeht, weiß die KPD. ganz genau, daß der ADGB. nicht nur Gegner der Schutzzollvorlage der Reichsregierung ist, sondern auch die nötigen Beschlüsse gefaßt hat, um diese Vorlage wirksam zu bekämpfen.

In der Anfrage werden dann einige kindlich anmutende Fragen gestellt. Es wird da gefragt, wann diese Abwehraktion beginnen und wie sie aussehen soll.

Wir haben schon eingangs darauf hingewiesen, daß der ADGB. den Kampf gegen die Schutzzollpläne seit einem Jahre führt. Die Zentrale der KPD., die ihre Zeit offenbar verschlafen hat, fragt heute, wann die Aktion beginnen soll. Die Frage nach dem wie ist nicht weniger naiv. Eine Abwehraktion hängt notwendig ab von der Art und der Form des Angriffs. Selbstverständlich sind sich die verantwortlichen Stellen der Gewerkschaften durchaus darüber klar, was gegen die Schutzzollpläne unternommen werden muß. Aber man würde den Schutzzöllnern einen großen Gefallen tun, wenn man einen Kampfplan, der sich notwendig fortgesetzt verändern muß, von vornherein bekanntgeben und festlegen würde.

Die Gewerkschaften sind nicht, wie die KPD., Parolenschmieden. Es kommt ihnen nicht darauf an, große Worte zu machen, sondern große Resultate zu erzielen. Die KPD. hat aber diese kindlichen Fragen in Wirklichkeit nur gestellt, um ihr „Aktionsprogramm" an den Mann zu bringen.

Es erübrigt sich, auf dieses Aktionsprogramm, das mit den Schutzzöllen kaum noch mehr in irgend einen Zusamenhang zu bringen ist, (werden doch u. a. Demonstrationsstreiks zur Entmaiwung der monarchistischen Reaktion in diesem Programm gefordert), näher einzugehen. Die Gewerkschaften denken nicht daran, der KPD. irgendwie Vorschriften machen zu wollen, wie sie ihre heute nur noch lächerlich wirkenden Aktionen zu führen gedenkt. Daß die Gewerkschaften es selbstverständlich ablehnen, sich von der KPD. irgendwelche Vorschriften machen zu lassen, braucht nicht weiter betont zu werden. Etwas mehr Bescheidenheit würde der KPD. jedenfalls besser anstehen.

In einem weiteren Leitartikel der „Roten Fahne", vom Dienstag wird schließlich erklärt, daß die KPD. bereit ist, alle Kampfmaßnahmen der Gewerkschaften und der Partei zu unterstützen. Wir wollen es abwarten. Bisher hat die KPD. grundsätzlich das Gegenteil getan.

Aber mit oder ohne Unterstützung der KPD. werden die Gewerkschaften den Kampf gegen die Schutzzollpläne mit aller Entschlossenheit führen. Sie werden insbesondere dafür sorgen, daß die gesamte arbeitende Bevölkerung Deutschlands über die Tragweite und Bedeutung der Schutzzollvorlage aufgeklärt wird. Sie werden die heute weit größeren parlamentarischen Möglichkeiten ausnutzen und sie werden auch ihre außerparlamentarische Aktion so führen, wie es notwendig ist, um die Gesetzgebung zu beeinflussen. Die Gewerkschaften sind der KPD. darüber jedoch ebensowenig Aufklärung schuldig, wie sie geneigt sind, deren stets wechselnden Anordnungen sich zu unterwerfen.

Lebensmittel- und Getränkearbeiter.

22. Verbandstag.

ds. Augsburg, den 22. Juni 1925.

Im Verlaufe des Verbandstages, der heute seinen Abschluß fand, wurde noch eine Entschließung angenommen, die den tarifvertraglichen Schutz der schwangeren Arbeiterinnen verlangt.

Postabonnenten

welche die Erneuerung des Abonnements für Juli noch nicht vorgenommen haben, müssen sofort das Versäumte nachholen, wenn keine Unterbrechung in der Zustellung der Zeitung erfolgen soll

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Des weiteren fand ein Antrag Annahme, der sich gegen die staatlich subventionierte bayerische Lehr- und Versuchsbrauerei in Weihenstephan wendet, die bei Lohnkämpfen wiederholt Arbeitswillige vermittelt hat. Im Anschluß an das ausführliche Referat Trögers über die Antialkoholbewegung wurde eine Resolution angenommen, in der es heißt:

„Der vom 14. bis 20. Juni 1925 in Augsburg tagende Verbandstag des Verbandes der Lebensmittel- und Getränkearbeiter erkennt als Vertreter der im Gärungsgewerbe beschäftigten Arbeitnehmer an, daß Mißbräuchen des Alkoholgenusses mit Entschiedenheit entgegengewirkt werden muß. Nicht anerkennen kann er aber die Hetze der Abstinenten, denen es nicht darum zu tun ist, Mißbräuchen des Alkoholgenusses entgegenzutreten, sondern die eine vollständige Trockenlegung Deutschlands nach amerikanischem Muster erstreben. Der Verbandstag protestiert ganz energisch dagegen, daß diese Bestrebungen von Regierungen, welche verpflichtet sind, die persönliche Freiheit zu schützen, unterstützt werden."

Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt mit Ausnahme des freiwillig zurücktretenden Vorsitzenden Käppler, an dessen Stelle Rösiler-Breslau trat. Als Ort des nächsten Verbandstages (1928) wurde Düsseldorf bestimmt.

Verbandstag der Lederarbeiter.

Hamburg, 23. Juni. (Eigener Drahtbericht.)

Die Dienstagsitzung des Verbandstages wurde völlig mit der weiteren Aussprache über den Vorstandsbericht ausgefüllt. Es sprachen nicht weniger als 20 Diskussionsredner. Im Verfolg der von einigen kommunistischen Delegierten am ersten Verhandlungstag eingeschlagenen Wege erstreckte sich die Debatte aber mehr auf das politische Gebiet als auf gewerkschaftliche Fragen. Die weitaus überwiegende Mehrzahl der Redner wandte sich mit aller Entschiedenheit gegen die von den kommunistischen Delegierten gemachten Ausführungen. Von fast allen Rednern wurde betont, daß man mit der Schreibweise des Verbandsorgans durchaus einverstanden sei. Die Kommunisten hätten kein Recht, sich über eine Zurücksetzung innerhalb der Organisation zu beklagen. Ihr Auftreten sei häufig so gewesen, daß noch schärfere Maßnahmen angebracht gewesen wären. Die Delegierten aus Sachsen und Thüringen gaben eine anschauliche Schilderung der durch die kommunistischen Treibereien in ihren Bezirken angerichteten Schäden. Scharf wurden die kommunistischen Sonderkonferenzen und Zersplitterungstendenzen verurteilt. Das Ergebnis der Aussprache auf diesem Gebiete war eine völlige Ablehnung der kommunistischen Gedankengänge.

Die Tätigkeit des Verbandsvorstandes wurde durchweg gebilligt, zum Teil auch von den kommunistischen Delegierten. Gewünscht wurde, daß für die Jugendlichen, Frauen und Betriebsräte mehr Aufklärungsmaterial geliefert werde, um die Schulung intensiver gestalten zu können. Die Notwendigkeit erhöhter Beitragsleistungen wurde ebenfalls von einigen Rednern unterstrichen. Kassierer Bock wies in seinem Schlußwort darauf hin, daß der Markenverkauf für den Volksentscheid über den Achtstundentag leider noch sehr zu wünschen übrig lasse. Die kommunistischen Angriffe auf die Redaktion der „Lederarbeiter-Zeitung" wies Redakteur Gilek als unbegründet zurück.

Die von kommunistischen Ortsvereinen eingereichten Anträge bezüglich der „Lederarbeiter-Zeitung" wurden schließlich abgelehnt. Gegen 6 Stimmen wurde eine Entschließung angenommen, in der die Haltung des Verbandsorgans gebilligt und die Redaktion aufgefordert wird, die Interessen der Organisation und ihrer Mitglieder wie seither im Sinne der Beschlüsse der Gewerkschaftskongresse und der Verbandstage wahrzunehmen. Abgelehnt wurde ein Antrag der Kommunisten, den Bericht der englischen Gewerkschaftskommission über ihre Rußlandreise den Delegierten des Verbandstages in einer besonderen Broschüre zu überreichen. Darauf wurden die Verhandlungen auf Mittwoch vertagt.

Lohnabkommen der Metallformer.

Die in den Betrieben der Vereinigung Berliner Metallgießereien beschäftigten Metallformer und Berufsgenossen nahmen am Montag in einer stark besuchten Versammlung Stellung zum Ergebnis der Lohnverhandlungen. Bredow berichtete von den Verhandlungen, bei denen es zu folgender Vereinbarung, vorbehaltlich der Zustimmung beider Parteien, gekommen war:

Die bestehenden Löhne werden ab 15. Juni in allen Klassen um 8 Pfennig pro Stunde erhöht, die bestehenden Akkorde um 9%. Die Tariflöhne betragen also ab 15. Juni in Klasse I 1 M., in Klasse II 88 Pf., in Klasse III 81 Pf. pro Stunde. Für die Entlohnung der weiblichen Arbeitskräfte und der Jugendlichen bleiben die bisherigen Prozentsätze bestehen.

Dieses Abkommen gilt bis zum 19. September. Sollten während der Dauer dieses Lohnabkommens wesentliche Veränderungen der wirtschaftlichen Verhältnisse erfolgen, so sind die Parteien bereit, über einen entsprechenden Ausgleich zu verhandeln. Kommt eine Verständigung in diesem Falle nicht zustande, so entscheidet endgültig die im Tarifvertrag vorgesehene Schlichtungskommission, eventuell unter Hinzuziehung eines Unparteiischen. Die Parteien stimmten darin überein, daß eine etwaige Erhöhung der gesetzlichen Mieten um 15% oder ein Steigen des Reichsindex um mehr als 5% gegenüber dem 15. Juni 1925 als wesentliche Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse aufzufassen sind.

Dieses Lohnabkommen wurde von der Versammlung gegen eine starke Minderheit angenommen. Da inzwischen auch die Arbeitgeber ihre Zustimmung erklärt haben, gilt das Lohnabkommen als von beiden Parteien anerkannt.

Immer wieder die Efha-Werke.

Sie können den Frieden nicht vertragen, die leitenden Personen der Efha-Werke. Kaum ist die Tinte unter dem abgeschlossenen neuen Manteltarifvertrag trocken geworden, da häuft man schon wieder neuen Konfliktstoff auf, indem man sich mit den getroffenen Vereinbarungen in Widerspruch setzt.

„Das Arbeitsverhältnis gilt durch den stattgefundenen Streik als nicht unterbrochen. Soweit Neueinstellungen notwendig werden, sollen in erster Linie diejenigen noch erwerbslosen Personen eingestellt werden, die am Streik beteiligt waren."

Das sind die Vereinbarungen, die getroffen wurden. Einzelne Arbeitnehmer bekamen beim Eintritt in das Werk einen Revers vorgelegt, auf dem sie unterschriftlich beglaubigen sollten, daß sie nur zur Aushilfe eingestellt sind und falls sie nicht länger als vier Wochen beschäftigt werden, keinen Anspruch auf den tarifmäßigen Urlaub haben.

Das nennt man loyale Durchführung der getroffenen Vereinbarungen und ist der Meinung, Treu und Glauben in Erbpacht zu haben. Wenn dann die Arbeitnehmer sich gegen den Tarifbruch der Firma auflehnen, zeigen sie kein Verständnis für die Not der Efha-Werke und man klagt, daß das Renommee der Firma durch die kein endenehmenden Arbeitsdifferenzen leidet.

Solange man beliebt, die Arbeitnehmer in den Efha-Werken als Nummer zu behandeln, wird die Friedenstaube in Britz nicht lange nisten. Daß das so sein soll, dafür scheint die Direktion sorgen zu wollen. Außer der Oeffentlichkeit werden sich die gesetzlichen Instanzen für diese Angelegenheiten interessieren.

Urabstimmung der Dachdecker.

Der Zentralverband der Dachdecker Deutschlands veranstaltete in der ersten Juniwoche eine Urabstimmung seiner Mitglieder, in der die Entscheidung über den Anschluß an den Baugewerksbund fallen sollte. Leider haben sich von den 10 000 Mitgliedern des Verbandes nur 4405 an der Abstimmung beteiligt. Davon stimmten 2545 für den Anschluß und 1847 dagegen. Die nach dem Beschluß des letzten Verbandstages notwendige Zweidrittelmehrheit wurde also nicht erreicht, so daß sich nach dieser ergebnislosen Abstimmung der nächste Verbandstag nochmals mit der Frage beschäftigen muß und zu entscheiden hat, ob trotz dieses Minus an Ja-Stimmen der Anschluß erfolgen soll.

Gauleiterkonferenz der Holzarbeiter.

Wie wir erfahren, hat der Deutsche Holzarbeiterverband für Donnerstag eine Gauleiterkonferenz nach Berlin einberufen, die zur Lage der Aussperrung und zu den Verhandlungen mit den Unternehmern Stellung nehmen wird.

Deutscher Holzarbeiterverband, Musikinstrumentenarbeiter. Am Donnerstag nachmittag 5 Uhr im Reichenberger Hof, Versammlung der Funktionäre und Betriebsobleute. Jeder Betrieb muß vertreten sein. Die Versammlung beginnt pünktlich, da um 7 Uhr der Saal geräumt werden muß. Das letzte Lohnabkommen tritt nicht, wie es im „Mitteilungsblatt" heißt, ab 3. Juni (Lohnwoche 11., 12., 13. Juni), sondern ab 3. Juni-Lohnwoche (11., 12. und 13. Juni) in Kraft. Die Klammer war im „Mitteilungsblatt" falsch gesetzt.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: Arthur Saternus; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: Dr. John Schikowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen".

Bekanntmachung.

In letzter Zeit ist es wiederholt vorgekommen, daß Betrüger sich als Vollziehungsbeamte ausgegeben und steuerpflichtige Personen um erhebliche Beträge geschädigt haben. Um das steuerzahlende Publikum vor Verlusten zu bewahren, hat uns das Landesfinanzamt Berlin gebeten, darauf hinzuweisen, daß die Vollziehungsbeamten im Bezirk des Landesfinanzamts Berlin neben einem mit Lichtbild versehenen allgemeinen Ausweis und dem Vollstreckungsauftrag des Finanzamts einen mit dem Dienstsiegel des Landesfinanzamts versehenen Quittungsblock bei sich führen. Ueber Geld, das an sie gezahlt wird, haben sie ausschließlich auf einem Blatt des Quittungsblocks zu quittieren, das auch vom Einzahler zu unterschreiben ist. Andere Quittungen sind ungültig.

Musikanträge übergibt man nur dem Nachweis des Deutsch. Musikerverbandes, Berlin O 27, Andreasstr. 21 (Königstadt 4810, 4046). Geschäftszeit 9 bis 5. Sonntags 10 bis 2 Uhr. Auf Wunsch Vertreterbesuch.

Leib-Wäsche aller Art für Damen

Leopold Gadiel Königstr. 22-26 1 Treppe

Jumper-Blusen aus Volle, Crêpe-de-Chine, Seidentrikot etc., in den neuesten Farben u. Formen

!! Eine Rekordleistung !!

Reise-Mäntel in modernen Stoffarten, größte Farben- und Formenauswahl nur **20.-**

Regen-Mäntel imprägnierte, aus reinwollen. Allwetterstoff, flotte Meßarten **39.-**

Reise-Kostüme selten schöne, aus reinwollenem Allwetterstoff, feesche Sportformen **49.-**

Gesellschafts-Toiletten aparte Neuheiten, für die elegante Dame, darunter kostbare **Modelle**

Crêpe-de-Chine-Kleider bezaubernd schön, herrliche Farbenstellungen, selbst für den verwöhntesten Geschmack. **45.-**

Hochsommer-Kleider aus Waschseide, Wollmusselin, Voile usw., letzterschienene Neuheiten **15.-**

Bade-Mäntel Badelaken Badeanzüge Frottier-Handtücher billig!

Das vornehme reinwollene **Mouliné-Kostüm** feinste Verarbeitung, moderne Farben, Jacke ganz auf reinseidenem Futter nur **38.-**

Weiße Flanell-Mäntel für die See gute Qualität **49.- 59.-**

Mittwoch, den 24. ds. Kindertag Entzückende Sommerkleider für Mädchen. Münchener Dirndlkleider handgestickte, von 5.- an. Knaben-Wasch-Anzüge, Knaben-Blusen u. -Hosen aus Waschstoffen. Loden-Mäntel u. Capes unsortiert, Gr. 55 bis 120, 7.-, 9.-, 12.-, 15.- Wasch-Kittel-Anzüge Gr. 0 7.-, jedes weit. Gr. +1.-

Moderne Strandjacken in allen modernen Farben und besten Qualitäten Schotten stoffe 28.- Feinstes Tuch 35.-

Der Haushaltplan Berlins.

Beginn der zweiten Beratung in der Stadtverordnetenversammlung.

Für die zweite Beratung des Berliner Haushaltplans sind außer einigen ordentlichen Sitzungen noch ein paar außerordentliche Sitzungen in Aussicht genommen. Wenn aber die Beratung in demselben Tempo fortschreitet wie sie gestern begann, dann könnte man vielleicht wider Erwarten rasch damit fertig werden. Gestern wurde eine Reihe wichtiger Kapitel des Haushaltplans durchberaten, aber die „Beratungen" zeichneten sich durch ungewöhnliche Wortkargheit aus. Bei Abänderungsanträgen zog man es vor, die Abstimmung noch aufzuschieben. Auch über den von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Antrag, für den Bau des Spreetunnels bei Friedrichshagen eine erste Baurate von 100 000 M. einzusetzen, wurde noch nicht abgestimmt. In der vorigen Sitzung hatte die diesen Tunnelbau beantragende Magistratsvorlage keine Mehrheit erlangt, doch war dieses Ergebnis nur infolge eines Irrtums zustande gekommen.

*

Die gestrige Sitzung war ausschließlich der Beratung des

Stadthaushalts für 1925

gewidmet. Begonnen wurde mit dem Abschnitt Jugendwohlfahrtspflege und Landesjugendamt, worüber Genossin **Todenhagen** referierte. Der Haushaltsausschuß hat einige Ausgabeposten erhöht, u. a. die Position für Jugendherbergen, Jugendwanderer usw. von 10 000 auf 20 000 M. Von den Anträgen zur besseren Dotierung des betr. Abschnittes der Bezirkshaushalte hat der Ausschuß nur diejenigen für Lichtenberg dem Magistrat zur Berücksichtigung empfohlen. Die Versammlung beschloß nach den Ausschußvorschlägen; ein Antrag der Kommunisten, die Verpflegungssätze in den Landerholungsheimen mit eigener Wirtschaft auf 1 M. herabzusetzen, wurde von der **Stadträtin Gen. Weyl** bekämpft und gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Eine längere Geschäftsordnungsdebatte entspann sich darüber, ob ohne weiteres auch sämtliche Abstimmungen vorgenommen werden sollen. Man einigte sich schließlich dahin, nur die Kapitel anzunehmen, zu denen keine Anträge vorliegen, die Abstimmung über alles übrige aber zurückzustellen. Mit diesem Vorbehalt wurden verabschiedet die Kapitel „Allgemeine Wohlfahrt der Bezirkshaushalte" und „Zentrales Wohlfahrtsamt".

Ueber die Gesundheitspflege (Krankenhäuser, Irrenpflege, Hospitäler usw.) berichtete **Dr. Kirchner** (Dnat.). Hier hatte der Ausschuß eine Reihe von Anträgen formuliert. So soll der Magistrat ersucht werden, den Betrag für die Unterhaltung der Gebäude und der technischen Anlagen der Entlausungsanstalt im Bezirkshaushalt Mitte von 3200 auf 6000 M. zu erhöhen, weiter soll das Schulgesundheitswesen in den Bezirken 1 bis 6 einheitlich verwaltet, eine genaue Nachprüfung der Anzahl der Assistenzärzte und des Pflegepersonals in allen Krankenhäusern vorgenommen, das Rettungswesen zentral zusammengefaßt werden. Gen. Dr. **Weyl**: Es ist auf dem Gebiet der städtischen Gesundheitspflege seit den Zeiten der schweren Not unendlich viel nachzuholen. Seit die Finanzverhältnisse der Stadt Berlin sich günstiger gestaltet haben, wird

Gesundheitspolitik auf weite Sicht

getrieben. Dabei dürfen indessen besondere dringliche hygienische Anforderungen nicht zu kurz kommen. In der Tuberkulosebekämpfung muß alles, was geschehen soll, mit der denkbar größten Beschleunigung geschehen, so auch der Bau des Tuberkulosenhauses, um die Schwerkranken aus den Wohnungen so rasch als möglich herauszuholen und so die Ansteckungsgefahr zu vermindern. Die Zusammenarbeit aller in Betracht kommenden Organisationen ist besonders auch in der Tubekulosebekämpfung dringend erwünscht. Ich erwarte von der Energie des Stadtmedizinalrats das Beste, möchte aber diesen Appell doch nicht unterlassen. In das zentral zusammenzufassende Rettungswesen ist auch die Feuerwehr mit ihren Feuerwachen einzubeziehen. Ferner muß sich die Stadt auch mit den Krankenkassen in Beziehung setzen, die ja von sich aus Rettungseinrichtungen geschaffen haben. Eine Arbeitsgemeinschaft auf diesem Gebiete würde nicht nur fruchtbringend sein, sondern auch kaum hohe Aufwendungen erfordern. **Rintorf** (Kom.) äußerte Besorgnisse, daß die durch die Hochschutzzollpolitik drohende Lebensmittelverteuerung auch auf die Verpflegung in den Krankenhäusern nachteilig zurückwirken werde, und trat für die Wiedereinführung des Achtstundentages für das Wärterpersonal ein, mit dessen Arbeitskraft in den Krankenhäusern jetzt geradezu Raubbau getrieben werde. Auch der Beschwerden der Hospitaliten, besonders derer, die von Buch in die Provinz abgeschoben werden, nahm er sich an. — Ihrem Fraktionsgenossen schloß sich **Frau Rosenthal** mit der Forderung an, daß für ein Heim für ledige Mütter eine erste Rate in den Stadthaushalt eingestellt werde. Ueber das höhere **Schulwesen** hatte **Herzog** (Dnat.) zu referieren, der sich aber auf den schriftlichen Bericht bezog. Gymnasialdirektor **Goß** (Kom.) bemängelte die Interesselosigkeit, die die Versammlung gegenüber dem höheren Schulwesen an den Tag lege, und behielt sich die Entwicklung eines Schulprogramms für einen späteren Zeitpunkt vor. **Merten** (Dem.) gab als Referent eine kurze Uebersicht über den Stand des Mittel- und Gemeindeschulwesens sowie über das Berufs- und Fachschulwesen. Von den Kommunisten wurden hier einige Positionen als zu niedrig bemängelt und Erhöhung beantragt; eine weitere Erörterung fand nicht statt.

Bei dem Kapitel **Tiefbau** kam **Gen. Reimann** auf die neuliche Ablehnung des

Tunnels am Müggelgemünd

zurück; er stellte richtig, daß die Sozialdemokraten sich für die Annahme schlüssig geworden seien, daß auch kein Sozialdemokrat dagegen gestimmt habe, daß nur irrtümlich einige Mitglieder der Fraktion sich der Stimme enthalten hätten. Der jetzige Fährbetrieb sei eine stete Gefahrenquelle. Um der Versammlungsmehrheit Gelegenheit zu geben, ihr Votum zu revidieren, beantrage die Fraktion, als erste Rate für den Bau dieses Spreetunnels in den Haushalt 100 000 M. einzusetzen. Zu dem Haushalt der städtischen Forsten trat **Gen. Clajus** als Referent für gründlichere Durchforstung ein und wurde darin von **Stolt** (Kom.) unterstützt. Zu den „Aufwendungen für gemeinnützige Zwecke durch Vermittlung von Vereinen" befürwortete Frau **Rosenthal** (Kom.) wiederum den Antrag, die betr. Vereinseinrichtungen in städtische Regie zu nehmen. Nach 9 Uhr erfolgte wegen eingetretener Beschlußunfähigkeit Schluß der Sitzung.

Saaleck.

Zum Gedächtnis des 24. Juni.

In der Nähe von Kösen stehen die zwei Türme der früheren Burg Saaleck. Der eine der beiden Türme ist bewohnt. Die Behausung gehört dem Privatgelehrten Dr. Stein. Hier entdeckte man die Mörder Rathenaus, Kern und Fischer. Die Bewohner des Dorfes wußten, daß Dr. Stein verreist sei. Sie sahen Licht im Fenster und alarmierten die Polizei. Die Mörder setzten sich zur Wehr. Der eine wurde von einer Kugel tödlich getroffen, der andere richtete sich selbst. Auf dem Friedhof unten im Dorf, im Tal sind sie beerdigt.

In der Sonderabteilung der Karlsruher Polizeiausstellung fand ich die Bilder der Mörder, auch ihre Helfer und Helfershelfer. Die Abteilung Ia hat ihre Photographien auf eine gemeinsame Tafel gebracht. Kern und Fischer liegen tot in ihren Betten. Die Bilder der Mordgesellen Techow, Günther und die anderen wecken Erinnerungen an den Leipziger Prozeß vor dem Staatsgerichtshof, an das vergiftete Konfekt, an Techows Tränen und plötzliche Reue. Reue?! Das war der erste Prozeß vor dem Staatsgerichtshof. Hinterher folgten viele andere. Nicht alle wurden mit so großer Objektivität geführt wie dieser.

Auch die Automobile — das Mordauto und Rathenaus Auto — konnte man in der Ausstellung auf Abbildungen sehen, und vor dem geistigen Auge entstand die gräßliche Szene. Man sah die Mörder den feigen, hinterhältigen Schuß abgeben und dann fliehen. Seitdem haben ihre Gesinnungsgenossen mehr als einmal Gelegenheit gehabt, sich im Meuchelmord zu üben. Auch die Harden-Attentäter konnte man auf der Ausstellung sehen.

Ja, Meuchelmord! Morden kann man auf verschiedene Weise, z. B. aus dem Hinterhalt, giftige Pfeile in der Presse abschießen und einen Menschen, der es mit seiner Ehre sehr genau nimmt, zu Tode hetzen. Und dann sich stolz an die Brust schlagen und ausrufen: Es ist vollbracht.

Es ist vollbracht! Das Ebert-Grab auf dem Heidelberger Friedhof ein Wallfahrtsort für alle durchreisenden Freunde. Drei frische Kränze schmückten es, zwei von Schauspielern, der eine von ehemaligen Badensern, die als New Yorker Sänger ihr Heimatland besucht haben. Zu Eberts Häupten erhebt sich der gekreuzigte Heiland. Seit einem Jahr steht er schon hier. Der Friedhofsgärtner erzählt, daß für Ebert schon ein anderes Grab bereitet war — man sieht die frisch aufgeschüttete Stelle —, da beschloß der Stadtrat, ihm am Fuße des Gekreuzigten die letzte Ruhestätte zu gewähren. Auf dem einfachen Stein, der das Grab schmückt, liest man: Es ist vollbracht!

Sie alle sind den dornigen Weg des Lebens für das Gemeinwohl gegangen und ihre Mörder liegen in Saaleck begraben. Als ich mich wieder Bad Kösen näherte, dachte ich daran, daß in einigen Tagen das neue Deutschland einem dieser Märtyrer Stunden des Gedenkens widmen.

Q. R.

*

Die demokratische Jugend veranstaltete gestern eine würdevolle Gedenkfeier für Walter Rathenau. Der Saal im Kaiser-Friedrich-Gymnasium in der Kochstraße prangte im feierlichen Schwarz, von dem sich das Freiheitsbanner der Republik leuchtend abhob. Der demokratische Landtagsabgeordnete Dr. Bohner zeichnete das Lebensbild des Ermordeten, der seinen Märtyrertod ahnte und dennoch nicht um Haaresbreite zurückwich. In Walter Rathenau war die innere Sehnsucht lebendig, die Mechanik des Lebens mit Seele zu erfüllen. Danach sprach der Jungdemokrat H. W. Geßling, der Vorsitzende der demokratischen Jugend, tiefgefühlte und begeisterte Worte des Gedenkens an den erschlagenen Führer.

Die Arbeiterwohlfahrt.

Eine Rundfunkrede der Genossin Juchacz.

Ueber die Arbeiterwohlfahrt sprach gestern Genossin Juchacz zu den Berliner Rundfunkhörern. Sie wies darauf hin, daß diese Organisation von den Angehörigen der arbeitenden Klasse getragen wird, daß aber die Auswirkung durchaus nicht nur auf die Arbeiterklasse beschränkt sei. Mit Recht konnte sie erwähnen, daß die Arbeiterwohlfahrt seit ihrer Gründung im Dezember 1919 einen fast beispiellos zu nennenden Erfolg zu verzeichnen hatte. Mehr als 20000 freiwillige Helfer und Helferinnen arbeiten in 32 Bezirksorganisationen und 12 000 über ganz Deutschland zerstreuten Ortsvereinen an der Linderung der sozialen Not. Im Jahre 1920 wurde die Arbeiterwohlfahrt als zentrale Spitzenorganisation von den Behörden anerkannt und konnte so mit größter Aussicht auf Erfolg ihre weiteren Arbeiten durchführen. Die Arbeiterwohlfahrt will auf die Gesetzgebung und die Verwaltung starken Einfluß gewinnen und beteiligt sich daher an allen Einrichtungen, die Reich, Staat und Gemeinde in sozialer Hinsicht geschaffen haben. Darüber hinaus aber ist sie bestrebt, durch eigene Einrichtungen, durch Schaffung von Kindererholungsheimen, Unterkunftsräumen für Ledige, alkoholfreie Speisewirtschaften, Nähstuben und andere praktische Wohlfahrtsarbeit zu leisten. Warme Worte fand die Vortragende für die wahrhaft aufopfernde Mitarbeit der freiwilligen Helferinnen und Helfer, die ihrer eigenen Armut nicht achtend, als denkende Menschen einen großen Teil ihrer Kraft in den Dienst der Allgemeinheit gestellt haben. Von gutem, reinem Wollen, brüderlicher Solidarität und menschlicher Güte getragen, ist die Arbeiterwohlfahrt heute und in der Zukunft ein wichtiges Mittel zur Unterstützung der Notleidenden.

Der nächste Sonderzug zum Rhein.

Am Donnerstag, 25. Juni, verkehrt der nächste Sonderzug von Berlin über Magdeburg, Braunschweig, Hildesheim, Paderborn, Soest, Dortmund zur Jahrtausendfeier der Rheinlande mit den besonderen Zielpunkten Essen, Duisburg, Düsseldorf und Köln. Abfahrt von Berlin, Potsdamer Bahnhof, 7.00 nachm. Der Sonderzug führt nur die dritte Wagenklasse bei 33⅓ Proz. Fahrpreisermäßigung. Ein weiterer Vorteil liegt darin, daß die Rückfahrt innerhalb 60 Tagen mit jedem beliebigen Zuge angetreten werden kann. Die Fahrkarten sind bei den Fahrkartenausgaben der Einsteigestationen erhältlich.

Die Baumwollpflücker.

3] Roman von B. Traven.

Copyright 1925 by B. Traven, Columbus, Tamaulipas, Mexico.

Sobald wir an den Busch gekommen waren, schnitt er sich ein dünnes Stämmchen, hing über jedes der beiden Enden eines seiner Bündel und legte sich das Stämmchen über die Schulter. Während er bisher mit uns im gleichen Schritt gegangen war, begann er nun mit kurzen, raschen Schrittchen zu trippeln. In diesem Trippelschritt hielt er den ganzen Marsch durch, ohne je langsamer oder schneller zu gehen und ohne jemals zu ermüden. Wenn wir uns zur Rast niedersetzten oder niederlegten, tat er es auch, war aber jedesmal erstaunt, daß wir „schon wieder" ausruhen mußten. Wir schimpften ihn dann aus, daß wir richtige Christenmenschen seien, während er als verdammter Chink von einem gelben, fratzenhaften Drachenungeheuer erzeugt worden wäre, und daß darin die übermenschliche Ausdauer seiner stinkigen und uns widerlichen Rasse zu suchen sei. Er erklärte darauf heiter lächelnd, daß er nichts dafür könne und daß wir alle von demselben Gott geschaffen seien, aber daß dieser Gott gelb sei und nicht weiß. Da wir keine Missionare waren und auf dem Gebiete der Bekehrung auch keine Lorbeeren ernten wollten, ließen wir ihn in seinem Unglauben.

Der hünenhafte Neger, Charly, paßte mit seinen Lumpen und seinem in fettigem und zerrissenem Papier verschnürten Bündel, das unzählige Male auf dem Marsche aufging, viel besser in unsere Gesellschaft als der elegante Chink. Charly behauptete, aus Florida zu sein. Aber da er weder englisch geläufig sprechen noch verstehen konnte, auch nicht den amerikanischen Niggerdialekt sprach, konnte er mich von seiner Herkunft nicht überzeugen. Vielleicht war er von Honduras oder Guatemala, oder von St. Domingo. Aber er sprach auch nur sehr unbeholfen ein notdürftiges Spanisch. Ich habe nie erfahren können, wo er eigentlich hingehörte. Nach meiner Meinung war er entweder aus Brasilien heraufgekommen oder er hatte sich von Afrika herübergeschmuggelt. Er wollte sicher nach den Vereinigten Staaten, und für ihn als Nigger mit etwas Englisch war es leichter, sich über die Grenze nach den States zu schmuggeln als für einen Weißen, der gut Englisch sprechen konnte. Er war der einzige, der offen erklärte, daß er Baumwolle pflücken als die schönste und einträglichste Arbeit betrachte.

Dann war noch der kleine Nigger da, Abraham aus New-Orleans. Er hatte ein schwarzes Hemd an. Weil nun seine Hautfarbe ebenso schwarz war wie das Hemd, konnte man nicht so recht erkennen, wo die letzten Ueberreste des Hemdes waren und wo die Haut war, die bedeckt werden sollte. Er als einziger hatte eine Mütze, wie sie von den Heizern und Maschinenschmierern auf den amerikanischen Schiffen getragen wird. Dann trug er eine weiß- und rotgestreifte Leinenhose, Lackhalbschuhe und weiße Baumwollstrümpfe.

Er hatte kein Bündel, sondern trug einen Kaffeekessel und eine Bratpfanne an einem Bindfaden über der Schulter und in einem kleinen Säckchen seinen Bedarf an Lebensmitteln.

Abraham war der echte, dummschlaue, gerissene, freche und immer lustige amerikanische Nigger der Südstaaten. Er hatte eine Mundharmonika, mit der er uns das blöde „Yes, we have no bananas" so lange vorspielte, bis wir ihn am zweiten Tage weidlich verprügeln mußten, um damit vorläufig nur zu erreichen, daß er es wenigstens nur sang oder pfiff und dazu, während des Marsches, tanzte. Er stahl wie ein Rabe und log — der Vergleich war von Gonzalo, ich weiß nicht, ob der Vergleich richtig ist — und log wie ein Dominikanermönch.

Am dritten Abend des Marsches erwischten wir ihn, wie er einen dicken Streifen getrocknetes Rindfleisch, das Antonio gehörte, stahl. Wir nehmen ihm den Raub wieder ab, bevor er ihn in der Pfanne hatte, und wir erklärten ihm ganz ernsthaft, daß, wenn wir ihn noch einmal beim Stehlen ertappten, wir Buschrecht an ihm ausüben würden. Wir würden eine Gerichtssitzung abhalten und ihn dann nach gefälltem Urteil mit der Schnur, die sein Couleurbruder Charly um sein Bündel geschnürt habe, am nächstbesten Mahagonibaum aufhängen mit einem Zettel auf der Brust, wofür er gehängt sei.

Da sagte er ganz frech, wir sollten ja nicht versuchen, ihn auch nur anzutasten, er sei amerikanischer Bürger, „native born", und wenn wir ihm nur das allergeringste Leid täten, so würde er das an die Regierung nach Washington berichten, und die würde dann mit einem Kanonenboot und dem Sternenbanner kommen und ihn blutig rächen; er sei ein freier Bürger „of the States" und das könne er durch „c'tificts" beweisen, und als solcher habe er das Recht, vor ein ordentliches Gericht gestellt zu werden. Als wir ihm nun erklärten, daß wir ihm keine Zeit lassen und keine Gelegenheit geben würden, nach Washington einen Bericht zu schicken, und daß wir auch nicht glauben, daß ein amerikanisches Kanonenboot mit dem Sternenbanner in den Busch fahren würde, sagte er: „Well, gentlemen sirs, berühren Sie mich nur mit der Fingerspitze, dann werden Sie sofort erleben, was geschieht."

Wir erwischten ihn auch richtig einige Tage später, wie er dem Chink eine Büchse Milch stahl und frech erklärte, es sei seine eigene, er habe sie in Guadalajara im American Store gekauft. Er wurde daraufhin so windelweich gedroschen, daß er keinen Finger krumm machen konnte, um nach Washington zu schreiben. Bei uns hat er denn nicht mehr gestohlen, und was er bei umliegenden Farmern zusammenstahl, ging uns nichts an.

Dann war ich noch, Gerard Gale, über den ich weniger zu berichten weiß, da ich mich in der Kleidung von den übrigen nicht unterschied, und zum Baumwollepflücken, welche zeitraubende und schlecht bezahlte Arbeit ich kannte, auch nur ging, weil eben keine andere Beschäftigung zu haben war und ich bitter notwendig ein Hemd, ein paar Schuhe und eine Hose brauchte. Vom Althändler! Denn vom Neuhändler sie zu kaufen, dazu hätte selbst die Arbeit von vierzehn Wochen auf einer Baumwollfarm nicht gelangt. Ich war der einzige, der keine Strümpfe trug, weil ich keine hatte.

Eine Jacke besaßen nur der Chink und Antonio. Warum Antonio den Fetzen eigentlich „seine Jacke" nannte, ist mir nie klar geworden. Sie mag vielleicht einmal in weit zurückliegenden Zeiten, lange vor der Entdeckung Amerikas, die Aehnlichkeit mit einer Jacke gehabt haben. Das will ich nicht bestreiten. Aber heute sie Jacke zu nennen, war nicht Uebertreibung, sondern sündiger Hochmut, für den Antonio dereinst wird büßen müssen.

4.

Wir wanderten luftig darauf los.

Ueber uns die glühende Tropensonne, zu beiden Seiten neben uns der undurchdringliche und undurchsichtbare Busch. Der ewig jungfräuliche tropische Busch mit seiner unbeschreiblichen Mystik, mit seinen Geheimnissen an Tieren der phantastischsten Art, mit seinen traumhaften Formen und Farben der Pflanzen, mit seinen unerforschten Schätzen an wertvollen Steinen und kostbaren Metallen.

Aber wir waren keine Forscher und wir waren auch keine Gold- oder Diamantengräber. Wir waren Arbeiter und hatten mehr Wert auf den sicheren Arbeitslohn zu legen als auf den unsicheren Millionengewinn, der vielleicht links oder rechts von uns im Busch verborgen lag und auf den Entdecker wartete. —

(Fortsetzung folgt.)

Begünstigungsanklage gegen Gerichtsbeamte.

Eine Anklage gegen Beamte der Gerichtskasse des Amtsgerichts Berlin-Mitte, denen zur Last gelegt wurde, ihren Kollegen, Obersekretär Ilgner, nach seinen gegen die Gerichtskasse verübten Betrügereien der Bestrafung entzogen zu haben und sich dadurch der Begünstigung schuldig gemacht zu haben, wurde gestern vor der Berufungskammer 4 des Landgerichts I verhandelt. Das Schöffengericht hatte vier der angeklagten Beamten freigesprochen, dagegen den Kassendirektor Zirke, den Oberrentmeister Szotowski und den Obersekretär Bigalke als der Begünstigung überführt angesehen und auf Geldstrafen von 530 Mk. gegen Zirke und von je 330 Mk. gegen Szotowski und Bigalke erkannt. Alle Verurteilten legten Berufung ein, andererseits focht die Staatsanwaltschaft durch Berufung das Strafmaß als zu gering an.

In der Strafkammerverhandlung, unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Marten, blieben die Angeklagten dabei, daß es ihnen gar nicht darum zu tun gewesen sei, Ilgner nach Entdeckung seiner Betrügereien der Bestrafung zu entziehen. Zirke, der die vorgeschriebene Meldung der Ilgnerschen Straftat unterlassen hatte, erklärte, er habe für das Wichtigste gehalten, daß das unterschlagene Geld wiederbeschafft würde. Er behauptete, Bigalke, als Vorsitzender des Beamtenausschusses, habe ihn veranlaßt, sich mit der Wiederbeschaffung des Geldes und der Versetzung Ilgners zu begnügen und auf Anzeige zu verzichten. Szotowski und Bigalke versicherten vor Gericht, Zirke habe niemals zu ihnen von der Absicht einer Anzeige gesprochen. Ihnen wurde von der Anklage zur Last gelegt, bei der Geldbeschaffung mitgewirkt zu haben, teils durch Einwirkung auf Ilgners Vater, teils durch Buchung des von diesem hergegebenen und an die Gerichtskasse abgeführten Betrages. Tatsächlich wurde damals Ilgner, nachdem sein Vater das Geld gezahlt hatte, lediglich versetzt. Später aber erfuhr durch anonyme Anzeige die Staatsanwaltschaft von seinen mit Hilfe von Urkundenfälschungen verübten Betrügereien, und Ilgner wurde zu 1¼ Jahr Gefängnis verurteilt. Im Zusammenhang mit jenem Strafverfahren kam auch an den Tag, wie der Fall Ilgner von seinen Kollegen behandelt und erledigt worden war und die Staatsanwaltschaft erhob dann gegen diese die Anklage wegen Begünstigung. Vor der Strafkammer brachte die Verhandlung kein anderes Ergebnis, als vor dem Schöffengericht. Staatsanwalt Polzin beantragte, unter Aufhebung des Schöffengerichtsurteils, die drei Angeklagten zu Freiheitsstrafen zu verurteilen; Zirke, als den Hauptschuldigen, zu 6 Monaten Gefängnis, Szotowski und Bigalke zu je 4 Monaten Gefängnis. Die Verteidiger, Rechtsanwälte Puppe, Hildebrandt und Jacobsohn, bestritten, daß Begünstigung vorliege, und forderten Freisprechung.

Das Gericht sprach alle drei Angeklagten der Begünstigung schuldig, hielt aber die vom Schöffengericht festgesetzten Geldstrafen für ausreichend. Eine Gefängnisstrafe sei, führte die Urteilsbegründung aus, ganz undiskutabel. Was die Angeklagten getan haben, sei rechtswidrig, aber man könne ihnen nicht Unehrenhaftigkeit vorwerfen.

„Zigeunerschlacht" in Reinickendorf.

Mit einer Revolverschießerei endete ein heftiger Zwist, der in einem Lokal in der Drontheimer Straße zwischen zwei feindlichen Zigeunerstämmen entbrannte und auf der Straße fortgesetzt wurde. In dem Lokal gerieten aus noch nicht geklärter Ursache Männer und Frauen der Stämme Engelbert und Laubinger zunächst in einen Wortwechsel. Bald kam es zu Tätlichkeiten, insbesondere zu gegenseitigen Ohrfeigen. Der Wirt setzte endlich die ganze Gesellschaft vor die Tür. Die Stämme trennten sich, nachdem sie eine Zeitlang draußen sich noch herumgestritten hatten, nach rechts und links. Als die Leute vom Stamme Engelbert gerade den Platz in der Provinzstraße zu Reinickendorf, auf dem sie zurzeit in ihren Wohnwagen hausen, erreicht hatten, wurden sie plötzlich von dem feindlichen Stamme mit Revolverschüssen im Rücken angegriffen. Die Männer wurden rasch mobil gemacht, widersetzten sich dem Angriff und erwiderten das Feuer, bis der Feind die Flucht ergriff. Eine Juliane Engelbert erhielt einen Schuß in den Oberschenkel und wurde so schwer verletzt, daß sie nach dem Reinickendorfer Krankenhaus gebracht werden mußte. Die Kriminalpolizei des 291. Reviers, die alarmiert wurde, nahm den Tatbestand auf und leitete die Ermittlungen nach dem flüchtigen Angreifer ein. Als Haupttäter wurde ein Max Laubinger festgestellt, als Mittäter dessen Bruder Albert, ein gewisser Melcher u. a. m. Auf dem Kampfplatze fand man bisher 8 Hülsen von abgeschossenen Patronen. Kriminalbeamten des 41. Reviers gelang es, Max Laubinger zu ermitteln und festzunehmen. Die anderen Beteiligten sind noch flüchtig.

Fünfzimmerwohnungen und Zwangswirtschaft.

Bekanntlich hat der Magistrat Berlin beschlossen, vom 1. Juli d. J. ab solche Wohnungen, die fünf und mehr Wohnräume enthalten, aus dem Wohnungsmangelgesetz herauszunehmen. Die hierzu erforderliche Ermächtigung der obersten Landesbehörde ist dem Magistrat, wie der Amtliche Preußische Pressedienst meldet, nicht erteilt worden. Es verbleibt daher auch über dem 1. Juli hinaus bei der bisherigen Regelung, d. h. der Verfügungsberechtigte ist verpflichtet, das Freiwerden solcher Wohnungen dem Wohnungsamt unverzüglich zu melden und sie nur an solche Wohnungsuchende zu vermieten, die im Besitze einer Mietberechtigungskarte sind.

Stadtältester, Stadtrat a. D. Leopold Kalisch-Berlin ist nach längerer Krankheit am Montag im Alter von 77 Jahren gestorben.

Bei der Rathenau-Gedächtnisfeier des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold wird der demokratische Reichstagsabgeordnete Freiherr von Richthofen die Gedenkrede halten. Musik und Gesang werden die Feier umrahmen. Nach Abschluß der Feier auf dem Friedhof in Oberschöneweide findet der geschlossene Abmarsch der Berliner Kameradschaften durch Oberschöneweide zum Bahnhof Niederschöneweide statt.

Arbeitersport- und Kulturkartell. 6. Bezirk Kreuzberg. Mittwoch, den 24. Juni, im Landwehrkanal zwischen Hobrecht- und Thielenbrücke Schwimmverein „Vorwärts" Berliner Schwimmunion Schwimm- und Rettungsvorführungen. Mandolinenklub Glückauf Konzert. T.-V. Naturfreunde oder K. J. Sprechchor auf dem Städtischen Sportplatz am Urban, T.-V. Fichte 3 gegen Sparta Handballspiel, Spielwiese am Karpfenteich in Treptow, T.-V. Fichte 13, Gruppen-Turnspiele.

Ausweise der Vollziehungsbeamten. Wir verweisen unsere Leser auf die Bekanntmachung des Landesfinanzamtes über die Ausweise der Vollziehungsbeamten im heutigen Inseratenteil.

Achtung! Achtung!

SPD. Genossen des Bezirksamt Kreuzberg!

Am Donnerstag, den 25. Juni, abends 7½ Uhr, im Lokal von Bühler, Dieffenbachstraße 76,

Versammlung

aller SPD. Arbeiter, Angestellten u. Beamten

Tagesordnung:

Die Arbeitnehmer der Behörden im Rahmen des allgemeinen Wirtschaftsprozesses. Ref.: Gen. **E. Ruben.**

Parteiausweis mitbringen! Zahlreichen Besuch erwartet

Der Fraktionsvorstand.

Die Schuld des Eherings.

Warnsdorf i. B., 23. Juni. In der Scheuertuchfabrik der Grenzgemeinde Rosenhain i. B. ist den Arbeitern und Arbeiterinnen das Tragen von Ringen streng verboten, da im andern Falle die Unfallversicherung und Krankenkasse für Unglücksfälle nicht haftet. Eine junge Frau, die nach der Hochzeit wieder in Arbeit trat, vergaß aber, den ungewohnten Ehering abzustreifen, da sie ja bisher nie durch einen Ring in Gefahr gewesen war. Sie kam sofort in die Maschine und riß sich den Finger ab. Nun erhält die junge Gattin keinerlei Unterstützung.

Ein Flugzeug des Aero-Lloyd vermißt. Ein gestern in Danzig aufgestiegenes und nach Stockholm bestimmtes Flugzeug des Aero-Lloyd wird vermißt, da es dort nicht fahrplanmäßig eingetroffen ist. Auf Bitte des Aero-Lloyds um Hilfeleistung sind zwei in der Ostsee befindliche Torpedobootshalbflottillen der deutschen Reichsmarine angewiesen, nach dem vermißten Flugzeug zu suchen.

Eisenbahnunglück bei Singen a. H. In der Nähe des Bahnhofs ereignete sich in Singen gestern morgen, kurz nach 7 Uhr, ein schweres Eisenbahnunglück. Eine größere Rangierabteilung mit einem Gaswagen an der Spitze fuhr mit großer Geschwindigkeit auf den auf dem Nachbargleis der Schwarzwaldbahn ankommenden Güterzug Nr. 7740 mit voller Wucht auf. Die Maschine der Rangierabteilung wurde umgeworfen und in ihrem vorderen Teile vollständig zertrümmert. Bei dem vor ihr laufenden Gaswagen wurden die Kessel durch den Anprall zur Explosion gebracht, wodurch sofort zwei Wagen des Güterzuges in Brand gerieten. Menschen kamen glücklicherweise nicht zu Schaden, dagegen ist der Maschinen-, Material- und Güterschaden groß. Beide Lokomotiven sind schwer beschädigt; bei der des Güterzuges wurden die Exzenterstangen wie Drähte zusammengebogen. Ueber die Ursache des Unglücks ist nichts bekannt. Der Verkehr wurde durch Umsteigen und Ableiten aufrecht erhalten.

Wetterbericht für Berlin und Umgegend. Etwas wärmer. Wechselnd bewölktes Wetter. Nachlassen der Regenfälle. **Für Deutschland.** Ueberall, besonders tagsüber, zunehmende Erwärmung, am meisten in Ostdeutschland. Sonst noch wechselnd bewölktes, vielfach aufheiterndes Wetter mit Nachlassen der Regenfälle.

Das Rundfunkprogramm.

Mittwoch, den 24. Juni.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:

3.30 Uhr nachm.: Märchenstunde. Auguste Prasch-Grevenberg erzählt: 1. Baumbach: Eselsbrunnen. 2. Paula Dehmel: Als es nicht regnen wollte. 3. Friedrich Rückert: Vom Bäumlein, das andere Blätter hat gewollt. 4. Holst: Mäusepalast. 5. Paula Dehmel: Der blaue Vogel. **5—6.30 Uhr** abends: Nachmittagskonzert der Berliner Funkkapelle. Leitung: Ferdy Kauffman. **7 Uhr** abends: Hans-Bredow-Schule (Hochschulkurse). Abteilung Physikalische Chemie. Dr. M. Volmer: „Aus dem Grenzgebiet von Physik und Chemie". 6. Vortrag. „Gegenwärtiger Stand und nächste Ziele der physikalisch-chemischen Forschung". **7.45 Uhr** abends: Einführung zur Uebertragung aus der Staatsoper. **8 Uhr** abends: XI. Uebertragung aus der Staatsoper „Der Evangelimann", Musikalisches Schauspiel in zwei Aufzügen. Dichtung und Musik von Wilhelm Kienzl. Personenverzeichnis: Friedrich Engel, Justizär (Pfleger) im Kloster St. Othmar; Martha, dessen Nichte und Mündel; Magdalena, deren Freundin; Johannes Freudhofer, Schullehrer zu St. Othmar; Matthias Freudhofer, dessen jüngerer Bruder, Aktuarius (Amtsschreiber) im Kloster; Xaver Zitterbart, Schneider; Anton Schnappauf, Büchsenmacher; Aibler, ein älterer Bürger; dessen Frau; Frau Huber; Hans, ein junger Bauernbursch; die Stimme des Kegelbuben; die Stimme des Nachtwächters; eine Lumpensammlerin; ein Knabe; ein alter Leiermann, Benediktiner, Bürger, Bauern, Knechte, Kinder. Zeit: Das 19. Jahrhundert. Ort der Handlung: Der erste Aufzug im Benediktinerkloster St. Othmar, Niederösterreich (1820), der zweite Aufzug in Wien (1850). Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitansage, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater- und Filmdienst.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, stets an das Bezirkssekretariat, 2. Hof, 2 Treppen rechts, zu richten.

13. Kreis Tempelhof-Mariendorf. Heute, Mittwoch, 6½ Uhr, Bezirksversammlung in Tempelhof, Lyzeum, Germaniastraße. Bürgermeisterwahl.

19. Kreis Pankow. Freitag, den 26. Juni, 7½ Uhr, bei Meyer, Türkisches Zelt, Breite Straße, Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: Statutenberatung.

20. Kreis Reinickendorf. Dienstag, den 30. Juni, 7 Uhr, im Schützenhaus, Reinickendorf-Ost, Residenzstr. 1—2, Kreisdelegiertenversammlung. Tagesordnung: Stellungnahme zum Bezirks- und Parteitag.

Heute, Mittwoch, den 24. Juni:

95. Abt. Neukölln. 7½ Uhr bei Weidner, Steinmetzstr. 16, Vorstandssitzung. Der Ausflug findet erst am 12. Juli statt.

136. Abt. Reinickendorf-Ost. 7½ Uhr Abteilungsversammlung im Schützenhaus, Residenzstr. 1—2. Vortrag des Genossen Kühne.

Jungsozialisten. Gruppe Charlottenburg: 7½ Uhr im Jugendheim Rosinenstr. 4.

Frauenveranstaltung am Mittwoch, den 24. Juni:

68. Abt. Halensee. 7½ Uhr bei Klingebeil, Johann-Georg-Str. 15, Vortrag der Genossin Nyneck: „Was ist, was will der Sozialismus?"

Morgen, Donnerstag, den 25. Juni:

27. Abt. 8 Uhr wichtige Funktionärkonferenz bei Lenser, Kopenhagener Str. 37.

37. Abt. 7½ Uhr Abteilungsversammlung im Petersburger Hof, Petersburger Straße 54. Tagesordnung: „Der Kampf um die Hülle". Statutenberatung".

*

Achtung, Kinderfreunde! Die Teilnehmer am Pankower Bezirkskursus treffen sich am Sonnabend, den 27. Juni, ½6 Uhr, Pankow (Kirche). — Am Sonntag, den 28. Juni, treffen sich die Kindergruppen des 19. Bezirks in der Walderholungsstätte Tegel. Je nach der Witterung werden wir daselbst spielen oder wandern. Treffpunkt 10 Uhr Walderholungsstätte (Straßenbahn 26 u. 128 bis Waldschenke). Alle Berliner Kinderfreundegruppen sind herzlichst eingeladen.

Jugendveranstaltungen.

Achtung, B.-B.-Mitglieder! Morgen, Donnerstag, abends 7½ Uhr, Sitzung im Jugendsekretariat, Lindenstr. 3.

Heute, Mittwoch, den 24. Juni, abends 7½ Uhr:

Baltenplatz: Jugendheim Rigaer Str. 108, Mitgliederversammlung. — **Osten (Petersburger Viertel):** Jugendheim Ebertstr. 12, Vortrag: „Wie entsteht eine Zeitung?" — **Luisenstadt:** Schule Stallschreiberstr. 54, Vortrag. — **Südost (Reichenberger Viertel):** Jugendheim Reichenberger Str. 66, Vortrag: „Hamburg". — **Falkenberg:** Jugendheim Am Falkenberg 117, Vortrag: „Sternenwelt". — **Friedrichshagen:** Jugendheim Scharnweberstr. 105, Vortrag: „Gemeinschaftserziehung". — **Niederschöneweide:** Jugendheim Berliner Str. 31, Vortrag: „Entwicklung des Volksliedes".

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Sebastianstr. 37/38, Hof 2 Tr.

Gauvorstand. Donnerstag, den 25. Juni, abends 7½ Uhr, sämtliche Spielleute von Groß-Berlin nach Pankow, Breite Str. 32, Uebungsmarsch. Alle Instrumente sind mitzubringen. — **Kameradschaft Wilmersdorf:** Das Turnen (Leichtathletik und Boxsport) in der Turnhalle der Oberrealschule am Seepark findet nunmehr jeden Freitag und jeden zweiten Mittwoch in der Zeit von 8 bis 10 Uhr abends statt. Zug- und Gruppenführer halten die Kameraden hierzu und zu weiterem regen Besuch des Hubertus-Sportplatzes an. Der nächste Kameradschaftsabend findet voraussichtlich nächste Woche am Mittwoch, den 1. Juli, statt. Dort Ausgabe der Karten für den Republikanischen Tag in Brandenburg. — **Kameradschaft Lichtenberg nebst Untergruppen:** Freitag, den 26. Juni, abends 7½ Uhr, Vollversammlung bei Gustav Tempel, Lichtenberg, Gudrunstr. 7. Vortrag, wichtige Mitteilungen. An dieser Versammlung nehmen auch die Passiven teil. Die Gruppenführer haben einzuladen. — **Kameradschaft Reinickendorf:** Freitag, den 26. Juni, abends 7 Uhr, im Lokal Ramlow (Kastanienwäldchen), nahe Bahnhof, Kameradschaftsvollversammlung. Sämtliche aktiven und passiven Kameraden müssen erscheinen. — **Kameradschaft Köpenick und Untergruppen:** Mittwoch, den 24. Juni, abends 6½ Uhr, Treffen an der Körner-Schule mit Tambourkorps und umkarten Fahnen. Abmarsch 7 Uhr zur Rathenau-Gedenkfeier nach Oberschöneweide. — **Kameradschaft Lichtenberg nebst Untergruppen:** Mittwoch, den 24. Juni, abends 7 Uhr, Antreten der gesamten Kameradschaft einschließlich der Passiven am Bahnhof Strelow-Rummelsburg. Eingang Sonntagstraße, zur Beteiligung an der Rathenau-Feier. Die Gruppenführer haben einzuladen. — **Kameradschaft Weißensee:** Mittwoch, den 24. Juni, abends 6½ Uhr, Antreten zur Rathenau-Feier im Grünen Baum. Abfahrt 7 Uhr in Richtung Greifswalder, Eldinger, Petersburger Straße. Donnerstag, den 25. Juni, abends 8 Uhr, Sport- und Uebungsabend. Treffpunkt Grüner Baum. — **Kameradschaft Reinickendorf:** Die Kameraden sämtlicher Untergruppen beteiligen sich am Mittwoch, den 24. Juni, an der Rathenau-Feier in Oberschöneweide. Treffpunkt abends 6 Uhr auf dem Ringbahnsteig Bahnhof Gesundbrunnen. Fahrt mit den Zügen 6.06 Uhr und 6.15 Uhr direkt bis Bahnhof Niederschöneweide. — **Kameradschaft Eichwalde:** Mittwoch, den 24. Juni, abends 6.40 Uhr, Antreten der gesamten Kameradschaft am Bahnhof zwecks Beteiligung an der Rathenau-Gedenkfeier in Oberschöneweide.

Vereinigung für Schul- und Erziehungsfragen, Berlin-Treptow. Freitag, den 26. Juni, abends 8 Uhr, im Zeichensaal der 6. Treptower Gemeindeschule, Wildenbruchstr. 58, Rezitationsabend. (Frl. Elsbeth Gühler.) Eintritt frei.

Arbeiterverein für Biochemie und Lebensreform, Abt. Neukölln. Mittelausgabe bei Grundke, Böhmische Str. 10. Reformhaus Neumann, Karlsgartenstraße 14. Am Donnerstag, den 25. Juni, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung bei Kaffun, Erk-, Ecke Donaustraße.

Arbeiter-Radio-Klub, e. V., Bezirk Kreuzberg, Gruppe Kottbuser Tor. Jeden Donnerstag abend 8 Uhr bei Wollschläger, Adalbertstr. 31, Versammlung der Funkfreunde. Gäste willkommen.

Verband Volksgesundheit, Ortsverein Berlin. Am Donnerstag, den 25. Juni, abends 8 Uhr, in der Schule Ifflandstr. 9—11 (nahe Jannowitzbrücke) spricht Genosse Gustav Müller über „Volksgesundheit und Kapitalismus. Freie Aussprache. Gäste willkommen.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund. Die Gangesbrüder des 12. Bezirks werden gebeten, Mittwoch, den 24. Juni, 7½ Uhr abends, an der Rathenau-Feier in Oberschöneweide auf dem Friedhof teilzunehmen. Treffpunkt 7 Uhr in Oberschöneweide bei Sittekow, Rathenaustr. 50. Mitgliedsbuch mitbringen.

Bund der Jugendgerichtshelfer. Versammlung Mittwoch, den 24. Juni, 7½ Uhr, im Hauptgesundheitsamt, Berlin C., Fischerstr. 39—41. Tagesordnung: Vortrag von Herrn Direktor a. D. Albert Kohn (Allgem. Ortskrankenkasse): „Wohnungsverhältnisse und Jugendverwahrlosung". Aussprache.

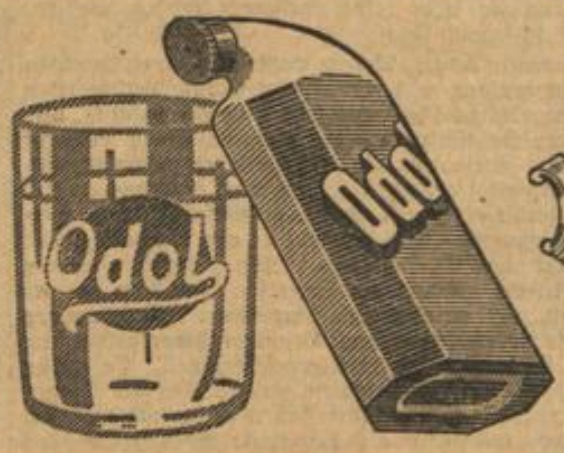
Arbeitersport.

Der Arbeiter-Turn- und Sportverein Pankow veranstaltet am Sonnabend, den 4. Juli, im „Pankgrafen" in Pankow, Schloßstraße, ein Sommerfest zum Besten der Platzkasse. Gartenkonzert, turnerische Aufführungen und Vereinsvorlesung; im Saal Tanz. Eintritt 75 Pf.

Touristenverein „Die Naturfreunde" (Zentrale Wien), Abt. Treptow. Freitag, den 26. Juni, 7½ Uhr, im Jugendheim Treptow, Elsenstr. 3, Lichtbildervortrag: „Städtebilder", 2. Teil. Referent Otto Rennecke. Gäste willkommen.

Berliner Arbeiter-Schachklub. Im Rahmen der Werbewoche des 6. Bezirks des Arbeiter-Sportkartells hält die Abteilung Süden in ihrem Spiellokal, Muskauer Str. 10, bei Hackbarth, am Donnerstag, den 25. Juni, abends 8 Uhr, eine Werbeveranstaltung ab.

Wollen Sie verreisen? Nie ist die regelmäßige Benutzung eines antiseptischen Mundwassers so wichtig wie auf der Reise. Sie sitzen stundenlang in überfüllten Abteilen, Sie kommen überall in Berührung mit fremden Menschen, Sie schlucken Staub und schädliche Mikroben in Menge. Nichts ist besser geeignet diese Gefahren zu bannen, als die regelmäßige Benutzung von Odol, dem anerkannt antiseptischen Mundwasser. Odol ist deshalb auf der Reise so praktisch und so beliebt, weil der geniale, patentierte Verschluß ein Auslaufen der Flasche unmöglich macht, weil die Flasche wenig Raum im Koffer beansprucht und weil Odol das konzentrierteste Mundwasser der Welt ist, so daß eine einzige Flasche selbst für eine Weltreise vorhält. Vergessen Sie deshalb nicht, sich mit Odol zu versehen, ehe Sie Ihre Reise antreten!



Moderne Raubritter.

Von Adolph Hoffmann.

Die jetzt bevorstehenden Zollkämpfe rufen bei mir Erinnerungen wach aus dem Ende des vorigen Jahrhunderts. Die Kämpfe um die Zölle tobten in und außerhalb des Parlaments; besonders heftig um die Kornzölle.

Graf Kanitz, der Vater des jetzigen so hoffnungsvollen republikanischen Ministers, wollte den An- und Verkauf des Getreides monopolisieren. Sein Antrag führte zu dem bekannten Wortspiel: „Kein Kanitz, keine Kähne!"

Die „Patentpatrioten" wollten also „das Vaterland wehrlos machen" und die Marinevorlage ablehnen, wenn der Antrag Kanitz nicht angenommen würde.

Wie sagte einst Voß?

„Das Vaterland? Was Vaterland!
Der Topf, der Topf ist Vaterland!
Das übrige sind Fratzen!"

Und daher veränderten sich diese „Fratzen" je nachdem, ob der Geldsack anschwoll oder zusammenschrumpfte. Der Geldsack ist immer das Barometer dieser Vaterlandsliebe, die Fratze die Skala, von welcher man den jeweiligen Stand derselben ablesen kann.

Die Wünsche der „Hohenzöllner" wuchsen nicht in den Himmel, so lange sich Landjunker und Industriebarone noch bekämpften.

Die einen wollten nur Lebensmittelzölle, die anderen nur Industriezölle.

Es ist gewiß niedlich und zeitgemäß, daran zu erinnern, daß es das Organ der ostelbischen Junker war, „Die Deutsche Landeszeitung", das damals das Bild eines fetten Kapitalisten vor seinem Geldschrank brachte und darunter die Worte:

„Gold bringt der Hand keinen Schmutz,
Wir schwärmen für Zollschutz,
Er füllt uns die Kassen
Auf Kosten der Massen."

Natürlich revanchierten sich die Industrieritter bei den Nachfolgern der Quitzows, Köckeritze und Itzenplitze. Sie brachten in dem damals noch nationalliberalen „Kladderadatsch" ein Vollbild, darstellend einen modernen Rittergutsbesitzer in seinem Ahnensaal am Schreibtisch sitzend über das Kontobuch gebeugt, während im Hintergrund aus einer geheimen Wandschranktür der Geist des Ahnherrn, ein ehemaliger Raubritter, in voller Rüstung erscheint. Zu dem Bilde wurde ein Gedicht gegeben, das heute wieder vollkommen aktuell sein dürfte und der Nachwelt erhalten bleiben muß. Ich will es aus dem Gedächtnis zitieren:

Der Freiherr sitzt im hohen Saal allein in stiller Nacht
Und rechnet, was im letzten Jahr ihm Feld und Wald gebracht.
Doch als die zwölfte Stunde schlägt, fährt er erschreckt empor,
Aus dem geheimen Wandschrank tritt des Ahnherrn Geist hervor.
Es seufzt der Geist: „Ich schlafe schlecht, nicht find' ich Ruh' im Grab.
O weh, wie kam mein edler Stamm so jämmerlich herab.
Gefürchtet war mein Name einst zehn Meilen rings im Land,
Manch reicher Kaufherr hat gefühlt die schwere Rittershand.
Im Eisenharnisch zog ich aus mit meiner Knechte Troß,
Mit reicher Beute kehrten wir zurück ins feste Schloß.
Daß du so ganz entartet bist, mein Sohn, das tut mir weh,
Mir wird schon übel, wenn ich dich an deinem Schreibtisch seh'.
Wie rinnt das alte Heldenblut in deinen Adern matt,
Du sitzest über'm Kontobuch und hältst ein Börsenblatt?"
Da springt der Freiherr zornig auf und ruft: „Ich bitte sehr,
Was du zusammen auch geraubt, der Kornzoll der schafft mehr.
Sieh hier die Summen, die er mir im letzten Jahr gebracht.
Hast einen solchen Abschluß du im Leben je gemacht?"
Der Geist neigt sich auf's Kontobuch und spricht: „Ich sag es frei,
Dagegen ist, was ich geraubt, die reine Lumperei."

Das war einst nationalliberal! Die Partei „Drehscheibe", wie man sie damals nannte, hat sich seitdem sehr oft und energisch gedreht. Die Geister von ehemals finden heute keine Unterkunft mehr. Ja, die ehemaligen Raubritter sind übertrumpft, sie sind gegen ihre Nachfolger die reinen Straßennepper geworden. Diese Nachkommen sind von ihren Burgen herabgestiegen, wohnen jetzt mitten unter dem Volke, haben alle Tage die Hände in den Taschen des Volkes und — der arme dumme Michel merkt gar nicht, wie er bei jedem Bücken, bei jedem Handgriff von dem modernen Raubrittertum nach allen Regeln der Buschkleppertunst von ehemals, aber mit Riesenerfolgen für heute ausgeplündert wird.

Ja, wie sagte der Dichter?

„Rauben und Plündern ist keine Schand,
Das tun die Edelsten im Land."

Wer sie daran hindern will, dem schreiben die Nachfolger der Köckeritze und Itzenplitze, heute Consul usw. genannt, zwar nicht mehr wie ehemals am Schloßtor zu Köpenick an die Türpfosten: „Jochimke, Jochimke, hüte di, kriegen wi di, so hangen wi di!", sondern sie haben an Stelle des Hängens das Abtillen im Großbetrieb eingeführt. Wie dieser Großbetrieb hemmungslos arbeitet, dafür brauche ich nur die Namen Rathenau und Erzberger zu nennen, die, obwohl Fleisch von ihrem Fleisch, d. h. bürgerlich, beseitigt wurden, weil der eine ihre Ausbeutungs-, der andere ihre Steuerabwälzungspolitik gefährdete.

Proletarier, wann blast ihr den modernen Raubrittern den Kehraus?

Zeitungspleite.

Die Nornen haben sich ein Spiel ersonnen:
Dem Land zur Schande und dem Volk zum Hohn
Hat Eitelkeit vermessen angesponnen
Das Truggewebe frecher Reaktion.

Demagogie, nachdem es gut begonnen,
Greift, höhnisch lachend, nach dem Faden schon,
Und doch: die Todesschere führt im Streite
Der Schwestern dritte. Und sie heißt: Frau Pleite!

In der Gewalt des Samum. Wird der Europäer je die Schrecken der Wüste überwinden? Nicht nur Hitze, Durst und Wüstenräuber bedrohen ihn; furchtbarer noch ist das Rasen des Samum, des Wüstensturmes, der auf der Wüstenfläche jene ungeheuren Sandberge in Bewegung setzt, die noch fürchterlicher sind, als die Wogen des Meeres. Selbst die französischen Offiziere, die im Winter 1922 zum erstenmal die Wüste Sahara nicht auf Kamelen, sondern in Automobilen durchquerten, haben seine unheimliche Gewalt schaudernd erfahren. Im Tagebuch ihrer Wüstenfahrt (Haardt-Dubreuil, „Die erste Durchquerung der Sahara im Automobil", Bowinkel-Verlag, Berlin) geben sie eine anschauliche Schilderung des übermächtigen Ansturmes. Zuerst sieht man am Horizont nur einen beinahe unsichtbaren Schleier. Der Erfahrene erkennt in ihm nicht ohne Beklemmung den Vorläufer des Samum. Allmählich nimmt der Dunstschleier eine rötliche Farbe an und es scheint in ihm zu brodeln. Er verdichtet sich zusehends und hat bald den ganzen Gesichtskreis ausgefüllt. Mit einem Male braust die erste Woge heran und schlägt mit aller Gewalt ins Gesicht der Reisenden. Der Sturm wird immer stärker. Ganze Sturzseen von Sand brechen herein. Eine undurchsichtige Luft umgibt sie, die so verdichtet ist, daß sie den Eindruck eines festen Körpers hervorruft. Die Wagen müssen dicht angeschlossen fahren, um sich nicht zu verlieren. Sind Geschichten von Karawanen, die im Sande untergingen, Märchen? Gewiß nicht, die Reisenden gehen im Samum verloren mit Mann und Maus, genau so, wie auf dem Meere.

Dunkle Schriftsteller. Balzac darf als Schulbeispiel eines Schriftstellers gelten, der, wenn auch glücklicherweise nur selten, dann aber mit aller Absichtlichkeit beim Schreiben dem Grundsatz huldigte: „Herr, dunkel sei der Rede Sinn!" Als der Zeichner Bertall, den einst der Verleger Balzacs mit der Illustrierung eines Buches des großen Romandichters betraut hatte, bei Balzac Rat holte, antwortete ihm dieser gelassen: „Sie haben ganz recht; das ist ein Gallimathias, den ich aber absichtlich niedergeschrieben habe. Es ist ganz gut, wenn sich der Leser manchmal den Kopf zerbricht, um den Sinn einer Stelle herauszubekommen, denn das, was klar ist, erscheint ihm nur zu oft auch leicht, und dann verfällt er gerne auf den lächerlichen Gedanken, daß er letzten Endes vielleicht selbst fähig wäre, das zu tun, was wir machen. Wo sollte denn dann das Prestige des Dichters bleiben?" Auch Victor Hugo hielt es mitunter ähnlich. Einer seiner Verehrerinnen, die ihn einst schüchtern bat, ihr den Sinn eines Verses, der ihr unverständlich geblieben war, zu erklären, antwortete er: „Als ich diese Verse machte, waren der liebe Gott und ich die einzigen, die sie verstanden. Heute versteht sie nur noch der liebe Gott!"

Der Clown.

2] **Von Hans Hyan.**

Er drohte ihr mit dem silbernen Knauf der Gerte. „Du, das kann ich dir sagen: Wenn der Musjöh zu viel macht! . . . Du weißt doch, ich hab schon manch einen auf den Gang gebracht . . ."

Sie blinzelte ihn lächelnd von der Seite an, er aber gab ihr schnell einen festen Kuß und ging mit großen Schritten davon. . .

Hinter der Leinwand, in dem überdachten Zelt, stand mitten in der Manege Minka und übte ihrem kleinen Bären das Kopfstehen ein. Aber der kleine Tolpatsch, der nicht viel größer als ein dreijähriges Kind war, brachte das nicht heraus; immer wieder lag er auf seinem braunen Buckel, und es gehörte die ganze Ausdauer der geübten Dresseuse dazu, angesichts dieser fortwährenden Ungeschicklichkeit nicht ungeduldig zu werden.

Dabei war es ein reizendes Bild, in dem goldig braunen Licht der durch das Zeltdach dringenden Sonne die schlanke, mit einem alten roten Zeltdach, Tressenrock und kurzärmeliger, weißer Bluse bekleidete Mädchengestalt zu sehen, bei der jede Bewegung Kraft und Grazie verriet. Bei dem schnellen Hin und Her ihrer biegsamen Glieder flogen die langen, schwarzen Locken, und der Hals wurde frei und die runde Schulter, die etwas von dem Goldton der reifen Orange hatten.

Nicht weit von ihr stand August Rembacher, die langen Glieder mit einer schwarz und weißkarierten Hose, die ihm viel zu weit war, und einem alten, verschossenen Frack von roter Farbe bekleidet, den ehemals ein Parforcejäger getragen haben mochte. Die Arme ließ er hängen, und sein ganzer Körper sprach von einer Melancholie, der das merkwürdige Gesicht einen Schimmer von Humor verlieh... Denn dieses Gesicht war in der Tat ungewöhnlich; es hatte sehr hohe, schwarze und volle Halbkreise beschreibende Augenbrauen, einen feinen, schmallippigen Mund, der fast frauenhaft erschien, unter der großen Hakennase, und ein paar grundgute Augen, die sich offenbar nach der heiteren Seite des Lebens sehnten. . .

„Wie n Huhn im Regen!" sagte Minka, die ihren „Murz" auf die Hinterbeine stellte und ihn so tanzen ließ.

„Warum sind Sie denn ewig so traurig?"

Bei der Frage pfiff sie und ließ ihre vier schlohweißen Terrier in Schlangenlinien um den drollig einhertappenden Petz laufen.

„Das kommt Ihnen nur so vor, liebes Fräulein . . . eigentlich bin ich immer so gewesen . . . Das heißt, jetzt natürlich, wo ich fort muß von Ihnen . . ."

Er stockte.

Das Mädchen schlug mit ihrer Gerte nach dem einen Terrier, der den Bären in die Schenkel zwickte, und überhörte die letzten Worte absichtlich. Doch wurde die Röte auf ihren Wangen lebhafter. . .

„Was sind Sie denn eigentlich früher gewesen?"

„Kaufmann. . ."

„Na, und konnten damit nichts verdienen?"

„Ach!" sagte er, „Fräulein Minka, lassen wir das man lieber!... Ich habe kein Glück . . . ich kann anfassen, was ich will!"

„Und dabei weiß man nie, wenn Sie so sprechen, ob Sie es auch wirklich so meinen! . . . Wissen Sie, August . . . Ihr Gesicht ist so . . . so komisch ist es! . . . Ich meine nicht etwa häßlich . . . nein, aber . . . Sie haben auch ohne sich zu schminken, ein richtiges Clowngesicht . . ."

„Ja," er kraute sich in seinem dunkelblonden, etwas wirren Haar, „das is es ja gerade! . . . Wenn ich irgendwo sagte: 's geht mir schlecht, glauben's die Leute einfach nicht. „Der lacht ja immer! . . ." Aber ich lache nicht! Nein, wahrhaftig, Fräulein Minka! . . . Und jetzt am wenigsten, wo ich von Ihnen fort soll!...

„Na, hat denn Papa gesagt, Sie sollen gehen?" fragte das Mädchen, bemüht, abermals das Gespräch abzulenken.

„Nein, aber übermorgen ist der Erste, da werd' ich's ihm sagen, daß ich nicht länger bleibe . . . Ich kann doch nicht umsonst alles annehmen!"

„Na, Sie helfen mir doch beim Dressieren . . . und . . . und Sie machen sich doch auch so noch nützlich. . .

Er schüttelte den Kopf, und selbst jetzt, wo er tiefbewegt war, hatte die Tragik seiner Züge etwas Groteskes.

„Nein, nein, liebe Minka! Sie sind gut, aber Ihr Vater, der sieht mich lieber gehen als kommen! Und ich kann's ihm ja auch gar nicht mal übelnehmen! . . . Ich seh's ja selber ein, daß ich nicht zu brauchen bin . . . Na, und von Ihrem Schwager will ich gar nicht reden, der sagt mir's ja direkt ins Gesicht, ich wär' ein unnützer Fresser! . . . Ich . . ."

„Wollt ihr wohl," rief die hübsche Schwarzhaarige, froh, einen Grund zur Unterbrechung des ihr so peinlichen Gesprächs zu haben. Und wie der Wind war sie hinter den Hunden her, die den kleinen Bären durch die Manege hetzten, der von Zeit zu Zeit standhielt, und dann einen von den Terriers mit einer wohlgezielten Backpfeife in den Sand kollern ließ. . .

Doch als sie ihre Tiere wieder zur Räson gebracht hatte und sich umwendend, den langen Menschen dort drüben mit Tränen in den Augen stehen sah, da ging sie rasch hinüber zu ihm und sagte: „Lassen Sie man, August, wenn die anderen auch schimpfen, ich bin Ihnen doch gut . . ."

Und der Mann starrte immer noch träumend und ungläubig der lieblichen Erscheinung nach, als diese mit den Hunden und dem Bären längst hinter der Zeltleinwand verschwunden war.

*

An diesem Abend ging bei Beginn der Vorstellung alles bunt durcheinander. Mister Murphi lag wieder einmal hinten beim Wagen und war nicht imstande, auf die Beine zu kommen. Er machte das leider oft so und verdarb damit mehr als eine Vorstellung, der er durch seine humoristische Gabe als „Klohn" erst die rechte Würze geben sollte. Eigentlich hieß Mister Murphi Hein Lehmann und war „von de Waterkant", woher er auch wohl die leidenschaftliche Vorliebe für gebranntes Wasser mitgebracht hatte.

Aber das war sehr ärgerlich! Gerade heute, wo die Leute die Leinwandbude bald sprengten. . . . Wer sollte denn die Pausen ausfüllen, und wer machte die Kinder lachen, die Kinder, ohne deren Gunst ein Wanderzirkus einfach nicht bestehen kann!

„Dunderlichting!" wetterte der alte Rasmussen. „Dor bliewt mi ja nix anners übrig, als selbst den Hanswurst to maken! . . .Aber ick kümm' doch gleich nachher wedder mit mine dree witten Pierd! . . Dat geiht doch nicht! . . ."

„Soll ich, Vater?" fragte die immer bereite Minka.

„Nä, min Döchting, noch nich! Aber do bist noch die einzige, uff die man sich verlaten kann!"

„Na, na, Vater!" sagte der gerade herzutretende Clément, „wir tun doch alle, was wir können! . . . Soll ich raus?"

Der Alte nickte. Und Clément ließ den Schimmelhengst in die Manege kurbettieren.

(Schluß folgt.)

THEODOR RAATZ AUTOMOBIL A.G. BERLIN W 35

Fernsprecher: Nollendorf 56, 57, 58, 59
Telegramm-Adresse: AUTORAATZ

Vertretung der bestens bewährten zuverlässigsten Marken:

Adler — Fafnir — Opel — Protos
Minerva — Isotta Fraschini

in den neuesten und modernsten Ausführungen, von 4 – 6 – 8 Zylinder – Vierradbremse etc.
Karosserien jeglicher Art für erlesensten Geschmack aus renommiertesten Werken

Th. Raatz Automobil A.-G., Berlin W 35, Potsdamer Str. 112

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Achtung! **Klempner!** Achtung!

Donnerstag, 25. Juni, abds. 7½ Uhr, in Rosenthaler Hof, Rosenthal. Str. 11/12:

Allgemeine Klempner-Versammlung

Tagesordnung: 1. Neue Wege zum Klein-Wohnungsbau. Referent: Genosse Linneke. 2. Verbands- und Branchenangelegenheiten.

Alle in der Branche tätigen Kollegen werden zum Besuch der Versammlung eingeladen.

Donnerstag, 25. Juni, nachm. 5 Uhr, im Verbandshause, Linienstr. 83/85 (unterer Saal):

Branchenversammlung

der Zigaretten-Maschinenführer und Betriebshandwerker

Tagesordnung: 1. Bericht. 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch und Branchenkarten dienen als Ausweis.

Betriebsräte der Hauptgruppe I

Untergruppen 1 und 2 (Metallhütten und Metallwalzwerke sowie Eisengießereien)

Donnerstag, 25. Juni, abds. 7 Uhr, im Jugendheim des Verbandshauses, Linienstr. 83/85 (Portal I):

Versammlung

Tagesordnung: 1. Neuwahl der Gruppenleitung. 2. Verschiedenes.

Donnerstag, 25. Juni, abds. 7 Uhr, in den Musiker-Festsälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31:

Versammlung

aller in den Eisenkonstruktionsbetrieben beschäftigten Kollegen

Tagesordnung: 1. Bericht von der Verhandlung mit dem VBMI. 2. Stellungnahme dazu.

Da in dieser Versammlung eine Abstimmung über einen evtl. Streik stattfinden muß, ist jeder Kollege verpflichtet, pünktlich zu erscheinen.

Achtung! **Rohrleger und Helfer!**

Donnerstag, 25. Juni, abds. 7 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Engelufer 24/25:

Branchenversammlung

der Rohrleger und Helfer

Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum Gewerkschaftskongreß. 2. Stellungnahme zum Ablauf des Mantel- und Lohntarifs und Aufstellung neuer Forderungen. 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Es ist Pflicht aller organisierten Rohrleger und Helfer, zu dieser Versammlung unbedingt und pünktlich zu erscheinen.

Elektromonteure und Helfer!

Donnerstag, 25. Juni, abds. 7 Uhr, im Sitzungssaale des Verbandshauses, Linienstr. 83/85:

Branchenversammlung

der Elektromonteure und Helfer Groß-Berlins

Tagesordnung: 1. Vortrag: Der Gewerkschaftskongreß in Breslau und die internationale Einheitsfront. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert!

Alle Kollegen werden ersucht, pünktlich zu erscheinen.

Donnerstag, 25. Juni, abds. 7 Uhr, im Verbandshause, Linienstr. 83/85 (Parterresaal):

Versammlung

der Hobler, Bohrer, Stoßer, Fräser u. weiblichen Berufsangehörigen

Tagesordnung: 1. Die Eingabe der deutschen Arbeitgeberverbände an die Reichsregierung über Arbeitstarifpolitik, Wirtschaftskrise und Währung und unsere Stellung dazu als Organisation. Referent: Bevollmächtigter Kollege Max Urich. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Ohne Mitgliedsbuch keinen Zutritt!

Die Ortsverwaltung.

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater
Opernhaus 6½ Uhr: Siegfried
Opernhaus am Königsplatz 8 U.: Evangelimann
Schauspielhaus 7½ Uhr: Jugend
Schiller-Theater 7½ U.: Doppelselbstmord

Volksbühne 7½ Uhr: Pleske

Lessing-Theater Tägl. 8 Uhr: **Die Göttin auf der Balz** Lustspiel von Hans Bachwitz

Trianon-Th. Tägl. 8 Uhr: **Die blaue Stunde** Lustspiel von Felix Josky

Kleines Th. Täglich 8 Uhr: **Angele** Komöd. v. Hartleben / **Der Arzt seiner Ehre** Groteske v. Mongré

Berliner Theater 7.45 Uhr: **Anneliese v. Dessau**

Deutsch. Künstlertheat. Tägl. 8 Uhr: **Monsieur Trulala** Musik von Hugo Hirsch

Operettenhaus am Schiffbauerdamm Heute 8 Uhr: **Der klein. Kuppler** (Le dieu gai rapporte)

Wallner-Theat. Tägl. 8 Uhr **Meisekea**

Theater im Admiralspalast Täglich 8½ Uhr: **Chocolate Kiddies** Amerikas größte farbige Künstler! Sonntag nachm. 3½ Uhr: Die ganze Vorstellung zu halben Preisen!

Central-Theater 8: Hilfe, ein Kind ist v. Himmel gefallen!

Metropol-Theat. 8¼ Uhr: Tausend süße Beinchen

Th. d. Westens Steinpl. 921 8U.: **USCHI** v. Jean Gilbert / Bodo Hand, Fr. Schulz, Gertrude Berliner
Wegen d. großen Andrangs an d. Abendk. bitte d. Vorverkauf zu benutzen.
Sommerpreise

Th. i. Komm.-Str. Mbt. 5000, 5003 8¼: **D. rührende Lachen Bolz** / **Durch den Rundfunk!**

Rose-Theater 8¼: D. blaue Heinrich. Gartenbühne: 7¾ U.: Rund um die Berolina

Komödienhaus 7½ Uhr: **Der letzte Kuß**

Theater a. Kotth. Tor Tägl. 8 Uhr: **Elite-Sänger** Konkurrenzloses Juni-Programm.

Zoologisch. Garten Aquarium Affen-Sonderschau Tierkunstausstellg. Tägl. ab 4 Uhr: **Gr. Konzert**

ULAP Vergnügungspark am Lehrt. Bhf. Heute das Sensations-Programm. 32 Eintritt 50 Pf.

Reichshallen-Theater 8 Uhr: **Stettiner Sänger** „Das Deutsche Meer" Lebende Lieder von Ferdinand Meyer

Dönhoff-Brett'l: Saal und Garten. Der berühmte Humorist Karl Braun

WINTERGARTEN Der glänz. Juni-Spielplan

Sonnenbrand Hautschäden verhütet unser **Zeozon-Creme** Glänz. Anerkennung von erst. ärztl. Autorität. Ueberall erhältl. **Kopp & Joseph** Berlin

Adolf Hoffmann
Episoden und Zwischenrufe
aus der Parlaments- und Ministerzeit.
Preis 1 Mark. Porto 5 Pfennig.
Vorrätig in allen Vorwärts-Ausgabestellen.

Ortskrankenkasse für das Buchdruckgewerbe zu Berlin

Die im Ausschuß in der Sitzung vom 7. Mai 1925 beschlossene 21. Abänderung der Kassensatzung ist vom Oberversicherungsamt genehmigt worden.

Hiernach sind die Paragraphen unserer Satzung der neuen Fassung der RVO. nach der Veröffentlichung im Reichsgesetzblatt Nr. 75 vom 22. Dezember 1924 angepaßt. Außerdem tritt eine Erweiterung der Kassenleistungen im § 17 ein.

„Hiernach erhalten vom 6. Juli 1925 ab Mitglieder, die aus ihrem Arbeitsverdienst ganz oder überwiegend den Unterhalt für Kinder unter 14 Jahren bestreiten, ein Krankengeld bis zu 75 Proz. des Grundlohns."

Berlin, den 23. Juni 1925. 51/4

Der Vorstand.
Alfred Forsberg, Vorsitzender. Alfred Ekström, Schriftführer.

Innungskrankenkasse der Tischler-Innung zu Berlin

Bekanntmachung!

Vorstandsbeschluß vom 9. Juni 1925:

Gemäß § 10 der Kassensatzung beträgt der Grundlohn:

in Stufe 1	bis 1,50 Mk.	Tagesenigelt — Grundlohn	1,20 Mk.
„ 2	2,50 Mk.	„	2,— Mk.
„ 3	3,50 Mk.	„	3,— Mk.
„ 4	4,50 Mk.	„	4,— Mk.
„ 5	5,50 Mk.	„	5,— Mk.
„ 6	6,50 Mk.	„	6,— Mk.
„ 7	7,50 Mk.	„	7,— Mk.
„ 8	8,50 Mk.	„	8,— Mk.
„ 9	über 8,50 Mk.	„	9,— Mk.

Für Lehrlinge ohne Entgelt betragen die Beiträge zwei Drittel des für Stufe 1 festgesetzten Beitrages.

Zu vorstehender Aenderung hat das Oberversicherungsamt Berlin unter dem 19. März 1925 (Nr. G. 388/25) seine grundsätzliche Zustimmung erteilt.

Die Aenderung tritt mit dem 1. Juli 1925 in Kraft.

Zusammenstellung der Pflichten u. Leistungen:

Stufe	Grundlohn tägl.	Beiträge Kassen-; täglich	Gewerbebei. täglich	Krankengeld tägl.	Sterbegeld
1	1,20 Mk.	7,2 Pf.	1,2 Pf.	—,60 Mk.	50 Mk.
2	2,— Mk.	12 Pf.	2 Pf.	1,— Mk.	60 Mk.
3	3,— Mk.	18 Pf.	3 Pf.	1,50 Mk.	120 Mk.
4	4,— Mk.	24 Pf.	4 Pf.	2,— Mk.	160 Mk.
5	5,— Mk.	30 Pf.	5 Pf.	2,50 Mk.	200 Mk.
6	6,— Mk.	36 Pf.	6 Pf.	3,— Mk.	240 Mk.
7	7,— Mk.	42 Pf.	7 Pf.	3,50 Mk.	280 Mk.
8	8,— Mk.	48 Pf.	8 Pf.	4,— Mk.	320 Mk.
9	9,— Mk.	54 Pf.	9 Pf.	4,50 Mk.	360 Mk.

Die Barleistungen nach diesen Grundlöhnen treten mit Beginn der fünften auf den Vorstandsbeschluß folgenden Kalenderwoche — 13. Juli 1925 — in Kraft.

Wir weisen ausdrücklich auf die Drucksachen hin, die den Herren Arbeitgebern zugestellt werden.

Berlin, den 22. Juni 1925. 51/5

Der Vorstand
Otto Granau, Vorsitz. Willy Lindemann, Schriftf.

Möbelfabrik „Zukunft"

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht

Bilanz am 31. Dezember 1924

Aktiva		Passiva	
Kasse	1 672.40	Kreditoren	310.—
Bank	937.88	Anteile	2 600.—
Debitoren	2 769.—	Reserven	323.85
Waren	12 257.—	Darlehn	14 454.—
Inventar	2 899.—	Reingewinn	3 488.52
	20 535.37		20 535.37

Mitgliederzahl am 31. Dezember 1924: 8. Eingetreten keiner, ausgetreten keiner. Betrag der Haftsumme 2600 M. Mithin haben sich Haftsumme und Geschäftsguthaben nicht verändert.

Der Vorstand
R. Bleichroth G. Kasten 81/15

Gustav Neumann Ww., Berlin C, Wallstr. 81, Ecke Neue Roßstr.
Rotfeuer Kilo 1,20
Feuerwerkskörper und Lampions sehr billig, in großer Auswahl

Croco Volleder 3.75
Rindled.-Saffian 9.50
Auto-Rindlack 10.00
a. eleg. Einricht. 18.00
Besuchstasche 11.00
Aktentasche Rnd. 4.75
Schulranzen Rnd. 6.75
auch einz. zu haben.
Schiller, Lederwaren-Fabrikate Engros Export Ritterstr. 88.

Dezimalwagen

Tafelwag., Gewichte, Billigste Preise. Großes Lager
Georg Wagner Köpenicker Str. 71 Kein Ladengeschäft
Keine Schaufenster-Reklame, dafür wesentl. billigere Preise

Verkäufe

Tafelwagen, Dezimalwagen, Gewichte preiswert. Auswahl. Wagner, Köpenicker Str. nur 71, Hof. Kein Laden. Keine Schaufenster-Reklame, dafür wesentlich billigere Preise.

Neumann-Nähmaschinen für Hausgebrauch und Gewerbe. Teilzahlung. Reparatur-Werkstatt für alle Systeme Emil Halbarth G. m. b. H., Friedrichstraße 55a. Merkur 8268.

Linoleum, Linoleumläufer, 90 Zentimeter, 3.50, Linoleumteppiche, Linoleumlagerei, Bringenstraße 101. Moritzplatz 168 88.

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Getragene Herrengarderoben, tadellos erhalten, große Auswahl, billige Preise. Leihhaus Spiegel, Chausseestraße 7.

Geschäftsverkäufe

70 Restaurants, Cafés, Tanzsäle, von 1800.— bis 45 000.—, sowie 300 Erstenzgeschäfte von 1000.— aufwärts. Nachweis kostenlos. Pfeffer, Kaiser-Wilhelm-Straße 58.

Königstadt 3851 anrufen, wenn Sie Ihr Geschäft, Restaurant, Konditorei, Café, Fabriklager, Bureauräume verkaufen wollen. Vertreterbesuch kostenlos unverbindlich. Nachweislicher schneller Erfolg. Pfeffer Co., Kaiser-Wilhelm-Straße 58.

Möbel

Ihr Geld reicht bei mir. Im großen Möbelkeller wunderschöne Schlafzimmer, Küchen, Ankleideschränke, Bettstellen, Waschkommoden, Tische, Stühle usw. zu niedrigen Preisen, gegen Bar- und bequeme Teilzahlung. Ein Besuch wird Sie überzeugen. Möbelschau, Brunnenstraße 160, Eingang Anklamer Straße. 160/15*

Nußbaumbüfetts, Kredenzen 45, Sofaumbaue, Gobelinsofas 90, Ankleideschränke 115, Kleiderschränke 50, Vertikos 40, Trumeaus 33, Ausziehtische, Rohrstühle 7.50, Bauerntische 9, Pfeilerspiegel 10, Schreibsessel 12 Goldmark. Möbelhaus Sanierling, Kastanienallee 56.

Patentmatratzen, Auflegematratzen, Metallbetten, Chaiselongues. Wolter, Sternackerstraße achtzehn.

Teilzahlung, kulant. Möbel-Misch.

Teilzahlung, billig. Möbel-Misch.

Teilzahlung, reell. Möbel-Misch, Große Frankfurterstraße 45/46.

Möbelwicherl, Elsasserstraße 28. Spottbillig, weil Riesenumsatz. Zahlungserleichterung.

Ihle-Möbel-Fabriklager, Friedrichstraße 246. Schweres Herrenzimmer, reich geschnitzt, 1,80 breit, Eiche, Diplomat mit geschobener Blattkante, schwerer runder Tisch, 2 Rindlederstühle und Armlehnsessel, komplett gebeizt, nur 395.—.

Ihle-Möbel-Fabriklager, Friedrichstraße 246. Speisezimmer, 1,60, Eiche mit Mahagoni, Büfett mit Facettegläsern, handgeschnitzte Nußbaum-Maserung, 595.

Ergänzungsmöbel, einzelne Bücherschränke, Schreibtische, Büfetts, Kredenzen, Ausziehtische, Stühle, Standuhren, Sofas in Gobelin oder Leder, Sofaumbauten, Trumeaus, Ankleideschränke in allen Größen, Vertikos, Bettstellen, Waschtische, Nachttische in Nußbaum, Mahagoni und Eiche in reicher Auswahl zu billigsten Preisen. Berliner Möbelhaus Moritz Hirschowitz, Südosten, Skalitzerstraße 25, Hochbahn Kottbuser Tor.

Küchen, modernste Formen, elfenbein, weiß, birke und naturlasiert, in allen Größen. Einzelne Küchenteile in reichster Auswahl enorm billig auf bequeme Teilzahlung. Mochiter Kreditbaus, Turmstraße 81, eine Treppe, gegenüber Arminiusplatz.

Möbel wirklich auffallend billig auf allerbequemste Teilzahlung nur im Möbelhaus Humboldt, An der Jannowitzbrücke 3/4 und Putbuser Straße 14. Straßenbahn: Brunnenstraße, Ecke Ribener Straße. 3 Minuten vom Bahnhof Gesundbrunnen.

„Konkurrenzlos." Neue fournierte dreitürige Ankleideschränke mit Spiegel, Wäscheabteilung, 150 breit, 165 M. Neue fournierte Bettstellen mit Patentböden und Auflagen 82 M. Neue fournierte Nachttische mit Marmorplatte 15 M. Fournierte Waschkommoden mit weißem Marmor und Facettespiegel 65 M. Büfette 95 M. Diplomaten 38 M. Nußbaumumbauten 38 M. Plüschsofas 45 M. Schlafzimmer mit weißem Marmor, Dreiauflagen, Kristall-Facette-Spiegeln, komplett 325 M. Riesenauswahl in Herrenzimmern, Speisezimmern, Schlafzimmern. Einzelmöbel in jeder Ausführung. Renaissance-Möbeln, moderne Küchen, gestrichen, lackiert. Möbelhaus Gottlieb, Rügener Str. dreizehn, Bahnhof Gesundbrunnen. Freilieferung Groß-Berlin.

Wichtig für jedermann! Täglich werden verkauft: Kleiderschränke, Vertikos 18, Bettstellen, komplett, 16, Metallbettstellen mit Auflegematratzen 22, Flurschränke, Waschtoiletten 18, Chaiselongues 15, Kommoden 15, Bücherschränke, Schreibtische 38, Trumeaus 29, Büfetts 75, fünfzig Standuhren, Garantie, von 88.— an, Kücheneinrichtungen 48, Speisezimmer, Herrenzimmer, Schlafzimmer 225, Klubgarnituren 175, Lederklubsessel 65, Riesenauswahl, über 500 Zimmer. Alles tatsächlich spottbillig. Stargardts Möbel- und Lombardspeicher, Prenzlauer Straße sechs.*

Umzugshalber verkaufe sehr preiswert ein Herrenzimmer, Speisezimmer, Schlafzimmer, Küche. Pankow 3347.

Ankleideschränke 110.—, englische Bettstellen 48.—, Plüschsofas, Einzelmöbel, Zahlungserleichterung, Stein, nur Anklamerstraße 20.

Gelegenheit. Kleiderschrank 18.—, Bertiko 18.—, Waschtoiletten 15.—, Bettstellen, komplett, 14.—, Plüschsofa 15.—, Küchen 24.—, Gottlieb, Rügener Straße dreizehn.

Musikinstrumente

Flügel, Pianos, 275.— an. Rabenstein, Münzstraße 10.

Pianos preiswert. Klaviermacher Clas, Brunnenstraße 35.

Pianos, prächtige Instrumente, bequeme Zahlweise. Gacher, Oranienburgerstraße 42.

Pianos, 360 Anzahlung, 50 monatlich. Garantieschein. Mäßige Preise, Seter, Ballostraße 9, am Speicheplatz.*

Fahrräder

Linienstraße 65! Herrenräder, Damenräder, Rennmaschinen zu Einführungspreisen. Kleine Anzahlung, bequemste Teilzahlung. Schachmann, Linienstr. 65.

Achtung! Zur Ferienreise außergewöhnlich billige Preise. Nürnberg, NSU., DKW., Eichler, Phantom, Adler von 175.— an. Weiß, Große Frankfurterstraße 25/26.

Kaufgesuche

Fahrräder kauft Linienstraße 19

Verschiedenes

Zähne zwei Mark an vorzüglich. Gebißreparatur drei Stunden. Stiftzähne, Kronen drei Mark an. Schonendes Plombieren zwei Mark an. Zahnziehen mit Betäubung. Ratenzahlungen. Müller, Ritterstraße siebzehn.

Vertrauenssache Auskunft Frauen, Mädchen. Langjährige Erfahrung (ärztlich). Wolff, Wienerstraße 30. Portal III, 2 Treppen, Görlitzer Bahnhof.

Vermietungen

Mietgesuche

Suche persönlich beschlagfreie Vorortwohnung, Stall, Garten. Mietsvorauszahlung. Pankow 3343.

Zimmer

Möbliertes Zimmer für Herrn oder Dame, kein separater Eingang, zum 1. Juli, Neue Grünstraße 15 III rechts. Von 4–7 nachmittags zu besichtigen.

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Vertreter, die bereits für Versicherungszeitschriften und ähnliche Branchen gearbeitet haben, werden von alter Aktien-Gesellschaft für Behaltungskosten-Versicherung eingestellt. Monatliche Beiträge, daher leichtes Arbeiten. Mindestens doppeltes Einkommen als bisher. Generalagentur Braunsbergerstr. 56 II. 9–4.

Stereotypeure für Tagarbeit gesucht. Ferd. Ashelm, N. 39, Wildenowstr. 16.

Lehrling für Schlosserei und Dreherei verlangen S. Glöbert u. Fricke, Weißensee, Lehderstraße 118. 8/16

Laufmädchen für sofort gesucht. Zumeller Stock, Friedrichstraße 136.

Schweißblätter-Näherin, nur geübte, sofort verlangt. Gebr. Levinstein, Köpenickerstraße 111.

Geübte Sortiererinnen für alte und neue Stoffabfälle aller Art in Akkord- und Tagelohn stellt sofort ein Alfred Schwarz, Gitschinerstraße 48.

Lackierer u. Klempner für Karosseriebau stellt sofort ein **F. G. Dittmann A.-G.** Berlin-Wittenau (Nordbahn) Eichborster Str. 18/22

Glaser auf Gewächshausbau stellen ein **Böttger & Eschenhorn,** Berlin-Lichterfelde-Ost, Marienfelder Str. 98 Telephon: Lichterfelde 837.

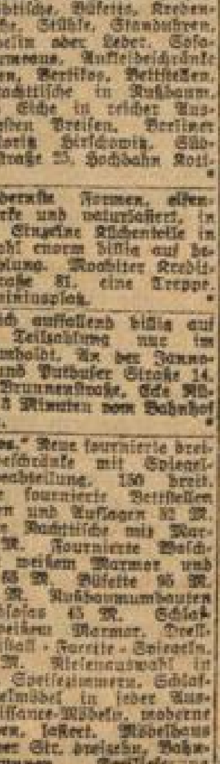
Tüchtige Kunstformentischler nach Dresden gesucht. Angebote unter „D. S. 1789" an Rudolf Mosse, Dresden.

Zeitungsboten werden sofort eingestellt Vorwärtsfiliale Ackerstr. 174.

SPECTROL Das Fleckenwasser.

Gebr. Kroner, Berlin O 17.

Rekord der Billigkeit



Flotter Reisemantel wasserdicht 16.25

Ständig grosses Lager für stärkste Figuren!!

Fesche Tuchmäntel . . 23.— Mouliné u. Gabardinemäntel 36.—
Seiden- u. Ottomanemäntel 39.— Burberry- u. Alpakamäntel 32.—
Entzückende Modellmäntel 65.— Reizend. Sommerkleider 16.—

Extra billige Pelz- u. Plüschmäntel!!!

Eleganter Pelzmantel . . . 175.— Fesche Pelzjacke . . . . 112.—
la Plüschmantel . . . . . 68.— Maulwurfplüschmäntel . . 54.—
Krimmermäntel . . . . . . 46.— Astrachanmäntel . . . . . 31.—

Praktischer Staubmantel gefüttert 17.—

Extra-Abteilung Trauer-Magazin.

Westmann Mohrenstr. 37a Gr. Frankfurter Str. 115

Verabschiedung der Pachtschutzordnung im Reichstag.

Verlängerung auf zwei Jahre. — Verbesserungen über die Ausschußanträge hinaus.

Der Reichstag trat gestern in die erste Beratung des Gesetzentwurfs über den Deutsch-Schwedischen und den Deutsch-Finnischen Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrag ein.

Abg. Schücking (Dem.) spricht im Namen der Interparlamentarischen Union seinen Dank für die durch solche Verträge geleistete Arbeit für den Rechtsgedanken in der Welt aus. Es sei anerkennenswert, daß im Völkerbundstatut auf Schiedsgerichtsverträge hingewiesen ist. Das Genfer Protokoll sei leider stecken geblieben und es sei bedauerlich, wie Mussolini sich darüber lustig gemacht habe. Die britischen Dominions hätten sich aus wirtschaftlichen Gründen dem Genfer Protokoll nicht anschließen wollen, deshalb bliebe jetzt nur der Weg der Individualverträge. Solche Verträge seien in den letzten 15 Monaten schon 29, in Europa allein 23, abgeschlossen worden. Die Bedeutung dieser Verträge liege aber nicht in der Zahl, sondern in ihrer Qualität, da sie auch politische Konflikte umfassen. Der Deutsch-Schweizerische Vertrag habe sich als ein Modellvertrag für andere solche Verträge erwiesen. Der neue Typ dieser Verträge bevorzuge den Vergleichsvertrag, der dem Schiedsgericht voranzugehen habe. Im Schweizer Prozeßrecht habe das Sühneverfahren eine hohe Bedeutung. Wenn der Vergleich nicht zustande komme, sei das Schiedsgericht obligatorisch. Die heute vorliegenden Verträge müsse man jedenfalls als gute Verträge ansprechen. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker sei international anerkannt, aber leider noch nicht in einen Rechtskomplex niedergelegt. Bei Amerika sei leider der neue Vertragstyp, für den der Schweizerisch-Italienische Vertrag Muster gewesen sei, noch nicht angewendet worden. Der deutschen Regierung sei es zu danken, daß sie schrittweise vorgehe und schon mit einer ganzen Reihe europäischer Staaten solche Verträge abgeschlossen habe.

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.):

Ich würde sehr gern dem Auswärtigen Amt eine Anerkennung für die Vorlage dieser Verträge aussprechen, aber wie ich sehe, ist leider kein Vertreter des Auswärtigen Amts anwesend, um diese Anerkennung entgegenzunehmen. (Hört! hört! links.) Es will mir fast scheinen, als ob die Regierung und insbesondere das Ministerium des Auswärtigen diesen immerhin bedeutungsvollen Vorlagen nicht die Bedeutung beimißt, die wir ihnen allerdings beimessen. Meine Fraktion begrüßt mit Genugtuung die Vorlage dieses Gesetzentwurfs schon deshalb, weil es sich hier um zwei Länder handelt, mit denen in Frieden und Freundschaft zu leben wir allen Grund und den lebhaftesten Wunsch haben. Wir benutzen auch diese Gelegenheit noch einmal, um insbesondere dem schwedischen Volke für seine sympathische Haltung gegenüber der deutschen Not nach dem Kriege unseren Dank auszusprechen. (Bravo!) Wir hätten allerlei Anlaß, zu diesem oder jenem Punkte der beiden Verträge noch einige Bemerkungen zu machen. Da die Ueberweisung der Vorlage an den Auswärtigen Ausschuß beantragt ist, kann dort eine ausführlichere Besprechung stattfinden. Erwähnen möchte ich aber folgendes: In dem Art. 25 des schwedischen Abkommens ist zwar davon die Rede, daß der Vertrag von dem König von Schweden mit Zustimmung des schwedischen Reichstags ratifiziert werden soll,

daß aber von der verfassungsmäßig notwendigen Ratifikation der Vertrags durch den Deutschen Reichstag in dem ganzen Vertrag nicht gesprochen wird. (Hört! hört! bei den Soz.)

Es wird notwendig sein, diese Lücke unter Umständen auszufüllen. Weiter wäre zu sagen, daß die Verträge zwar ein Obligatorium zum Versuch der schlichtungspolitischen Streitigkeiten, aber keine Verpflichtung zu einer tatsächlichen Schlichtung dieser Streitigkeiten im Gegensatz zu den Rechtsstreitigkeiten enthalten. Es ist auch bemerkenswert, daß der Appell an den internationalen Gerichtshof nur auf Wunsch Schwedens, also nicht auf Wunsch Deutschlands für den Fall eines Beitritts Deutschlands zum Völkerbunde oder für den Fall einer anderweitigen Aenderung der deutschen internationalen Lage in Aussicht genommen worden ist.

Die Vorlage wird an den Auswärtigen Ausschuß überwiesen.

Es folgt die zweite Beratung des von den Sozialdemokraten Müller-Franken und Genossen eingebrachten Gesetzentwurfs zur Verlängerung der Dauer der

Erwerbslosenunterstützung im besetzten Gebiet.

Der Ausschuß für soziale Angelegenheiten ist auf Grund der Regierungserklärung zu einer Ablehnung des beantragten Gesetzentwurfs gelangt, beantragt aber eine Entschließung, worin die Regierung ersucht wird, ihrerseits die Erwerbslosenunterstützung im besetzten Gebiet fortzusetzen, insbesondere die Dauer der Unterstützung über 26 Wochen hinaus bis auf ein Jahr zu verlängern, für öffentliche Aufträge und Notstandsarbeiten im besetzten Gebiet Sorge zu tragen und zu erwirken, daß auch die Gemeinden des besetzten Gebiets den Arbeitslosen eine wirksame Fürsorge zuteil werden zu lassen.

Abg. Kirschmann (Soz.):

Die Verhältnisse im Rheinlande, im preußischen Gebiet sowohl wie im hessischen und bayerischen, sind nach wie vor wenig gut und bedürfen dringend der Abhilfe durch das Reich. Auf Grund der Zählungen vom 15. Mai waren in Deutschland im Durchschnitt auf je 1000 Einwohner erwerbslos 4,6, im besetzten Gebiet 9,3. (Hört! hört! bei den Soz.) Bei den einzelnen Ländern war das Verhältnis folgendermaßen: Preußen 4,8 gegen 8,9 im besetzten Gebiet, Westfalen 5,5 gegen 9,3, Provinz Rheinland 7,9 gegen 8,8, Hessen-Nassau 4,9 gegen 8, Bayern 4 gegen 12 (Hört! hört! bei den Soz.), Baden 6,3 gegen 7,8 und Hessen 6,6 gegen 9,2. Viel schärfer aber tritt die Wirkung dieser besonderen wirtschaftlichen Gestaltung in die Erscheinung, wenn man einzelne Orte zur Grundlage nimmt. So betrug beispielsweise die Zahl der Erwerbslosen auf 1000 Einwohner in Annen (Westf.) 22,2, Gelsenkirchen 13,6, Lüttgendortmund 15,2, Witten 30,1 (Hört! hört!), Aachen 21,1, Ellendorf 43,2, Euskirchen 23 und in Oberstein an der Nahe nach privaten Erhebungen 40. Diese anormale Gestaltung des Arbeitsmarktes ist eine Folge des Ruhrkampfes, das wird niemand bestreiten. Wir stellen fest, daß bis Ende 1922 sich das Wirtschaftsleben im besetzten Gebiet einigermaßen dem der Vorkriegszeit angepaßt hatte. Durch den Ruhrkampf hat es einen furchtbaren Schlag erhalten, von dem es sich noch nicht erholen konnte. Die Verantwortung für diese Dinge und auch die Sorge um ihre Behebung muß dem Reiche übertragen werden, das seinerzeit auch durch seine verantwortlichen Minister erklären ließ, daß alle durch den Ruhrkampf entstehenden Schäden abgegolten werden sollten. Die Art, wie die Reichsregierung zum Teil diese Verpflichtungen erfüllte, hat in der Bevölkerung des besetzten Gebiets sehr großes Mißfallen erregt und Mißtrauen gezeitigt. In weiten Kreisen ist das Gefühl vorhanden, daß man

einem Betrug zum Opfer gefallen

sei. Als Anfang dieses Jahres bekannt wurde, in wie außerordentlich großzügiger Weise die Reichsregierung die angeblichen oder auch tatsächlichen Schäden der Industrie abgegolten hatte, ist man in den Kreisen der kleinen Geschädigten hoffnungsfroher geworden. Man glaubte und hoffte, daß man mit derselben Großzügigkeit, mit der man der Schwerindustrie 715 Millionen Mark ohne Prüfung zur Verfügung stellte, auch den kleinen Geschädigten helfen würde. Leider ist von dieser Hoffnung nicht sehr viel übrig geblieben. Die Erwerbslosen schmiß man kurzerhand am 2. Mai aus der Fürsorge heraus, nicht restlos, aber am 2. Mai begann diese vom Arbeitsminister angeordnete Maßnahme. Es war die Uebernahme der Ausgesteuerten auf die gemeindliche Fürsorge vorgesehen, d. h. zur Armenpflege. Die Städte im besetzten Gebiet sind nicht in der Lage, diese ungeheure Last zu übernehmen. Die Erwerbslosen sind ihrem Schicksal preisgegeben, ohne die Aussicht, in absehbarer Zeit Arbeit zu finden.

Man sagt, daß man die Differenzierung der Erwerbslosen im besetzten und unbesetzten Gebiet beseitigen wolle, und man verspricht sich von dieser Maßnahme eine moralische Wirkung auf die nach der Terminologie des Arbeitsministeriums „böswilligen Erwerbslosen". Wir glauben, daß die moralischen Wirkungen dieser Maßnahmen höchst verderblich sind. Außerdem dürfte das Bestreben maßgebend sein, der Industrie billige Arbeitskräfte zuzuführen. Versprechungen allein genügen nach den gemachten Erfahrungen nicht mehr. Sie haben jetzt Gelegenheit, das dieser Tage abgelegte Treubekenntnis zum Rhein durch eine unmittelbar wirksame Tat zu bekräftigen, wenn Sie den von den Sozialdemokraten eingebrachten Gesetzentwurf einbringen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Effer (Z.) erkennt die außerordentliche Notlage im besetzten Gebiet und fordert die Reichsregierung auf, die von ihr bei der Jahrtausendfeier gemachten Versprechungen zu halten.

Die Sozialdemokraten beantragen namentliche Abstimmung über die Entschließung des Ausschusses.

Abg. Weber-Düsseldorf (Komm.) verlangt gleiche Behandlung der Erwerbslosen im besetzten Gebiet wie im übrigen Reich und beantragt, daß die Erwerbslosenunterstützung nicht nur bis zum 31. Dezember 1925, sondern auf die Dauer der Erwerbslosigkeit ausgedehnt werde.

Abgg. Ziegler (Dem.) und Dietrich-Franken (Völk.) treten für den sozialdemokratischen Gesetzentwurf ein.

Abg. Dr. v. Dryander (Dnat.) empfiehlt die Entschließung des Ausschusses.

In namentlicher Abstimmung wird der Ausschußantrag, den sozialdemokratischen Gesetzentwurf abzulehnen, mit 199 gegen 158 Stimmen angenommen.

Der Antrag der Kommunisten wird abgelehnt. Die Entschließung des Ausschusses wird mit großer Mehrheit angenommen.

Es folgt die zweite Beratung der von den Sozialdemokraten und den Demokraten eingebrachten Gesetzentwürfe, die die Pachtschutzordnung vom 9. Juni 1920 in verschiedenen Punkten abändern, um den Schutz der kleinen Pächter zu verstärken. Der Ausschuß für Wohnungswesen hat für diese Entwürfe einige andere Fassungen beschlossen.

Abg. Dr. David (Soz.)

erörtert die Gründe, die die Gegner der Pachtschutzordnung für ihr Verlangen nach dem Abbau des Pachtschutzes aufstellen. Sie wünschen das Spiel der freien Kräfte, das aber gerade für die kleinen Landwirte nur von Schaden ist. Sie sagen weiter, so lange ein Pachtzwang bestehe würde niemand verpachten wollen. Es ist schon möglich, daß das bei Großgrundbesitzern zutrifft. Aber ob Land verpachtet wird oder nicht, das hängt von den allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen ab. Wir sind außerdem bereit, das Notwendige zu tun, um unter Auferlegung gewisser Bedingungen die Großgrundbesitzer geneigt zu machen, besonders die bisher extensiv bewirtschafteten Gebiete kleineren Siedlern zur Pacht zu übergeben. Es wird ferner angeführt, daß eine Unmenge Kosten mit dem Pachtschutz verbunden seien und wir müßten in der jetzigen Zeit doch sparen. Wenn die Pachtschutzordnung aufgehoben würde, würde es keine Streitigkeiten mehr geben. Das letztere ist schon richtig, denn wenn die Pächter keinen Schutz genießen, so werden sie keine Neigung haben, vor Gericht zu gehen. Wenn darauf hingewiesen wird, daß im Jahre 1923 115 000 Streitfälle, im Jahre 1924, nachdem ein Abbau des Pachtschutzes vorgenommen worden ist, nur 59 000 Streitfälle vorgekommen sind, so weiß doch jeder, daß in der Zeit der stärksten Geldentwertung auch die Pachtpreise in Bewegung gerieten, wodurch diese Streitigkeiten entstanden. Mit der Stabilisierung der Währung gingen dann die Streitigkeiten zurück.

Diesen Begründungen stehen aber die guten Gründe derjenigen entgegen, die alles Interesse an der Aufrechterhaltung des Pachtschutzes haben.

Millionen von kleinen Pächtern verlangen, daß ihnen der Schutz nicht entzogen wird. (Sehr richtig bei den Soz.)

Wir haben nur 2 Millionen Wirtschaften, die ganz ohne Pacht dastehen, dagegen 2¾ Millionen Wirtschaften, die ganz oder teilweise in einem Pachtverhältnis stehen. Das Schicksal von Millionen kleinen, fleißigen Landwirten hängt von dieser Frage ab, ihre Existenz wird aufs Aeußerste bedroht, wenn ihnen das gepachtete Land entzogen wird. Man kann ihr Schicksal nicht im einzelnen ausmalen. Tatsache ist aber, daß die Ernährungsmöglichkeiten von Hunderttausenden von Leuten von dem gepachteten Lande abhängt. Sie haben ihren ganzen Betrieb darauf eingerichtet, wird ihnen auch nur ein Teil entzogen, so sind sie in ihrer ganzen Existenz bedroht. (Sehr richtig bei den Soz.) Das darf auf keinen Fall geschehen. Auch vom Standpunkt der Bevölkerungspolitik würde es einen außerordentlichen Schaden bedeuten, wenn man diese Massen in ihrer Existenz bedrohen wollte. (Sehr richtig bei den Soz.) Die Wirkung würde volkswirtschaftlich viel tiefer greifen, als wenn es den Großgrundbesitzern schlecht geht. Es liegt auch im Interesse einer rationellen und intensiven Wirtschaft, wenn der Pächter möglichst lange auf seinem Boden sitzt, um die notwendige Düngung, Kultivierung usw. vorzunehmen. Gerade im Interesse einer intensiven Produktion ist es notwendig, daß den kleinen Leuten der Boden möglichst lange belassen wird. Es wird an dieser Stelle immer wieder hervorgehoben, wie notwendig eine Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung ist, wir müssen also alles tun, um die rationelle Ausbeutung des Bodens zu fördern. Wir müßten den kleinen Leuten die Sicherheit geben, daß die Kosten, die sie auf den Boden verwenden, in einer Nutzung von langer Sicht wieder herausgeholt werden. Das Pachtschutzgesetz darf deshalb nicht abgebaut, es muß ausgebaut werden. (Sehr richtig bei den Soz.) Es muß zu einem Dauerschutzgesetz werden, wie andere Länder es schon längst haben. Im Ausschuß ist beschlossen worden, die Pachtschutzordnung auf zwei Jahre zu verlängern. Diese Frist ist zu kurz. Ein dort gestellter Antrag, sie auf 5 Jahre zu verlängern, ist schon besser. Das Beste aber wäre, dem Gesetz den

Charakter eines Dauergesetzes

zu geben. Wir haben das beantragt und ich freue mich, daß die Demokraten dieselbe Forderung aufstellen. Wir werden den Parteien Gelegenheit geben, in namentlicher Abstimmung dazu Stellung zu nehmen. (Bravo.)

Abg. Domsch-Dresden (Dnat.) spricht sich gegen die Pachtschutzordnung aus.

Abg. Wilkens (Z.) erklärt für seine Partei, sie könne der Verlängerung der Pachtschutzordnung bis 1927 zustimmen. Er beantragte weiter, daß beim Verschulden eines Heuerlings der Heuerlingsvertrag gekündigt werden könne. Der Zulassung der Berufung gegen die Entscheidungen der Pachteinigungsämter könne er nur für die größeren Pachtungen zustimmen.

Abg. Westermann (D. Vp.) erklärte, auch seine Partei werde für die Verlängerung der Pachtschutzordnung auf zwei Jahre stimmen.

Abg. Putz (Komm.) spricht sich für die volle Aufrechterhaltung des Pachtschutzes aus.

Abg. Rönneberg (Dem.) ist gegen den Abbau der Pachtschutzordnung. Gestrichen werden müsse die Bestimmung, daß die 1924 abgeschlossenen Pachtungen nicht unter das Gesetz fallen.

Abg. Herbert (Bayr. Vp.) ist für die zweijährige Verlängerung, aber nicht für die Verewigung der Pachtschutzordnung. Die erst 1924 abgeschlossenen Pachtverträge solle man aus der Pachtschutzordnung herauslassen.

Auch Abg. Weidenhöfer (Völk.) stimmt der Verlängerung auf zwei Jahre zu. Seine Partei beantrage aber, daß auf Goldmark abgeschlossene Pachtverträge herausgelassen werden.

Damit schließt die Aussprache.

Auf Antrag des Zentrums wird einstimmig beschlossen, daß die Verlängerungsmöglichkeit für Pachtungen unter 10 Hektar sich auch auf Sammelpachtverträge erstrecken soll, wenn der einzelne Pächter nicht mehr als 10 Hektar bewirtschaftet.

Inbezug auf die Heuerlingsverträge wird beschlossen: Liegt durch Verschulden des zur Arbeit Verpflichteten (des Heuerlings) ein wichtiger Grund zur fristlosen Kündigung des Arbeitsverhältnisses vor, so darf von der Befugnis, einen solchen Vertrag zu verlängern oder seine Kündigung für unwirksam zu erklären, kein Gebrauch gemacht werden.

Ueber den Antrag der Sozialdemokraten, die Befristung der Verlängerung der Pachtschutzordnung bis 30. September 1927 zu streichen, sie also zu einer dauernden zu machen, ergibt die namentliche Abstimmung die Ablehnung des Antrages mit 219 gegen 146 Stimmen bei einer Stimmenthaltung. Der Ausschußantrag auf Verlängerung bis 30. September 1927 wird angenommen.

Ein Antrag Rönneberg (Dem.), die Bestimmung in der geltenden Pachtschutzordnung zu streichen, wonach die seit 1. März 1924 abgeschlossenen Verträge nicht darunter fallen, wird in namentlicher Abstimmung mit 185 gegen 180 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen angenommen.

Dagegen wird ein Antrag der Völkischen Abgg. Henning u. Gen., wonach die auf Reichsmark abgeschlossenen Pachtverträge nicht unter die Pachtschutzordnung fallen sollen, in namentlicher Abstimmung mit 190 gegen 172 Stimmen abgelehnt.

Angenommen wird ein Antrag des Zentrums Wilkens u. Gen.: „Pachtverträge, auf die nach der bisherigen Gesetzgebung die Pachtschutzordnung keine Anwendung gefunden hat, werden hierdurch nicht berührt."

Im Uebrigen werden die Ausschußbeschlüsse bestätigt.

In erster Beratung wird die Zweite Ergänzung zum Haushalt des Reichswehrministeriums für 1925 ohne Debatte an den Haushaltsausschuß überwiesen.

Nächste Sitzung Mittwoch 2½ Uhr: Zollvorlagen und Handelsvertrag mit England.

Schluß gegen 8½ Uhr.

Die dicke runde KIBARI 3 SCHERIF WENESTI
ohne Mundstück WENESTI PFENNIGE Flaches modernes Format
Gold- & Stroh- & Kork-

Wirtschaft

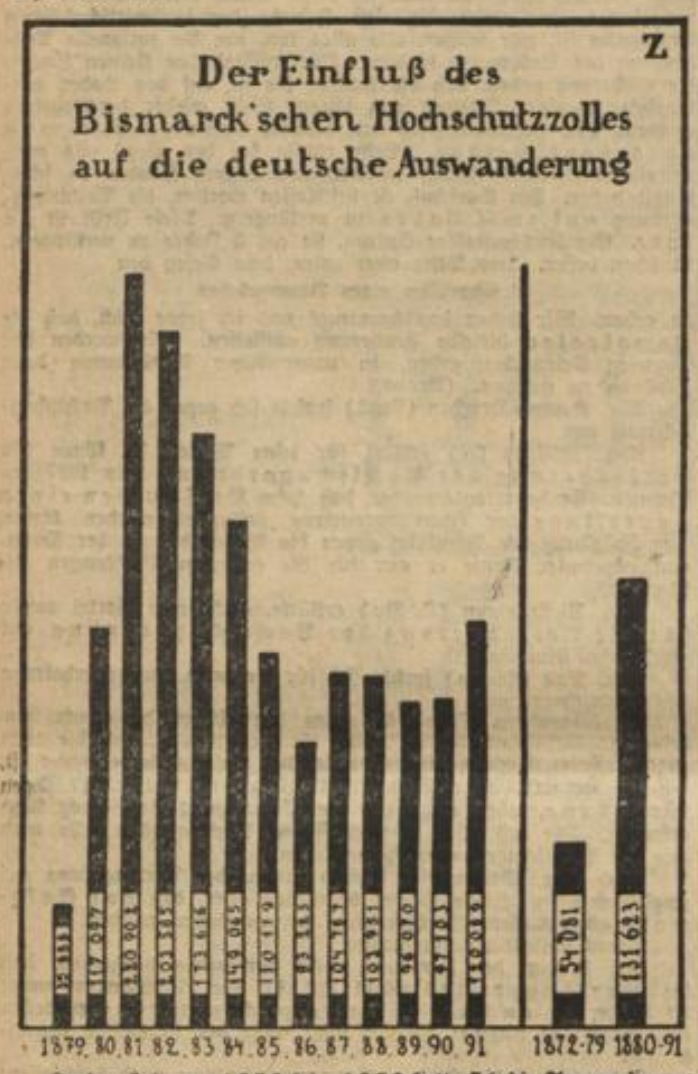
Hochschutzzoll bedeutet Menschenexport.

Wieder stehen wir, wenn die Absichten der Rechtsregierung durchgeführt werden, vor dem Beginn einer Periode des Hochschutzzolles. Lebensmittel, die bisher zollfrei hereinkamen, sollen durch eine starke Zollbelastung wesentlich verteuert werden. Ebenso sollen wichtige Industriewaren, insbesondere auch Rohstoffe und Halbfabrikate, gegen jede Konkurrenz des Weltmarktes „geschützt" werden. Nun ist es interessant zu beobachten, wie sich die deutsche Volkswirtschaft nach der Einführung der Bismarckschen Hochschutzzölle gestaltet hat. Prof. Bernhard Harms schreibt dazu in seinem Buche „Die Zukunft der deutschen Handelspolitik" folgendes:

„Von 1872 bis 1878 (also in der zollfreien Zeit) war die Zahl der deutschen Auswanderer ständig gesunken: von 128 000 auf 25 000. Das Jahr 1879 aber bedeutete einen entscheidenden Wendepunkt in aufsteigender Richtung. Der jetzt eintretende Wanderverlust ist so gravierend, daß er hier im einzelnen dargestellt sei. Die Zahl der Auswanderer betrug:

1879	35 888	1886	83 225
1880	117 097	1887	104 787
1881	220 902	1888	103 951
1882	203 585	1889	96 070
1883	173 616	1890	97 108
1884	149 065	1891	120 089
1885	110 119		

Ein Schaubild läßt die verhängnisvolle Entwicklung noch deutlicher erkennen:



In der Zeit von 1872 bis 1879 hatte sich die Auswanderung im jährlichen Durchschnitt auf 54 081 gestellt, in den Jahren 1880 bis 1891 aber auf 131 623. „Der relative Rückgang des Warenexports hatte — so schreibt Prof. Harms weiter — demnach in der Tat in einer starken Zunahme des Menschenexports sein Korrelat gefunden. Es war anzunehmen, daß diese ungünstige Entwicklung sich künftig noch stärker ausprägen würde, wenn es nicht gelang, der weiteren Zollerhöhung und willkürlichen Handhabung der Zolltarife in anderen Staaten, auf deren Markt die deutsche Industrie angewiesen war, Einhalt zu tun."

Unter heutigen Umständen muß der Menschenexport, der Zwang zur Auswanderung für die deutsche Wirtschaft noch nachteiliger sein als jemals früher. Die Fremdstaaten haben nämlich gegen die Einwanderung anderer Staatsangehöriger hohe Schranken aufgerichtet; sie lassen nur solche Arbeitskräfte ins eigene Land, die ihnen besonders erwünscht sind, nämlich hauptsächlich Facharbeiter und landwirtschaftliche Arbeiter. An beiden Gruppen aber hat Deutschland heute alles andere als einen Ueberschuß. Oft genug kann man aus der Landwirtschaft bewegliche Klagen über den Arbeitermangel hören; in der Industrie aber ist es so, daß selbst solche Gewerbezweige, die einen Ueberfluß an ungelernten Arbeitern haben, fortgesetzt neue Facharbeiter verlangen und daß sie sogar eigene Werkschulen und Lehrlingswerkstätten einrichten, um sich den Nachwuchs an gelernten Arbeitern zu sichern. Unter diesen Umständen ist es geradezu ein Verbrechen an der Entwicklung unserer Qualitätsindustrien, wenn man durch eine künstliche Verteuerung der Lebenshaltung bei gleichzeitiger Niedrighaltung der Löhne die wertvollsten Arbeitskräfte aus dem Lande jagt. Unseren Hochschutzzöllnern sind natürlich diese Folgewirkungen ganz gleichgültig; sie predigen den „Schutz der nationalen Arbeit", verfolgen aber in Wirklichkeit nur das Profitinteresse kleiner Unternehmergruppen und machen so die volle Ausnutzung der besten Arbeitskräfte in der eigenen Wirtschaft unmöglich.

Betriebskapital und Spareinlagen der Genossenschaften.

Die Vierteljahrsstatistik des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine umfaßt Angaben derjenigen Konsumvereine mit mehr als 400 Mitgliedern.

Für das erste Vierteljahr 1925 haben 694 von 716 derartigen Konsumvereinen über Umsatz, Geschäftsguthaben und Spareinlagen der eingetragenen Mitglieder berichtet. Danach zählten die 694 Genossenschaften zusammen 3 352 783 Mitglieder mit einem Umsatz im eigenen Geschäft von 147 999 559 M. und einem Geschäftsguthaben in Höhe von 31,6 Millionen Mark, wovon 12,9 Millionen Mark durch Aufwertung entstanden sind. Das Geschäftsguthaben je Mitglied beträgt im Durchschnitt also zunächst 9,45 M. einschließlich des auf die Aufwertung entfallenden Betrages. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, die Geschäftsguthaben zur Stärkung des genossenschaftlichen Betriebskapitals baldigst auf die jeweils festgesetzte Höhe zu bringen, die ordentlicherweise dem Wochenverdienst eines gelernten Arbeiters entsprechen soll. Genossenschaftliches Eigenkapital ermöglicht erst genossenschaftliche Leistungsfähigkeit im Kampfe gegen das kapitalistische Produktions- und Handelskapital.

Die Gesamtsumme der bei den Sparkassen der berichtenden Konsumvereine gemachten Spareinlagen bezifferte sich auf rund 97 Millionen Mark, darunter 40 Millionen aus Aufwertung entstandener Beträge. In Prozenten, berechnet nach dem erzielten Vierteljahrsumsatz, stieg die Gesamtsumme der Geschäftsguthaben seit dem ersten Vierteljahr 1924 von 3,47 Proz. auf 12,66 Proz., die Gesamtsumme der Spareinlagen von 12,64 Proz. auf 38,52 Proz. Der Fortschritt und Aufstieg ist unverkennbar. Zu ihrer Beschleunigung mögen die Verhandlungen und Beschlüsse des 22. Genossenschaftstages in Stettin beitragen.

Große öffentliche Versammlung

Mittwoch, den 24. Juni, abends 8 Uhr, im Viktoriagarten, Wilmersdorf, Wilhelmsaue.

Tagesordnung:

Die Lebensmittelverteuerung und die Ausbeutung des arbeitenden Volkes.

Ref.: Reichstagsabgeordnete **Clara Bohm-Schuch.**

Alle, die Ihr unter der Teuerung leidet, besonders Hausfrauen, erscheint in Massen!

Verbandstag der Eisenbahner.

Köln, 23. Juni. (Eigener Drahtbericht.)

Am Dienstagvormittag nimmt der Verbandstag zunächst den Bericht der Mandatsprüfungskommission entgegen. Anwesend sind 164 Vertreter der Organisation, davon sind 110 Delegierte, 20 Mitglieder des Vorstandes, die übrigen Anwesenden sind Vertreter anderer deutscher gewerkschaftlicher Organisationen und Vertreter der ausländischen Eisenbahnerverbände. Alle Mandate wurden für gültig befunden.

Dann tritt der Verbandstag in die Aussprache über die Berichte des Hauptvorstandes ein. Die Debatte nimmt den ganzen Verhandlungstag in Anspruch. Sie wird eröffnet von dem Vertreter der „Opposition", Neumann - Königsberg, der sich vor allem gegen den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund wendet, der sich mehr als staatserhaltende Organisation denn als Arbeitervertretung erwiesen habe. Ein weiterer Oppositionsredner verlangt, daß der Hauptvorstand mit dem Freien Eisenbahnerverband in Einigungsverhandlungen eintreten soll. Die „Oppositon" legt dem Verbandstag eine Entschließung vor, die sich für die sofortige Freilassung der politischen Gefangenen ausspricht. Als Folge kommt aus den Reihen der Mehrheit des Verbandstages ein Zusatzantrag, in dem verlangt wird, daß diesem Antrag beigefügt wird: „Die Generalversammlung setzt sich mit besonderem Nachdruck für die Freilassung der politischen Gefangenen, auch in Rußland, ein." Die kommunistische „Opposition" findet im übrigen auf dem Verbandstag keinen Resonanzboden. Mit Nachdruck wenden sich fast alle Redner gegen die Ausführungen der „Opposition" und erkennen die Tätigkeit des Hauptvorstandes rückhaltlos an. Pletz - München begründet eine Entschließung zum Reparationsproblem, die folgenden Wortlaut hat:

„Die Generalversammlung steht auf dem Standpunkt, daß die der Reichsbahn durch die Deutschland auferlegte Reparationslast auf die Dauer von dieser nicht aufgebracht werden kann. Die Entwicklung des Auto-, Luft- und sonstigen Privat-, Güter- und Personenverkehrs entzieht heute schon der Reichsbahn riesige Summen der sonstigen Einnahmen. Es ist undenkbar, daß bei diesem Einnahmeausfall das auf rund 700 000 Köpfe zusammengeschmolzene Eisenbahnpersonal im Jahre 800 Millionen Mark erarbeiten kann, während die Reichspost und sonstige private Verkehrseinrichtungen zur Tragung der Reparationslast nicht herangezogen werden.

Die Löhne der Eisenbahnarbeiter und die Gehälter der Beamten müßten auf Jahrzehnte hinaus lediglich der Reparationslast wegen äußerst niedrig gehalten und

die Eisenbahner zum Objekt der Erfüllung

der Lasten gemacht werden. Die Generalversammlung stellt sich deshalb auf den Standpunkt, daß durch das Reich eine gerechtere Verteilung der Reparationslasten erfolgen muß und die Eisenbahn mit Rücksicht auf die vorerwähnten Umstände etwas entlastet wird, damit dem Personal den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende Löhne und Gehälter gezahlt werden können und auch die Arbeitszeit menschenwürdig gestaltet werden kann. Mindestens müssen die durch den Abbau entstandenen Pensionslasten auf das Reich übernommen werden."

Die Vertreter des besetzten Gebietes lassen durch Radermacher - Essen eine weitere Entschließung begründen, die verlangt, daß endlich die während des Ruhrkampfes geschädigten Eisenbahner entsprechend entschädigt werden. Nachdem eine Anzahl weiterer Redner zum Vorstandsbericht im wesentlichen in zustimmendem Sinne gesprochen haben, wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

Bevor die Referenten zum Schlußwort kommen, läßt der Verbandstag noch ein Vertreter des ADGB., den Genossen Graßmann, zu Wort kommen, der in längeren Ausführungen sich mit den großen schwebenden wirtschaftspolitischen Problemen beschäftigt. Graßmann fordert vor allem Ausbau und Stärkung der Organisation. Zum Friedensdiktat und zum Dawesplan bemerkt er unter Zustimmung des Verbandstages, daß sowohl der Vertrag von Versailles als auch das Dawesgutachten kein ewiges Leben haben, sondern auf Grund der steigenden weltwirtschaftlichen Erkenntnis einst erledigt sein würden. Es werde die Zeit kommen, wo eine rationelle Teilung der Erde unter den Völkern vorgenommen werden müsse und wo keine Niederkonkurrierung der einzelnen Länder mehr möglich sei. Für Europa bedeute das den Vereinigten Staatenbund. Nachdem Schumann vom Verkehrsbund noch Aufklärung über die Zustimmung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zum Eisenbahngesetz gegeben hat, begründet Apitzsch - Berlin die Satzungsänderungen, die von der Satzungskommission vorgelegt werden. Dann kommt Scheffel zum Schlußwort.

Kuchen und Torten

sowie Kleingebäck und Keks aller Art verfeinern Sie, wenn Sie nicht nur reines Weizenmehl verbacken, sondern das aufquellende und dadurch ausgiebige Mondamin zu Hilfe nehmen. Die aus Mondamin bereiteten Gebäcke werden besonders zart und locker. Hierzu kommt noch die leichte Bekömmlichkeit und der grosse Nährwert, den Mondamin als Kohlehydrat hat. Das kann Ihnen jeder Arzt bestätigen. Lassen Sie sich aber nichts anderes verabfolgen als

MONDAMIN

Dem Genossen
Wilhelm Reckling und Gattin
Wasserturmstraße 71, sprechen wir zu ihrer heutigen **Silbernen Hochzeit** unseren herzlichst. Glückwunsch aus.
Die Mitglieder der 48. Abt.

Am 20. Juni starb im hiesigen Krankenhause nach schwerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater
Paul Neubert
erst 54 Jahre alt.
Beerdigung Donnerstag, 25. Juni, auf dem Friedhofe Lichterfelde-Ost, Lange Straße. [10150
In tiefer Trauer
Frau Agnes Neubert und Kinder.
Lichterfelde, Giesensdorfer Str. 19.

Hämorrhoiden sichere Hilfe durch **Myrobalanum.** Benimmt schnell Schmerz, Entzündung und Schwellung. Nur äußerlich anzuwenden. M. 2.50. In Drogerien, sonst bei **Otto Reichel, Berlin SO. 43, Eisenbahnstraße 4.**

Portierstelle
in **Grunewaldvilla** einzutauschen gegen Stadtwohnung 3 Zimmer, Küche, Nebengelaß. Bewerbungen an **Rudolf Mosse, Frankfurter Allee 346 u. Oa. P. 1290.**

Erfolg haben Inserate im Vorwärts

9

Die schönsten Kinder, häßlich schimmern,
Weil immer sie beim Waschen weinen;
Es gibt ein Mittel, glaubt es nur,
Von Tränen gibt's dann keine Spur:
Wachsmarmorseife ist das Wunder
Es schont die Haut, nimmt Schmutz heraus
Prof. Dr. Schleich's **Wachsmarmorseife**
in blauer Blechdose frisch gespachtelt ist in jedem einschlägigen Geschäft zu haben
CHEMISCHE FABRIK SCHLEICH GMBH BERLIN NW6

6

National Kontroll Kassen
sind weltberühmt,
und die besten
und billigsten Kontroll-Kassen der Welt
Seit 40 Jahren glänzend bewährt
Verlangen Sie kostenlose Erklärung ohne Verpflichtung für Sie
National Registrier Kassen Gesellschaft m. b. H.
Fabrik und Büros: Berlin-Neukölln

Gegründet 1891
Steppdecken u. Daunen-Decken
kauft man am besten und preiswertesten, nur bestes Fabrikat direkt ab Fabrik, wo auch alte Decken aufgearbeitet werden.
Bernhard Strohmandel Berlin S14, 72 Wallstr. 72 (Untergrundbahn Inselbrücke).
Filialen: Spittelmarkt, Ecke Seydelstr., u. W. Nikolsburger Platz 2, Ecke Trautenauerstr.
Große Auswahl in Metallbettstellen u. Auflagematratzen nur Nikolsburger Pl. 2
Illustrierter Preiskatalog gratis.

Krause-**Pianos** zur **Miete**
Ansbacher Str. 1, nähe Kurfürstendamm